

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 31. JAHRGANG
187 | Mai/Juni 2008 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Beben und Nachbeben

Oder: Immobiliencrash und Hunger. Mit dem Finanzsystem bricht auch eine Ideologie zusammen.

Die Geschichte des Kapitalismus ist eine Geschichte seiner Krisen. Das haben die beiden Rauschebärte Marx und Engels schon 1847 klar beschrieben: „So hat seit dem Anfang dieses [19.] Jahrhunderts der Zustand der Industrie fortwährend zwischen Epochen der Prosperität [der Blüte] und Epochen der Krise geschwankt, und fast regelmäßig alle fünf bis sieben Jahre ist eine solche Krisis eingetreten, welche jedesmal mit dem größten Elend der Arbeiter, mit allgemeiner revolutionärer Aufregung und mit der größten Gefahr für den ganzen bestehenden Zustand verknüpft war.“ („Grundsätze des Kommunismus“, in: MEW, Bd. 4)

Genau so sieht die Geschichte des weltweit herrschenden Wirtschaftssystems auch im Jahre 2008 wieder aus: 1997 Börsencrash in Asien, 2001 Enron-Pleite und das Platzen der New-Economy-Blase, 2007 US-Immobilien-Crash, 2008 Nahrungsmittelkrise.

Was wir momentan erleben, ist der Zusammenbruch vielleicht nicht des Wirtschaftssystems, aber zumindest seines Gefüges, wie es sich seit 1990 entwickelt hat, und seiner Ideologie. Zwei Zitate machen das deutlich:

Der Top-Manager der Deutschen Bank, Josef Ackermann, Galionsfigur der deutschen Wirtschaft, ruft im März 2008 Vater Staat zur Hilfe: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte. Es ist illusorisch zu glauben, dass wir warten können, bis der Markt wieder ins Gleichgewicht findet.“ (*Die Welt*) Und der Staat pumpt Milliarden in marode Banken wie WestLB, BayernLB, IKB – Milliarden, die in den kommenden Jahrzehnten für Kindergartenplätze, sozialen Wohnungsbau, Arbeitslosenversicherung und Renten fehlen werden. Weil sie wissen, dass der Zusammenbruch einer Bank momentan immer eine Lawine ins Rollen bringen kann. Weil die Verflechtungen durch Finanztransaktionen, die niemand mehr überblickt, jederzeit überall auf der Welt Erschütterungen hervorrufen können und hervorrufen. Niemand weiß, wann und wo als Nächstes. Mit Bear Sterns ist im März z.B. eines der größten Bank- und Investment-Häuser der New Yorker Wall Street kollabiert und konnte nur durch eine konzertierte Aktion von Notenbank und Konkurrenz (Übernahme durch Morgan Stanley) notdürftig gestützt werden.

Den zweiten Hinweis liefert eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung, einer der wichtigsten Meinungsmache-Agenturen für einen neoliberalen Kapitalismus in Deutschland, veröffentlicht im Dezember 2007: „Trotz anhaltenden Aufschwungs sind nur noch 15 Prozent der Bürger der Meinung, dass die Verteilung in Deutschland gerecht ist – ein neuer historischer Tiefststand.“ („Soziale Gerechtigkeit 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage“)

Nun kommt wie aus dem Nichts eine globale Hungerkatastrophe angeschossen, die unvermittelt und direkt regionale Hungeraufstände von Haiti, Westafrika, Ägypten bis Lateinamerika zur Folge hat. Hatte man nicht die Weltklimakatastrophe oder die Wasserknappheit als neue globale Top-Bedrohungs-Szenarien aufgebaut? Woher kommt jetzt das? Dieser altmodische Hunger?

Nur sehr selten dringt ein direkter Zusammenhang zum Platzen der US-Immobilienblase durch die Medien-Diktatur der scheinbaren Vielfalt, wohl auch, um die Zustimmung zum System nicht weiter zu erschüttern. So berichtet Jean Ziegler, Schweizer Publizist und „UN-Sonderbotschafter für das Recht auf Nahrung“ in einem Radio-Interview des WDR am 14. April 2008: „In der Finanzkrise der letzten zwei Monate wurden über tausend Milliarden Vermögenswerte an den Börsen vernichtet und eine große Zahl von Hedgefonds von institutionellen Investoren ist auf die Commodity Stock Exchance in Chicago umgestiegen, also auf die Spekulation und Investitionen in Agrarrohstoffe. Und diese Spekulation auf Agrarrohstoffe, die ganz massiv Anfang März eingesetzt hat, hat noch einmal die Preise in die Höhe getrieben.“ Die Schweizer Wochenzeitung WoZ berichtet, dass die niederländische Bank ABM Amro vor einiger Zeit in ganzseitigen Zeitungsinseraten mit folgendem Text für ihre „strukturierten Finanzprodukte“ im Agrarsektor warb: „Verschiedene Gründe sprechen für eine Investition: weltweit stagnierende Getreideanbauflächen, eine deutlich gewachsene Weltbevölkerung, veränderte Essgewohnheiten in den aufstrebenden Schwellenländern sowie die stetig steigende Nachfrage nach Biotreibstoffen.“ Das seien, so kommentiert die WoZ, sichere Voraussetzungen für nachhaltig steigende Preise und satte Gewinne, und es seien sichere Voraussetzungen für kommende Hungersnöte.

Es wäre zu kurz gegriffen, zu glauben, dass jenes frei gewordene Risiko-Kapital, welches – gewohnt an Renditen von durchaus 20% – nun hilflos und in riesigen Mengen auf der Suche nach neuen Investitionsfeldern um den Erdball schweift, den Hunger spontan geschaffen habe. Es hat den Hunger gegenwärtig „nur“ durch Spekulation enorm verschärft. Experten munkeln von 20-30% Spekulationsanteil der derzeitigen Preisexplosion. Genaue Zahlen? Fehlanzeige.

Klar wird, dass nicht nur Agrar-Rohstoffe knapp sind in diesen Zeiten, sondern dass auch das Wissen um die Funktionsweise der kapitalistischen Klassengesellschaft bei radikalen Linken wie in der bürgerlichen Presse gleichermaßen weitgehend verschüttet ist. Es dürfte sich lohnen, wieder mit einem offenen Blick für die realen Entwicklungen politische Ökonomie zu studieren!

Heiner Stuhlfauth Jr. (IWW Köln)

Klassenkampf in Mexiko

Auf der Suche nach einer ‚anderen Arbeiterbewegung'

Mit dem nachfolgenden Beitrag beginnen wir eine kurze Reihe mit Artikeln über die ArbeiterInnenbewegung in Mexiko, die in den nächsten beiden DAs erscheinen wird (die Redaktion).

Warum sollte man sich als in der BRD lebender Syndikalist ausgerechnet mit der ArbeiterInnenklasse in Mexiko auseinandersetzen? Das erscheint erst mal nicht plausibler als die Auseinandersetzung mit der ArbeiterInnenklasse irgendeines anderen Landes der Welt.

Mexiko ist ein Schwellenland innerhalb der Top 20 der reichsten Staaten der Welt, Mitglied der OECD, mit NAFTA an die USA und Kanada und durch bilaterale Handelsverträge an die EU gebunden und auf dem Sprung in die „Erste Welt“ – wobei ein innerimperialistischer und an Rassismus grenzender Chauvinismus von Norden nach Süden mit zu bedenken ist.

Des Weiteren ist das Augenmerk revolutionärer Bewegungen seit 1994 aufgrund des Aufstands der EZLN auf Mexiko gerichtet. So wichtig dieser Aufstand ist, so sehr ist zu betonen, dass es in Mexiko noch eine Vielzahl anderer Bewegungen gibt, die oft nicht in den Blick genommen werden. Dies gilt gerade für eine ArbeiterInnenbewegung. Auf der Suche nach Verbindungen zwischen dem Aufstand der EZLN und einer ArbeiterInnenbewegung ist man nur mäßig erfolgreich. Bekannt ist die Solidarität der Gewerkschaft SME, die ihre Kämpfe mit der Unterstützung der EZLN verbindet. In der von der EZLN forcierten Anderen Kampagne findet man keine Gewerkschaften. Die praktische Politik der EZLN richtet sich in Chiapas auf Probleme der LandarbeiterInnen, während die Gewerkschaften eher im industrialisierten Norden aktiv sind. Die EZLN ist in der Praxis eine ‚Gewerkschaft' der

Fortsetzung auf Seite 8

Catwalk



Druck durch die Justiz

Seit Monaten unterstützt die FAU München Organisationsbestrebungen im Klinikum Dachau. Wichtig war hier eine Kundgebung im August 2007. Inzwischen ist es auch zu der geforderten Neueinstellung von KollegInnen gekommen. Aber die Klinikleitung gibt sich nicht geschlagen. Sie verweigert den GewerkschafterInnen weiterhin den Zutritt zum Gelände und strengte sogar eine Klage wegen Hausfriedensbruchs an. Mehrere Hundert Euro sollen Mitglieder der FAU-Syndikats SANITA zahlen, damit das Verfahren eingestellt wird. Die Anarchosyndikalisten weisen dies zurück, müssen aber ihre Kassen füllen, um für den Rechtsstreit gewappnet zu sein. Leistet Solidarität durch Spenden auf folgendes Konto!

Freie ArbeiterInnen Union
Kto: 961 522 01
BLZ: 200 100 20
Verwendungszweck „Soli SANITA“

Die Räder rollen wieder

Über die mutigen KollegInnen im Fahrradwerk Nordhausen berichtete die DA bereits ausführlich. Nachdem der Arbeitskampf verloren war, entschlossen sich einige der Fahrradwerker, weiterhin ohne Chefs zu arbeiten. Als Genossenschaft in Form einer GmbH produzieren die 21 Beteiligten seit 1. Mai ein weiterentwickeltes Strike Bike – diesmal in schwarz. Zur Anschubfinanzierung ist abermals der Direktvertrieb per Internet unerlässlich. Die „Black Edition“ (28er Tourenrad) kann bis 15. Mai geordert werden für 299 Euro inkl. Steuern und Versand.

Weitere Informationen unter http://www.strike-bike.de/

Kauf Dich glücklich: Die großen Streiks

Das Buch „Die großen Streiks“ stellt eine Reihe von bedeutenden Streiks des 20. Jahrhunderts vor, die weitgehend in Vergessenheit geraten sind. Vom einfachen Lohnkampf bis zum Generalstreik, vom Erfolg auf ganzer Linie bis zum totalen Fiasko.

Das Augenmerk liegt dabei auf den Spannungsfeldern von Basis und Gewerkschaftsführung und deren (widersprechenden) Strategien. Hervorgegangen ist die Neuerscheinung aus einer Artikelreihe in der Direkten Aktion.



Termine der Buchvorstellung auf S. 14

„Die großen Streiks – Episoden aus dem Klassenkampf“
Buch, 264 Seiten, EUR 14,80
Unrast-Verlag, Münster 2008
ISBN 978-3-89771-473-1

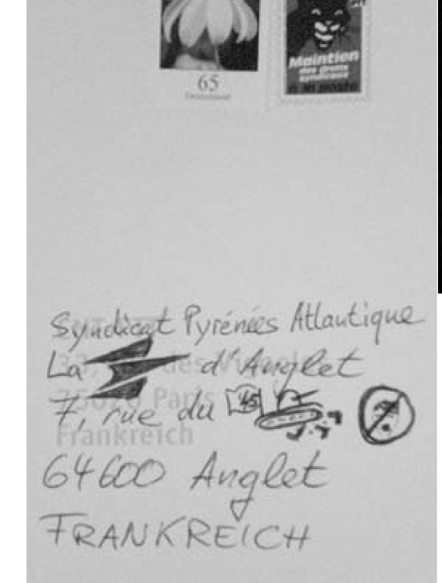
FAU- Ticker

Die FAU Berlin hat sich im März eine neue Struktur gegeben. Das Bildungssyndikat sowie das Kultur- und Mediensyndikat haben sich aufgelöst. Die Mitglieder der beiden Syndikate sind geschlossen dem Allgemeinen Syndikat Berlin beigetreten. Branchenspezifische Gewerkschaftsarbeit findet zukünftig in den dem Syndikat angeschlossenen Branchensektionen statt +++ eine Solidaritätserklärung mit der sich im Arbeitskampf befindlichen Belegschaft der BVG veröffentlichte das Allgemeine Syndikat Berlin im März (siehe www.fau.org) +++ Im Mai werden Ausstellungen der FAU Freiburg zu den Themen „Die Chaoten - Bilder aus Wackersdorf" und „Der Unfall im AKW Tschernobyl 1986" im Freiburger KTS zu sehen sein +++ in Bremen gibt es Initiativen für ein Bildungssyndikat und eine anarchosyndikalistische Jugend +++ Mitglieder der FAU-Bremen sind im März mit der Website www.syndikalismusforschung.info online gegangen +++ die FAU Leipzig führt die Soli-Kampagne für die CNT-PTT fort. Mehrmals versorgte sie das Publikum frankophoner Veranstaltungen mit Informationen über die gewerkschaftsfeindliche Politik der französischen Post +++ Anfang April hat die FAU Leipzig ihre neue Satzung verabschiedet +++ mit einem Flugblatt gegen die miserable Praxis von Zeitarbeitsfirmen informiert die FAU Leipzig über „Leihkeulen" in Sachsen: Die verleihfreie Zeit mit Überstunden zu verrechnen ist gang und gäbe, aber durchaus anfechtbar +++ die FAU Berlin führt ihre Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn!" mit wachsendem Interesse fort und informiert in mehreren Veranstaltungen über unbezahlte Arbeit +++ die FAU Hannover veranstaltete auch in diesem Jahr ihr sozialrevolutionäres 1.-Mai-Fest +++ am 1. Mai beteiligten sich wieder zahlreiche FAU-Gruppen an den Aktivitäten um den 1. Mai.

Ja, da haste recht, eigentlich müsste man mal so richtig ... Aber wie stellt ihr euch das denn vor? Würde nicht ...?" Immer und überall muss man sich erklären: auf Arbeit unter Kolleginnen und Kollegen, beim Familienfest im Kreise der Verwandten; unter Freunden nicht, wenn man Glück hat.

Dabei ist es doch eigentlich ganz einfach: Sich zusammensetzen, die Forderungen klarkriegen, die notwendigen Vorbereitungen treffen und los geht's! Was gibt es da lang zu erklären? Wer Beispiele braucht, wie das konkret aussieht, kann mit dieser Ausgabe der Direkten Aktion einen Blick nach Melboure/Australien (S. 13) werfen: Die KollegInnen wussten, was sie wollten, hatten aber mit den besonderen Bedingungen im Öffentlichen Dienst zu kämpfen, so wie jüngst auch ver.di in Berlin. Klar war, es muss den „Arbeitgebern" weh tun, und so haben sie den Streik, äh Spieß einfach umgedreht und die Bahnen fahren lassen! Das Beispiel der Freeter Union in Tokio/Japan (S. 10) zeigt darüber hinaus, dass man hartnäckig bleiben muss, wenn man sich in die Auseinandersetzung begibt.

Also, viele Worte braucht es nicht, wenn man erstmal entschlossen ist. Wie entschlossen ver.di im BVG-Streik gegen den rot-roten Senat war (S. 6), mögen viele FahrerInnen nach der Einigung am 2. Mai nun fragen. Die schrittweise Rückführung des Streiks (geplant bis 5. Mai) deutet jedenfalls darauf hin, dass die ver.di-Führung den KollegInnen einiges zu erklären hat. Damit geht es den Genossen Funktionären im Fachbereich Verkehr nicht anders als denen im Öffentlichen Dienst (S. 4). Und mit Blick auf den beharrlichen Widerstand gegen die Rentenreform in Griechenland (S. 9) müsste der DGB mal erklären, wieso es hierzulande bei zwei popeligen Protesttagen geblieben ist.*
Aber Vorsicht, vom „Erklären" ist es zum „Verklären" nicht weit, das wissen alle. Und doch, solange es klappen könnte, wagen v.a. Unternehmer diesen Sprung. Auch hier liefert die DA Beispiele, aus der Arbeitsrechts-Sonderzone kirchlicher Betriebe (S. 3) und dem Strafvollzug (S. 5). Beide Branchen präsentieren sich bekanntlich als „nicht gewinnorientiert", sondern als mildtätig.





Die glasklare Erklärung führt nicht immer ans Ziel.
Um sicherzugehen, dass die CNT-PTT-Solikarten nicht einfach durch die vollautomatische Sortieranlage laufen, kann das Adressfeld kreativ gestaltet werden. Denn die Karte soll nicht einfach nur ankommen, sie soll auch die Beschäftigten der französischen Post erreichen. Im Bild: rue du 8 mai.
Weitere Informationen unter:
www.fau.org/soli/cnt-ptt/

Verklärt hatten auch Hunderttausende US-Amerikaner in die Zukunft geblickt, die im vergangenen Jahr mit der Immobilienkrise in sich zusammenbrach. So individuell das Glück gedacht war, so einzeln stehen die Leute nun vor dem Scherbenhaufen. Kollektives Handeln greift nur zögerlich Raum. Aber auch Einzeltaten können eine Welle bilden: So demolierten Tausende ArbeiterInnen, die sich schon als Hausbesitzer wähnten, ihr ehemaliges Heim, bevor sie den Banken die Schlüssel übergaben. So berichtet es das Wall Street Journal. Etwa jedes zweite Haus weise substanzielle Schäden auf, so dass die Banken nun dazu übergegangen seien, den Opfern der Immobilienkrise eine „Entschädigung" zu zahlen – der Staat hatte sich ja bekanntlich nur um die Banken unter den Opfern gekümmert.

Wenn die paar hundert Dollar auch kaum für die nächste Monatsmiete reichen, die einzige Alternative wäre die Besetzung der Häuser gewesen, wie z.B. in Kopenhagen (S. 14). Aber zugegeben, Einfamilienhäuser zu besetzen, ist gar nicht so einfach. Und: Dann müsste man wieder Erklärungen abgeben, und zwar öffentlich. Das hilft nicht gegen den Frust der verlorenen Illusion. Dann, wenn es zu spät ist, hilft nur: kommunikationsfreie Gewalt.

André Eisenstein (Redaktion „Hintergrund")

*Die Einigung erfolgte nach Redaktionsschluss.

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 15h Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0176) 29475839 (mittwochs nach 15h)
Bielefeld . . . . . c/o „Umweltzentrum", August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld. Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr. Jeden 1. Do. im Monat libertäre Filme in der Kneipe im AJZ, <faubi@fau.org>, www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Str. 253, 38122 Braunschweig, <faubs@fau.org>
Bremen . . . . . . FAU Bremen, Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen<fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90 www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk, Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>, c/o FAU Bremen
Flensburg. . . . . c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover . . . . . UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über OG Hamburg

REGION WEST

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum. . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
Dortmund . . . . c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . Lokalföderation FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf. Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, PF 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . . Tel.: (02151) 39 42 70
Moers . . . . c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster. . . . . . FAU Münster, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <faums@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/, Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr. Offene Diskussionsveranstaltung jeden 4. Mi. im Monat 20 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12

REGION OST

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
Berlin . . . . Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. U2 Senefelder Platz. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr, <asy-b@fau.org>. Sektion Bildung im ASy, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, <bsy-b@fau.org>. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Sozialwesen im Asy, <gesundheit.asy-b@fau.org>,Stammtisch Pflege und Gesundheitswesen: 4. Mittwoch im Monat 20.00 Uhr im Café Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>
Dresden. . . . . . FAU Dresden, c/o Infocafé im AZ Conni, Rudolf-Leonhardt-Straße 39, 01097 Dresden, Präsenzzeit: zweiwöchentlich (ungerade Kalenderwochen) donnerstags 16.00 – 20.00 Uhr, <fau-dd@gnuviech.info>
Frankfurt/O. . . Kontakt über Potsdam
Görlitz . . . . Kontakt über Dresden
Gransee. . . . . . FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft <faugrs@fau.org>, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale . . . c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-Kontakt
Leipzig. . . . . . . VAB FAU Leipzig, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 16.00 – 17.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel.: (0341) 2246650
Magdeburg. . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstraße 13, 39104 Magdeburg.
Potsdam . . . . . FAU Potsdam, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam, Tel. (0177) 639 50 60, <faupdm@fau.org>, www.fau-potsdam.de.vu, FAU-Café donnerstags von 15-20 Uhr im „KUTZE", Hermann-Elflein-Straße 10. Treffen des ASy jeden Fr. 18.00 Uhr
Schwarzenberg. Kontakt über Leipzig
Zwickau. . . . . . Kontakt über Leipzig

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich. . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg. . . . . . FAU-Ortsgruppe, c/o Infoladen Freiburg, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffpunkt jeden So. um 18.00 Uhr in der KTS
Gießen. . . . . . . FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, <faugi@fau.org>, www.ak44de.vu, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend „Café Sabotage" – offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen"
Lich. . . . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz. . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg. . . . . . faumr@fau.org oder über FAU Lich
Meiningen . . . . FAU Meiningen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
München . . . . . Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0163) 6174227, <faum@fau.org>, www.faum.de. Offenes Büro mittwochs 16-18 Uhr. Allgemeines Münchner jeden Mittwoch 18 Uhr, <kontakt@faum.de>, (0163) 6174227. Bildungssyndikat, <bildungssyndikat@faum.de>, (0175) 4155326. Gesundheitssyndikat SANITA, <faum14@fau.org>. Allgemeines Münchner Syndikat Erwerbsloser und Lohnabhängiger (A.M.S.E.L.), www.fau-amsel.info.ms, (0179) 7206614
Neustadt/W. . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 2066, 76829 Landau, <faunw@fau.org>
Nürnberg. . . . . <fnbg@gmx.de>
Suhl. . . . . Kontakt über Meiningen
Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen
Bildungssyndikate: <bsy-public-info@list.fau.org>, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft: über Gransee, <gnll@fau.org>
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen
Nord: Kiel <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Potsdam <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Allemagne, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA
Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Allemagne, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz
FAU-CH, Postfach 580, CH-8037 Zürich
FAU-CH Bern Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, <bern@fauch.ch>

Österreich
Syndikalistische Initiative, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <syndinit@yahoo.de>, www.syndinit.org | Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Burning Heart statt Burn-Out

Widerstand ist das nachhaltigste Mittel gegen stressbedingte Krankheiten im Studium

Anfang Januar gingen Meldungen durch die Presse, wonach viele Studierende unter enormen Stress und daraus resultierenden Depressionen leiden. Auch der Konsum von Psychopharmaka habe in den letzten Jahren



unter Studierenden erheblich zugenommen. Als Ursache werden in einer Studie der Techniker Krankenkasse Zeitdruck, Hektik und fehlende Rückzugsmöglichkeiten genannt. Bereits Anfang 2000 fand eine Studie des Deutschen Studentenwerkes heraus, dass in technischen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern bis zu 40% der befragten Studierenden mit psychischen Problemen zu kämpfen haben.

Durch die sog. „Hochschulreform" im Zuge des Bologna-Prozesses steigt der Stress insbes. in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern weiter an. So fallen z.B. im Studiengang Umwelttechnik/Regenerative Energien an der FHTW Berlin in manchen Fächern bis zu 90% der Studierenden eines Jahrganges früher oder später durch die Prüfungen. Bereits bei der Erstsemesterbegrüßung wird verkündet, dass in den Laboren nur Platz für ca. 20 Personen sei und ein entsprechender Anteil der Studierenden das Semester, ab dem im Labor gearbeitet werden muss, deshalb nicht erreichen werde. Es ist nichts Ungewöhnliches, wenn von 48 Studienanfängern nach wenigen Semestern nur noch 16 übrig sind. Die restlichen werden bei den extrem anspruchsvollen Prüfungen so lange durchfallen gelassen, bis sie die Hochschule verlassen müssen.

Eine Studentin an einer Fachhochschule muss sich in den Bachelor- und Diplomkursen normalerweise mit bis zu 38 Semesterwochenstunden herumschlagen. Hinzu kommen Tutorien und Übungen sowie die Vorbereitung auf die Laborpraktika, für die im laufenden Semester bis zu 30 studienbegleitende Protokolle verfasst werden müssen. Der Studiengang kann exemplarisch für fast alle ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studienfächer betrachtet werden. Unter diesen Umständen ist es nahezu unmöglich, noch neben dem Studium zu jobben. Wer kein Geld durch Dritte bezieht, hat von vorne herein verloren.

Die Fachhochschule stellt ein scheinbar attraktives Bildungsangebot bereit, kassiert vom Kultusministerium das Geld für die entsprechende Anzahl von Studienanfängern und beginnt dann die Mehrzahl von ihnen – getreu dem Motto: „Survival of the fittest" – auszusieben. Übrig bleibt nur eine kleine Anzahl stresserprobter Elite-Ingenieure. Die Industriewirtschaft kann sich mit den „gut ausgebildeten Fachkräften" zufrieden zeigen und die Hochschule deren Fördergelder einstreichen, um damit das Bildungs- und Forschungsangebot zu „verbessern". Den Studierenden kommt in diesem Spiel lediglich die Rolle der Humanressource, des zukünftigen Elite-Humankapitals zu.

Widerstand gegen diese Zurichtung gibt es leider zu wenig. So ging z.B. der Fachschaftsrat für den benannten Studiengang gegen extrem hart bewertende Professoren vor. Dieser „Widerstand" bezieht sich aber nur auf die Symptome der Missstände. Erfolgsversprechender Widerstand lässt sich dort entwickeln, wo es den Fachhochschulen und der Industrie auch weh



tut. Die Firmenkontaktmessen, mit denen die jeweiligen Universitäten an die Öffentlichkeit treten, sind Orte, an denen auf die Verflechtung zwischen den Hochschulen und der Industrie, sowie der daraus resultierenden gnadenlosen Auspressung der Studierenden hingewiesen werden kann. Hier Protest zu entwickeln, würde nicht nur den Ausbeutern schaden: Seinen Frust einfach mal herauszuschreien und in Bewegung zu kommen, ist auch ein vorzügliches Mittel gegen das Burn-Out-Syndrom.

Peter Hornschuh

Christliche Wohlfahrtskonzerne unter Druck

Arbeitsgericht verurteilt Diakonie wegen Diskriminierung einer Muslimin

Im vergangenen Jahr bewarb sich Yesim Fadia, nachdem sie bereits sieben Jahre lang im interkulturellen Bereich gearbeitet hatte, beim Diakonischen Werk in Hamburg als Integrationslotsin in einem von der EU und dem Bund geförderten Projekt. Eine Mitarbeiterin der Diakonie teilte ihr daraufhin mit, dass sie nur eingestellt würde, wenn sie bereit sei, in die Kirche einzutreten. Nach Angaben von *Spiegel Online* erklärte sich die nicht praktizierende Muslimin pro forma dazu breit, fragte aber, ob dieser rein pragmatische Kircheneintritt denn im Sinne der Diakonie sei. Prompt bekam sie ihre Bewerbungsunterlagen mit einer Standardabsage zurückgeschickt.

Dieses Verhalten hat das Hamburger Arbeitsgericht nun als Diskriminierung verurteilt und Yesim Fadia 3.900 Euro zugesprochen. Dieses Urteil wird möglicherweise Auswirkungen auf die Einstellungspolitik der kirchlichen Unternehmen haben. Denn bisher befindet sich etwa unter den 420.000 Angestellten der Diakonie kein einziger Muslim, Hindu oder gar Atheist. Das könnte sich nun ändern, wenn auch nur in bestimmten Bereichen, denn das Gericht gesteht den kirchlichen Betrieben zu, im „verkündungsnahen Bereich" weiterhin nur Menschen einzustellen, die der Kirche angehören.

Dass es überhaupt zu dieser Verurteilung der Diakonie kam, ist eine Folge des seit 2006 geltenden Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AAG), durch das eine Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, Sexualität oder Behinderung arbeitsrechtlich angreifbar ist. Die Kirchen hatten sich gegen das Gesetz ausgesprochen, denn sie befürchteten Urteile wie das in Hamburg. Der Gesetzgeber ging auf diese Bedenken ein und fügte die sog. Kirchenklausel in das Gesetz ein. Doch in Fall Fadias entschied der Richter für die Klägerin, obgleich es in der Klausel heißt: „Kirchen und Religionsgemeinschaften sollen ihre Beschäftigten weiterhin mit Rücksicht auf deren Religion oder Weltanschauung auswählen dürfen, soweit dies im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht oder nach Art der Tätigkeit gerechtfertigt ist". Das Urteil stellt somit einen schweren Schlag gegen das sog. Selbstverwaltungsrecht der Kirchen und die mit ihnen verbundenen Wohlfahrtskonzerne dar. Deshalb kündigte die Diakonie an, gegen das Urteil in Berufung gehen zu wollen. Ihrer Meinung nach habe das Hamburger Arbeitsgericht das AAG „entgegen seinem Wortlaut" ausgelegt.

Doch die Kirchen geraten auch von anderer Seite unter Druck: Denn 2007 streikten zum ersten Mal seit 88 Jahren wieder MitarbeiterInnen kirchlicher Einrichtungen. Etwa 4.500 Angestellte des Diakonischen Werks Württemberg führten einen ganztägigen Warnstreik gegen die Einführung neuer Arbeitsrichtlinien durch. Dabei ist es rechtlich umstritten, ob Arbeitskampfmaßnahmen in kirchlichen Einrichtungen zulässig sind. Denn nach dem grundgesetzlich verankerten kirchlichen Selbstbestimmungsrecht sind in kirchlichen Einrichtungen weder Betriebsräte noch die Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes gültig. Die Kirchen und ihre Einrichtungen lehnen darüber hinaus Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften ab und betrachten Streiks als nicht kirchengemäß und daher unzulässig. Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse haben beide Kirchen einen sog. „dritten Weg" als kircheneigentümliches Arbeitsrecht entwickelt. Arbeitsrechtliche Kommissionen, in denen Unternehmens- und Beschäftigtenseite paritätisch vertreten sind, erlassen Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) und Vergütungsordnungen für die MitarbeiterInnen in den kirchlichen Einrichtungen. Tarifverträge sollen dadurch überflüssig werden. In den letzten Jahren sind dabei vor allem in den AVR der Diakonie schlechtere Arbeitsbedingungen festgelegt und Entgeltabsenkungen vorgenommen worden.

Nach Meinung des ehemaligen Richters am BVG Jürgen Kühling dagegen sind Streiks rechtlich zulässig, und er erwartet, dass diese Frage demnächst zur Entscheidung anstehen werde. Sollte dies der Fall sein, könnte den Kirchen eine weitere bittere Niederlage drohen. Dagegen würde dies für die große Anzahl von kirchlichen Beschäftigten – allein bei der Caritas und der Diakonie arbeiten fast eine Mio. Menschen – eine rechtliche Angleichung an die in dieser Gesellschaft üblichen Beschäftigungsformen darstellen und damit zu einer partiellen Demokratisierung ihres Arbeitsbereichs führen. Außerdem wäre es ein weiterer Schritt hin zur längst überfälligen Trennung von Staat und Religion.

Jens Benicke

Kolumne Durruti

Man stelle sich vor: Die gute Revolution hätte stattgefunden und müsste nun vor den bösen Konterrevolutionären geschützt werden. Eine Utopie? Keineswegs, nur eine Frage der Perspektive. Die 12 alten Herren im Wächterrat des Iran tun nichts anderes, als die Früchte ihrer Volksbewegung zu schützen...

In der Regel ist dies die Stelle im Text, an der die Nachfahren der Aufklärung ein überlegenes Lächeln aufsetzen und mit dem Finger auf einen Staat zeigen, der sie in seiner Rückständigkeit an das Mittelalter erinnert. Spätestens seit dem Karikaturenstreit hat der religiöse Fundamentalismus sein Antlitz entblößt, der Atomstreit ihm noch dazu den Stempel Schurkenstaat eingetragen. Zeigt man nun selbigen aufgeklärten Menschen Zeitungsmeldungen wie „Atheisten schüren Angst vor Gott", so meinen sie, es handele sich um einen weiteren Fingerzeig fremdartiger Rückständigkeit.

Doch weit gefehlt, titelte doch jüngst die katholische Zeitung «Die Tagespost» mit dieser Überschrift, und das Sonntagsblatt führte aus: „Vor dem erkennbaren Hass, der in Bildern der Religionsvertreter seinen Ausdruck findet, dürften die meisten Kinder eh zurückschrecken". Hier bei uns? Militante Atheisten in den Kinderzimmern? Was ist geschehen?

An und für sich nichts, bis auf die Herausgabe eines Kinderbuches unter dem Titel „Wo bitte geht's hier zu Gott? fragte das kleine Ferkel", das die Fundamentalisten der Juden, Christen und Moslems an den Pranger stellt. Ein „militant atheistisches" Buch, wie Stephan Kramer, Sekretär des Zentralrats der Juden, erklärt, und ein „klarer Missbrauch" der Meinungsfreiheit. Das Buch sei „ekelhaft und gefährlich" und gehöre „vom Büchermarkt weggebeamt".

Das tolerante Abendland zeigt sich von seiner besten Seite. Und wer gedacht hätte, es bliebe bei dieser verirrten Einzelmeinung, sieht sich bald eines Besseren belehrt. Für die Diözese Rottenburg-Stuttgart ist das Buch voll von „blasphemischen Äußerungen" und „antichristlicher Hetze". Und so folgern die katholischen Sittenwächter, dass „ein solcher Tabubruch den Protest eines jeden anständigen Menschen hervorrufen" müsse. Und nur für den Fall, dass dem nicht so sein sollte – rein vorsorglich – erstattete die Diözese gleich Strafanzeige wegen Volksverhetzung.

Dass Vertreter verschiedener Religionsgemeinschaften den Zweifel an der Existenz Gottes nicht gern hören, sodann das Wort ergreifen, um selbiges im Sinne Gottes wieder auszulegen versuchen, scheint immerhin noch in der Sache begründbar. Doch welchem Interesse geht das Bundesministerium für Familie nach?

Ursula von der Leyen war so gar nicht damit einverstanden, dass in dem Buch „die drei großen Weltreligionen Christentum, Islam und das Judentum verächtlich gemacht" und „die Besonderheiten jeder Religion der Lächerlichkeit preisgegeben" werden. Und obgleich hierzulande Kirche und Staat getrennt sein sollten, folgerte sie, dass das Buch geeignet sei, „Kinder und Jugendliche sozial-ethisch zu desorientieren". Prompt rief sie das 12er-Gremium der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien an, damit diese das schreckliche Buch aus dem Verkehr zöge.

Wer hätte gedacht, wie nah die Republik plötzlich an den Gottesstaat heranrückt? Die 12 Wächter des Iran oder das 12er-Gremium des Bundes? Beide sind angetreten, „unsittliche" und „verrohend wirkende" Schriften zu indizieren, im Namen des Herrn. Und so bleibt nur abzuwarten, wann auch bei uns die Evolutionstheorie endlich zur Disposition steht. Und falls der Iran immer noch nicht Vorbild sein darf, so gibt es ja auch noch Kansas, wo die unseligen Errungenschaften der modernen Wissenschaft ebenfalls gottesfürchtig in Frage gestellt werden.

Kikiwi

TERMINE

Berlin

Sa. 17. Mai, 19.00 Uhr
Urknall (Kulturfabrik Moabit), Lehrterstr. 35
Die FiestA
20. Jubiläum des A-Ladens. Mit Filmen, Musik und Lesung.

Aachen

Fr. 9. Mai, 20.00 Uhr
Autonomes Zentrum, Vereinstr. 25
Party: Tag der Befreiung
Konzert mit div. Bands (Eintritt 5 Euro)

Fr. 16. Mai, 19.30 Uhr
Aula im Welthaus, An der Schanz 1
Buchvorstellung: „Neuer Anarchismus in den USA"
Mit dem Herausgeber Gabriel Kuhn

Münster

Mi. 14. Mai, 20.00 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Buchvorstellung: „Neuer Anarchismus in den USA"
(siehe oben)

Leipzig

Mo. 9. Juni, 19.00 Uhr
Libelle, Kolonnadenstr. 19
Keine Arbeit ohne Lohn!
Ein Mitglied der FAU Berlin präsentiert die Kampagne gegen unbezahlte Arbeit

Do. 22. Mai, 19.00 Uhr
Infobude G16, Gießerstr. 16
„Kriege gibt es nur, weil es Staaten gibt"
Anarchistischer Antimilitarismus vor 1933. Vortrag und Diskussion mit Prof. Ulrich Bröckling.

Hamburg

Veranstaltungsreihe: „Anarchismus, Digger - anarchistische Theorie und Praxis"
Libertäre Bibliothek, Fettstr. 23
Mo. 5. Mai, 19.00 Uhr
„Neuer Anarchismus in den USA" (mit Gabriel Kuhn)
Mo. 19. Mai, 19.00 Uhr
Postanarchismus - Anarchistische Theorie (in) der Postmoderne (mit Jürgen Mümken)
Do. 22. Mai, 19.00 Uhr
Anarchie zum Anfassen (mit Horst Stowasser)

Weitere Termine auch in Deiner Nähe unter:

www.fau.org/termine

Stroh zu Gold

Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst spaltet Belegschaften

Eigentlich hatte es hoffnungsvoll begonnen: Die Gewerkschaftsspitzen von ver.di und dbb-tarifunion hatten das Ende der Bescheidenheit verkündet. Auch im Öffentlichen Dienst sollte es nach Jahren wieder Lohnsteigerungen geben. Acht Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr im Monat sollten es für die 1,3 Mio. Beschäftigten von Bund und Kommunen (inklusive Eigenbetriebe) sein, monatlich 120 Euro mehr und eine verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende. Auch die Verlängerung der ausgelaufenen Übergangsregelungen zur neuen Entgeltordnung und die Inkraftsetzung noch offener Punkte des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD)[1] standen auf der Agenda. Schnell waren die Fronten verhärtet, doch sechs Verhandlungsrunden, zwei Warnstreikwellen und einen auf Ablehnung stoßenden, arbeitgeberfreundlichen Schlichterspruch später steht überraschend ein „Kompromiss“. Die Arbeitgeber reden von „Schmerzgrenze“, die Gewerkschaften von „Erfolg“. Viele Beschäftigte dagegen machen lange Gesichter.

Kämpferisch

Beflügelt vom Bahnstreik der GdL waren viele ver.di-Gliederungen für deutlich höhere Forderungen eingetreten, als sie von der Bundestarifkommission letztlich gestellt wurden. Als Bremser hatte sich hierbei die dbb-tarifunion entpuppt, mit der ver.di erstmals eine gemeinsame Forderung formulierte. Sie wollte weit weniger. In den Betrieben stand die Stimmung auf Streik. Die Gewerkschaftsspitzen sahen sich unter dem Druck zu einer härteren Gangart gezwungen. Auch hatten sie aus den Fehlern im letzten Arbeitskampf 2005/06 gelernt: Die Beschäftigten wurden frühzeitig über ihre Rechte im Arbeitskampf informiert. Und zur allgemeinen Überraschung drückten sie mächtig auf die Tube, um Kampfbereitschaft zu demonstrieren. Statt auf symbolische Großveranstaltungen setzten sie v.a. auf branchenübergreifende, dezentrale Aktionen in den Betrieben. Ihre zahnlose Taktik der punktuellen Nadelstiche wurde diesmal zugunsten flächendeckender, ganztägiger Warnstreiks aufgegeben, mit denen sie den Arbeitgebern mehr als sonst zusetzten.

„Alle Räder stehen still, weil unser starker Arm es will“[2]

Lag der Schwerpunkt zunächst in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, zogen die Entsorgungs- und Verkehrsbetriebe, Kitas und Jugendeinrichtungen, Verwaltungen, Sparkassen und andere Betriebe schnell gleich. Mit dem Angebot einer faktischen Nullrunde bei Ausweitung der Arbeitszeiten, der Androhung von Entlassungen, Kündigung des Tarifvertrags über die Arbeitszeiten und Abkopplung der Krankenhausbeschäftigten (mit etwa 450.000 die größte Gruppe in den Kommunen) von der Einkommensentwicklung im restlichen Öffentlichen Dienst, gossen die Arbeitgeber nur noch mehr Öl ins Feuer. Die Gewerkschaften revanchierten sich mit entschlossenen Aktionen: etwa am 21. Februar in Hannover, als alle städtischen Kitas geschlossen blieben, weil ver.di den Abschluss von Notdienstvereinbarungen verweigerte, und am Folgetag, als erstmals seit 16 Jahren der Nahverkehrbetrieb Üstra ganztägig bestreikt wurde. Am 5. März zielten sie mit einem bundesweiten Streik auf den Sicherheitsbereich der Flughäfen. In Hannover-Langenhagen gab es einen Vorgeschmack dessen, was im Falle eines unbefristeten Ausstandes geschehen kann: bis 10 Uhr wurde der gesamte Flugverkehr lahmgelegt. Auch die Beamten wurden einbezogen: um Streikbruch zu verhindern, hielten sie z.B. in Hannover am 19. Februar eine Personalversammlung ab.

Mogelpackung

Das Ergebnis wird nun mit allen Tricks der Tarifarithmetik auf 7,9% schön gerechnet. Zugrunde gelegt werden die Entgelttabellen von 2005; seitdem hatte es außer Einmalzahlungen keine Tariferhöhungen gegeben. Diese fließen jetzt prozentual aber genauso wenig in das Vergleichsentgelt mit ein wie die verlängerten Arbeitszeiten, die 2006 nach Verabschiedung des TVöD in mehreren Bundesländern von den Kommunen durchgesetzt werden konnten.[3] Hinzu kommt die Splittung der Erhöhung auf zwei Jahre Laufzeit.[4] Rückwirkend zum 1. Januar (Ost: 1. April) steigen die Löhne jetzt um monatlich 50 Euro plus 3,1%, zum 1. Januar 2009 um weitere 2,8%. Dazu kommt eine Einmalzahlung von 225 Euro. Auszubildende bekommen rückwirkend 70 Euro mehr im Monat. Ab Juli werden die Arbeitszeiten im Tarifgebiet West einheitlich an die des Bundes, also wöchentlich 39 Stunden, angeglichen. Bisher lagen sie zwischen 38,5 und 40. Im Osten bleibt es bei 40 Stunden. Eine Sonderregelung gilt für Klinikbeschäftigte: 2008 gibt es monatlich nur 50 Euro plus 1,6% mehr, 2009 4,3% und einmalig 225 Euro. Wo bisher 38,5 Stunden gelten, bleibt es dabei. Abgezogen werden ihnen dafür monatlich zehn Euro von der Krankenhauszulage und das Leistungsentgelt von einem Prozent. Ausnahme: In baden-württembergischen Kliniken bleibt es bei 39 Stunden; dafür gibt es nur die mickrigen Erhöhungen wie für alle anderen Klinikbeschäftigten.



Nandor Pouget (GGB Hannover)

Anmerkungen

[1] Übergangsweise werden die Beschäftigten auch nach Verabschiedung des TVöD 2005 nach den alten BAT-Regelungen eingruppiert; eine neue Entgeltordnung wird noch verhandelt. Diese sollte eigentlich 2007 in Kraft treten. Da dies nicht geschehen ist, wurden die Fristen im Überleitungstarifvertrag überschritten. Diese mussten nun wegen ihrer Auswirkungen auf Tätigkeits-, Zeit- und Bewährungsaufstiege verlängert werden.

[2] Fronttransparent der Üstra-Beschäftigten in Hannover am 22. Feb. 2008.

[3] Allein die Inflationsrate summierte sich nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes von 2005 bis 2007 auf 6,1%.

[4] Das ganze wird jetzt als „lineare Gehaltserhöhung“ von 7,9% verkauft, um den Eindruck zu erwecken, die Beschäftigten hätten ihr Ziel von fast acht Prozent erreicht.

Arbeite umsonst und sei dankbar!

Über die Ausbeutung von PraktikanntInnen im Rahmen von schulischen Ausbildungen

„Wer eine Berufsausbildung beginnt, der wird auch dafür bezahlt, und zwar von Anfang an.“ So könnte ein spontaner Gedankengang von angehenden Azubis und deren Eltern lauten. Es handelt sich schließlich um eine vermeintlich allgemein anerkannte Selbstverständlichkeit: Auszubildende haben einen rechtlichen und moralischen Anspruch auf Lohn für ihre Arbeit, selbst wenn sie anfangs kaum mehr als einige Botengänge und einfache Handgriffe verrichten können.

Gesetz und Moral sind in unserer Gesellschaft jedoch äußerst flexible Faktoren, und so finden sich auch im Ausbildungsbereich einige Hintertüren, über die private wie staatliche Unternehmen auf praktisch kostenlose Arbeitskräfte zugreifen können. Einige fachspezifische Schulformen – im hauswirtschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen, technischen und anderen Bereichen – dürfen nur angetreten werden, wenn zuvor ein längeres Berufspraktikum im jeweiligen Fachbereich abgeschlossen wurde. Dass die SchülerInnen für diese Praktika keinerlei Vergütung erhalten, versteht sich für die Behörden offenbar von selbst. In manchen Bundesländern ist eine freiwillige Vergütung durch die Unternehmen sogar laut Schulordnung untersagt.

Zusätzlich scheint man noch etwas „moralische Aufklärungsarbeit“ unter den SchülerInnen leisten zu wollen, um sicherzustellen, dass jene nicht auf falsche Gedanken im Bezug auf eine eventuelle Bezahlung kommen. So erfahren z.B. die SchülerInnen der ,,Höheren Berufsfachschule Sozialassistenz“, einer staatlichen Berufsschule in Rheinland-Pfalz, bei ihrer Einschulung, dass sie ihren jeweiligen Praktikumsbetrieben dankbar für die Ableistung des unentgeltlichen Praktikums sein dürfen, denn jene würden das ganze kostenfrei ,,für sie“ durchführen. Die SchülerInnen würden die Betriebe viel Zeit und Geld kosten. Traurigerweise werden solche Frechheiten von der Schülerschaft in der Regel bisher ohne nennenswerte Proteste hingenommen. Zur Abschlussprüfung zugelassen wurden nur diejenigen SchülerInnen, welche nach zwei Schuljahren 800 unentgeltliche Arbeitsstunden in sozialen Einrichtungen vorweisen konnten.

Ein weiteres deutliches Beispiel aus dem sozialen Bereich ist der Umgang mit SchülerInnen an den saarländischen Fachoberschulen (FOS). In der Klassenstufe 11 dieses Bildungsganges muss jeder Schüler drei Wochentage in einer staatlichen oder privaten sozialen Einrichtung arbeiten. Während der Ferien, wenn die Schulen geschlossen sind, wird auch während der restlichen beiden Tage am Arbeitsplatz angetreten. Es handelt sich hierbei beinahe um das gleiche Arbeit-Schule-Verhältnis wie bei einem Auszubildenden im ersten Jahr. Nur mit dem Unterschied, dass die SchülerInnen der FOS laut Schulordnung weder Anspruch auf Vergütung noch auf Urlaub haben. Eine positive Bewertung des Praktikumsbetriebes ist die Voraussetzung für die Versetzung in die nächst höhere Klassenstufe – ein Abhängigkeitsverhältnis, das Aufbegehren sehr erschwert.

Es ist jedoch nicht so, dass nur staatliche Sozialeinrichtungen von den kostenlosen Arbeitskräften profitieren. Das Unternehmen ,,Sparkasse“ wirbt z.B. auf einer Internetseite aktiv um FOS-PraktikantInnen der Fachrichtung ,,Wirtschaft und Verwaltung“. Eine umfassende Bewerbung sowie die Teilnahme an einem Auswahlverfahren sind hier Pflicht. Auch das Angebot eines Entgeltes zur Deckung der Fahrtkosten ändert kaum etwas an der Tatsache, dass hier Schüler als bereitwillige, nahezu kostenfreie Aushilfskräfte genutzt werden.

Der Abschluss dieser schulischen Ausbildungen eröffnet oder verbessert, je nach Schulform, die Möglichkeit einer Berufsausbildung in der entsprechenden Fachrichtung, führt zum Erlangen der fachrichtungsgebundenen Fachhochschulreife oder – bei entsprechendem Notenschnitt – auch zur Chance, die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen. Diese Mixtur aus Möglichkeiten hat zur Folge, dass sich in den Bildungsgängen ein bunter Haufen mit völlig unterschiedlichen Motivationen einfindet. Ein Teil dieser SchülerInnen hat überhaupt kein Interesse an einer Berufsausbildung in dem jeweiligen Fachbereich, da sie im Endeffekt nur das Abitur anstreben. Das Praktikum hat also für diese SchülerInnen weder einen finanziellen Wert, noch sammeln sie Erfahrungen für den späteren Berufsweg.

Das Problem der Schulpraktika ist weit gefächert, unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland und lässt sich auf zahlreiche Fachrichtungen übertragen. Wichtig ist, dass die Betroffenen sich informieren, selbst zu Wort melden, organisieren und gemeinsam Konzepte entwickeln, wie man gegen diese Form der Ausbeutung vorgehen kann.

Siegfried Blum

Keine Arbeit ohne Lohn!

Gesetzesinitiative zu Praktika

Nachdem schon der DGB eine Petition im Bundestag eingereicht hatte, planen nun die Sozialdemokraten einen Gesetzesentwurf, der den Status von PraktikantInnen und deren Vergütung klären soll. Das Vorhaben soll eine Regelung der Dauer von Praktika, Ansprüche auf Lohnzahlungen und eine Festlegung des Unterschieds von Praktika und Scheinarbeit umfassen. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) zeigte sich über das Vorhaben entrüstet. Sie warnte davor, dass mit einer Überregulierung in diesem Bereich die Einstellung von Praktikanten verhindert werde. Ihr Vizepräsident Braun fantasiert dabei, dass die Unternehmen gar nicht von Praktika profitieren und dabei sogar draufzahlen würden, müssten sie doch Arbeitskräfte zur Betreuung der PraktikantInnen abstellen. Würden die Unternehmen tatsächlich PraktikantInnen so beschäftigen, wie es die arbeitsrechtliche Definition von Praktika vorsieht (PraktikantInnen sollen lediglich „mitlaufen“ und keine Arbeiten im Produktionsablauf übernehmen), hätte er wohl Recht damit. Tatsächlich aber übt sich Braun in offener Heuchelei, denn die Realität spricht eine andere Sprache: nach mehreren statistischen Erfassungen werden knapp 80% der PraktikantInnen über die Hälfte der Zeit und 53% ausschließlich als normale Arbeitskräfte eingesetzt. Über 40% dieser PraktikantInnen erhält dabei überhaupt keinen Lohn und 2/3 eine absolut unangemessene Vergütung. Da der DGB schätzt, dass es in Deutschland allein 400.000 Praktikastellen von HochschulabsolventInnen gibt, lässt sich erahnen, wie groß das wirtschaftliche Volumen von unbezahlter Arbeit durch Praktikamissbrauch ist und wie sehr Unternehmen davon profitieren.

Doch vermutlich müssen sich die Arbeitgeber wenig Sorgen machen. Zum einen soll die vorgesehene Vergütung sehr gering sein, eben einem Praktikum nach offizieller Definition angemessen, und berührt somit nicht das Hauptproblem der Scheinarbeit. Zum anderen ist es fraglich, ob auch eine gesetzliche Unterscheidung von Praktika und Scheinarbeit etwas daran ändern würde. Das Arbeitsrecht hat diesbezüglich schon klare Vorgaben. Der Missbrauch findet dennoch statt, und zwar unter Ausnutzung von Ahnungslosigkeit und Abhängigkeit der PraktikantInnen und dank wenig bis gar nicht ambitionierter Gewerkschaften. Tatsächlich nutzen diese die Möglichkeiten des Arbeitsrechts kaum und ihre ökonomische und strukturelle Macht in den Betrieben schon gar nicht, um den Missbrauch von Praktika zu unterbinden. Stattdessen verlegen sie sich auf Petitionen und hoffen auf weitere gesetzliche Regelungen. Diese könnten aber ein Schuss nach hinten sein und die Situation gar verschlimmern. Können sich jetzt PraktikantInnen und Gewerkschaften noch auf das Prinzip: „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit“ beziehen, könnte ähnlich wie bei den Tarifverträgen für die Leiharbeitsbranche eine Gesetzesregelung von Praktika als Sonderbereich den Billiglohn lediglich legalisieren. (HM)

Weitere Infos zu unbezahlter Arbeit:
www.keine-arbeit-ohne-lohn.de



Ach, wie gütig!

Die Ausbeutung von Gefängnisarbeit wird als Mildtätigkeit verklärt. Knastprodukte haben Konjunktur.

Wer in Berlin die Rosa-Luxemburg-Straße zwischen Alexanderplatz und Rosa-Luxemburg-Platz entlang schlendert, dem wird deutlicher als in vielen anderen Straßen dieser Stadt ihr widersprüchlicher Charakter vor Augen geführt. Am Ende der Straße, weithin sichtbar, steht die Volksbühne, ein Theater das ursprünglich durch „Arbeitergroschen" finanziert wurde, was Anfang des 20. Jh. auch ArbeiterInnen erstmals den Besuch eines Theaters ermöglichte. In einer Seitenstraße findet sich das Karl-Liebknecht-Haus, die Parteizentrale der Linkspartei, in der Weimarer Zeit Hauptquartier der KPD, ab 1933 Foltergefängnis der SA. Auf beiden Seiten der Straße sind heute in den Schaufenstern die kostspieligen Gewänder mehr oder weniger namhafter ModedesignerInnen zu bewundern. Der Ort, wo einst das historische Scheunenviertel stand, welches 1906 aufgrund seiner katastrophalen baulichen und sozialen Situation komplett umgestaltet werden musste, steht heute in erster Linie für den Alternativ-Chic der Besserverdienenden. Menschen à la Brad Pitt und Angelina Jolie spielen mit dem Gedanken, in den früheren Elendsbezirk zu ziehen.

Eigentlich gut in das gentrifizierte Bild einfügen würden sich die beiden Läden „Tønsberg" und „Häftling", wenn nicht gesplitterte Schaufenster den Blick auf die Auslagen erschweren würden. Bei Tønsberg kann zusätzlich noch ein buntes Farbengemisch auf der Fassade und dem Bürgersteig bewundert werden – Spuren einer Protestaktion. Verwunderlich ist dies freilich nicht, denn Tønsberg ist die Ladenkette der MediaTex GmbH aus Königs Wusterhausen, der Firma, die die Marke „Thor Steinar" erfolgreich und äußerst gewinnbringend unter Europas Faschisten als Identitätsmerkmal etablierte.

Bei „Häftling" liegt die Sache nicht so klar auf der Hand. Hier gibt man vor, Gutes zu tun. Die Marke „Häftling" wurde 2003 durch die Werbeagentur „Herr Ledesi" im Auftrag der JVA Tegel entwickelt. Diese suchte nach besseren Vermarktungsmöglichkeiten für die von Häftlingen produzierten Güter. In Deutschland sind Gefangene zur Arbeit verpflichtet. Nach Art. 12 des Grundgesetzes ist „Zwangsarbeit" bei Personen, denen „gerichtlich angeordnet" die Freiheit entzogen wurde, zulässig. Der Stundenlohn wurde ebenfalls gesetzlich festgeschrieben: Er liegt zwischen 1,02 und 1,69 Euro. Häftlinge, die sich weigern, werden unter Druck gesetzt. So wird z.B. dem in der JVA Bruchsal seit fast zwölf Jahren – zum Großteil in Isolationshaft – einsitzenden politischen Häftling Thomas Meyer-Falk die Aufnahme eines Fernstudiums untersagt, weil er sich weigert, Zwangsarbeit zu verrichten.

In Zeiten, in denen die Anzahl der Häftlinge in deutschen Gefängnissen rapide zunimmt – zwischen 1993 und 2005 stieg sie von 41.000 auf 61.000 –, überlegt sich der Staat, wie er die steigenden Kosten des Strafvollzuges reduzieren kann. Lange werden die Herren und Damen nicht überlegt haben. Denn ähnlich wie bei den Hartz-Gesetzen ließ man sich auch hier von Modellen aus den USA inspirieren.



Foto: Vera Drake

Prison Industrial Complex: das Beispiel USA

Dort ist die Zahl der Inhaftierten seit den 1980ern, vorsichtig formuliert, gewaltig angestiegen. In den letzten 25 Jahren hat sie sich vervierfacht. Heute sitzen zwei Mio. US-AmerikanerInnen hinter Gittern. Das sind 740 Häftlinge pro 100.000 Einwohner. Sechs bis zwölf mal so viele wie in allen anderen Industrienationen. 6,9 Mio. US-AmerikanerInnen stehen unter direkter Aufsicht der Strafjustiz. Das sind 3,2% der Bevölkerung, darunter jeder dritte Afro-Amerikaner zwischen 18 und 25 Jahren. Und das, obwohl die Kriminalitätsrate bis Ende der 90er stabil blieb und seitdem fällt.

Diese statistisch widersprüchliche Entwicklung hängt mit einer Anfang der 80er vorgenommenen Strategieänderung seitens der US-Regierung zusammen. Hatte man zuvor noch versucht, die durch den Kapitalismus hervorgerufenen Klassenwidersprüche z.T. durch sozialstaatliche Maßnahmen einzudämmen, setzte man nun schlichtweg auf Repression. Die Ausgaben für die soziale Absicherung der Bevölkerung sanken parallel zur Steigerung der Kosten für den Strafvollzug. Heute ist dieser der drittgrößte öffentliche Arbeitgeber der USA.

Nun stellte sich die Frage, wie die entstehenden Kosten vermindert werden können. Loic Wacquant, Professor für „Legal Research" an der Universität von Kalifornien, beschrieb 2002 „vier Strategien zur Eindämmung der Gefängniskosten". Neben der Senkung des Lebensstandards der Gefangenen durch die Streichung der Angebote zu Sport, Unterhaltung und Rehabilitation, der Nutzung des technischen Fortschrittes zur effektiveren Überwachung der Gefangenen und der allgemeinen Abwälzung der Kosten auf die Gefangenen, nannte er auch Gefängnisarbeit als Möglichkeit der Kosteneinsparung. Unternehmerverbände drängten darauf, der Verschwendung des Humankapitals in den Gefängnissen entgegenzuwirken und die Knäste zu „Bienenkörben der produktiven Arbeit" zu machen.

Dies hat schließlich dazu geführt, dass einige US-Firmen die Produktion aus Asien und Lateinamerika wieder in das Mutterland verlagern, weil sie dort noch billiger produzieren können. Aber auch der Staat lässt hier produzieren, z.B. Uniformen für die US-Armee. Einen Großteil des Hungerlohnes behält er freilich gleich ein, um die Kosten für die Unterbringung der „Kunden" zu refinanzieren. Auf diese Weise wurde ein „Prison Industrial Komplex" geschaffen. 10% der Gefängnisse in den USA. werden mittlerweile komplett von privaten Unternehmen geführt, deren Aktien zu Topkursen an der Wall-Street gehandelt werden. Es gibt also eine einflussreiche Lobby, die ein Interesse an gut gefüllten Gefängnissen hat.



Zeichnung: Findus

Knastarbeit in Deutschland

Inspiriert von solch fantastischen Aussichten, machte man sich in Deutschland an die Nachahmung. Im größten deutschen Knast, der JVA Tegel in Berlin, wurde ein Modellprojekt mit dem Ziel einer betriebswirtschaftlichen und einnahmenorientierten Ausrichtung der Knastbetriebe gestartet. Hierzu gehört auch, die Produkte standesgemäß zu vermarkten. Man beschloss, eine Werbeagentur einzuschalten: Die von „Herr Ledesi" kreierte Marke „Häftling – Jailware since 1806" schlug ein wie eine Bombe und heimste 2003 den „Corporate-Design-Preis" ein.

Nach kurzer Zeit musste der Onlineshop geschlossen werden, weil der Server mit den weltweiten Anfragen nach Knastprodukten überfordert war. Die Modebranche war entzückt angesichts dieser „deutschen Erfolgsgeschichte". 2005 schrieb *w-id art´n´ commerce* unter der Überschrift „Arbeit für Alle!": „Kleidung und Haushaltsartikel für den Eigenbedarf werden von Inhaftierten in Europa schon seit fast 200 Jahren hergestellt. Das ist echte Tradition. Knastarbeit vertreibt Zeit, hält Qualifikationen aufrecht und bringt denjenigen etwas bei, die zuvor noch nicht im Berufsleben gesteckt haben. ... Jailwear funktioniert. Denn das, was drin fabriziert wird, fasziniert die Menschen draußen: Alle Artikel haben einen hohen Gebrauchswert, sind klassisch zeitlos geschnitten und ein wenig härter in Nehmen als die von draußen."

Bereits 2004 arbeiteten 40% der arbeitsfähigen Gefangenen in Deutschland für Privatunternehmen. Nur wollen diese, meist mittelständischen Unternehmen das auf keinen Fall an die große Glocke hängen. „Herr Ledesi" übt sich hier im Tabubruch. Mittlerweile wird auch nicht mehr nur Mode unter dem Label „Häftling" verkauft. Vermarktet werden soll generell alles, was in europäischen und nordamerikanischen Knästen hergestellt wird. So wird z.B. Bio-Kaffee aus der JVA Hünfeld in Hessen bezogen. Diese Haftanstalt ist einer der ersten teilprivatisierten Knäste in Deutschland. Die Betreibergesellschaft Serco erhofft sich, laut *Handelsblatt*, durch die Kaffee-Produktion „höhere Margen, als durch die üblichen Arbeiten wie Schweißen und Schrauben."

Ledesis Imagepolitik

Im Februar 2008 wurde der Häftling-Laden in der Rosa-Luxemburg-Straße eröffnet. Wer sich mit den MitarbeiterInnen unterhält, bekommt den Eindruck, es gehe bei dem ganzen Projekt sowieso in erster Linie nur darum, eine bessere Welt zu schaffen. Man beteuert, nicht nur Geld verdienen zu wollen. Es gehe auch um das Wohl der Gefangenen. Deshalb verlinkt „Häftling" auf seiner Webseite die German Coalition to Abolish the Death Penalty, Amnesty International und ein Projekt für Straßenkinder. Die Gefangenen seien froh, Arbeit zu haben und nicht den ganzen Tag gegen die Zellendecke starren zu müssen. Außerdem könnten sie sich kreativ betätigen und stolz auf das Ergebnis sein, wird erläutert und auf den Aufdruck eines T-Shirts verwiesen, welcher von einem Gefangenen angefertigt wurde, der in den USA in der Todeszelle sitzt. Die Gefangenen könnten sich etwas dazu verdienen, sich durch die Arbeit auf das Leben nach dem Knast vorbereiten, wenn es denn eines gibt.

Nicht bedacht zu haben scheint man, dass „Häftling" ein Vorreiter im Prozess der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung deutscher Knäste ist. Die Zwangslage der Häftlinge wird ausgenutzt, um in Deutschland zu Bedingungen produzieren zu können, die denen in Entwicklungsländern entsprechen. Die deutsche Upperclass als umworbenes Kundensegment, soll die so von den Inhaftierten – i.d.R. Angehörige der Unterschicht – produzierten Güter für teures Geld erwerben, gutes Gewissen inklusive. Und vor lauter gutem Gewissen kommen die Herren und Frauen Ledesi womöglich gar nicht auf die Idee, dass sie mit einem reichlich zynischen Geschäft ihre Karrieren vorantreiben. Ins Auge fällt, das sich das „soziale Engagement" der Agentur auf Allgemeinplätze beschränkt. Den Finger in die Wunden der deutschen Gesellschaft zu legen, wird tunlichst vermieden, und man verlegt sich darauf, Menschenrechtsverletzungen in den fernen USA anzuprangern, womit man dort freilich auch niemandem wehtut, wenn man sich gleichzeitig als Produktabnehmer profiliert. Über die Zustände in deutschen Knästen, Überbelegung, Zwangsarbeit und Isolationshaft will man nichts wissen.

„Man werde das bedenken", versichert die Verkäuferin im Laden, mit solchen Positionen konfrontiert, und schaut dabei ganz betroffen drein. Man könnte ihr fast abnehmen, dass sie es tatsächlich nur gut meint. Nur: Gut gemeint ist immer noch das Gegenteil von gut gemacht. Ob Stephan Bohle, der „Vater der Knastmarke", sich genauso in Betroffenheit übt wie die Verkäuferin, konnte der Verfasser dieses Artikels nicht in Erfahrung bringen. Vielleicht gilt die Betroffenheit aber auch mehr der zerbrochenen Schaufensterscheibe als der Situation von Häftlingen.

Robert Ortmann (FAU Berlin)

§§§-Dschungel

Aktuelle Entscheidungen

Betriebliche Übung

Durch eine ständige betriebliche Übung entstehen Ansprüche eurerseits auf freiwillige Leistungen eures Chefs. Ein Anspruch liegt dann vor, wenn er oder sie bestimmte Zahlungen, die nicht Bestandteil eures Arbeitsvertrages sind, regelmäßig wiederholt. Arbeitnehmer müssen aus dem Verhalten schließen können, dass ihnen eine Leistung oder eine Vergünstigung auf Dauer eingeräumt werden soll. Aus einer betrieblichen Übung erwachsen einzelvertragliche Ansprüche auf die üblich gewordene Leistung. (BAG, 18. April 2007 – 4 AZR 653/05)

Eine betriebliche Übung ist nicht zu verwechseln mit einem Gewohnheitsrecht! Der Arbeitgeber muss von sich aus eine Handlung vornehmen, zum Beispiel die Zahlung einer Prämie. Bei einem Gewohnheitsrecht entsteht ein Anspruch aus eigenem Handeln und der Hinnahme der Handlung durch eine Gegenseite. Wenn ihr zum Beispiel immer zu spät kommt und der Arbeitgeber es bisher hingenommen hat, könnt ihr daraus keine betriebliche Übung ableiten. Eine betriebliche Übung entsteht in der Regel erst nach drei Jahren (Richterrecht).

Betriebsbedingte Kündigung bei Leiharbeitsfirmen

Leiharbeitsfirmen können euch nur betriebsbedingt kündigen, wenn ihr nicht auf absehbare Zeit eingesetzt werden könnt. Leiharbeitsfirmen tragen das Beschäftigungsrisiko für kurzfristige Auftragslücken. Der bloße Hinweis auf das Auslaufen des aktuellen Auftrags reicht nicht aus. Der Arbeitgeber muss vielmehr anhand einer Auftrags- und Personalplanung belegen, dass es sich um eine dauerhafte Auftragslücke handelt. (BAG, 18. Mai 2006 – 2 AZR 412/05)

Leider nützt euch dieses Urteil nur, wenn ihr einen festen Arbeitsvertrag bei einer Leiharbeitsfirma habt. Habt ihr einen befristeten Vertrag, der zudem an einen Auftrag gebunden ist, nützt es nichts.

Behörde muss Zugang amtlicher Schreiben beim Bürger nachweisen

Kassel - Eine Behörde muss grundsätzlich beweisen, dass amtliche Schreiben einem Bürger auch tatsächlich zugegangen sind. Das entschied das Hessische Finanzgericht in Kassel. Konkret müsse die Behörde sowohl den Zugang als solchen als auch den genauen Zeitpunkt des Zugangs belegen. Das Gericht gab der Klage eines Bürgers statt. Die Familienkasse hatte die Zahlung des Kindergelds eingestellt, weil er die erforderlichen Nachweise nicht vorgelegt hatte. Er behauptete jedoch, die Aufforderungen seien ihm gar nicht zugegangen. (Az.: 3 K 523/05)

Thersites

Ver.dis Scherbengericht

Nach dem bisherigen Streikvorgehen bei der BVG droht ver.di ein Scherbenhaufen.

Eigentlich weiß in Berlin so recht niemand zu sagen, ob der Streik im öffentlichen Nahverkehr nun doch noch richtig losgeht oder endgültig im Sande verläuft. Zunächst hatten sich die Unterhändler von ver.di und der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) auf einen schäbigen Kompromiss verständigt, der die Streikführer nicht einmal das Gesicht waren ließ. Als daraufhin die Straßenbahn sowohl unangekündigt wie völlig unerwartet einen Tag lang bestreikt wurde, war die Verwirrung groß. Sollte etwa das für deutsche Verhältnisse Unerhörte eingetreten sein, ein wilder Streik? Aber nein, weit gefehlt. Eher schon ein wirrer Streik, eine verzweifelte Tat einer Gewerkschaft, die nie eine sein wollte und den Streik auf dem Müllhaufen der Geschichte verortete und es nun mit einem Gegner zu tun hat, der trotzig die Arme verschränkt und hämisch lächelnd sagt: „Nö, mach ick nich'".

Es war Finanzsenator Sarrazin, in der Funktion als oberster Boss der BVG derjenige, der das letzte Wort hat, der den Daumen nach unten streckte und ihn unbeirrt in dieser Position verharren lässt. Ganz offensichtlich deshalb, weil er ganz genau begreift, dass ver.di nicht mehr weiter weiß. Warum sollte man jetzt auch nur auf die winzigste Forderung eingehen? Sarrazin mag vieles sein, provokant, unsympathisch, ein kleiner Schreibtisch-Noske, dumm ist er ganz bestimmt nicht. Es wäre mehr als überraschend, wenn er die sich am Boden windende Gewerkschaft nicht treten würde, bis sie vollends gedemütigt ist. Sarrazin ist jemand, dem sowas Freude bereitet.

Doch in dem vorliegenden Prozess ist der Charakter Sarrazins eine Nebensächlichkeit, und der peinlich hilflose Auftritt ver.dis verblasst in Anbetracht der Konsequenzen, die folgen könnten. Der Streik bei der BVG war ein Schritt, zu dem sich ver.di gezwungen gesehen hatte, um ihre Daseinsberechtigung zu reklamieren. Sie befindet sich schon lange in der Defensive. Die Mitglieder laufen ihr weg. Und während sich ver.di verzweifelt wie vergebens müht, den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, welchen Nutzen sie von einer Mitgliedschaft hätten, erregen unabhängige Kleingewerkschaften mit trutzigem Streikgebaren öffentliches Aufsehen und ernten Sympathien. Der Streik bei der BVG sollte ein Befreiungsschlag werden, gerade noch rechtzeitig, bevor die im Nahverkehr Beschäftigten reihenweise zur GDL überlaufen. Stattdessen droht Verdi nun ein fulminantes Fiasko, an dessen Ende die schlimmsten Befürchtungen wahr werden könnten und der DGB-Riese vor dem Aus steht. Ver.di, streikwie kampfunerfahren, hat sich in Berlin bei der BVG und bundesweit im öffentlichen Dienst so weit aus dem Fenster gelehnt, dass es kein Zurück mehr gibt. Es bleibt ihr nur noch die Wahl, auf einen notfalls langen und erbitterten Arbeitskampf zu setzen, mit der Gefahr, auch die letzten Sympathien in der Öffentlichkeit zu verlieren und der GDL eine Steilvorlage zu liefern.

Es gibt soetwas wie eine Physik der Macht, eine fast schon naturwissenschaftlich erfassbare innere Logik, derzufolge ein Machtvakuum früher oder später von neu auftretenden Kräften ausgefüllt wird. Wenn ein organisatorischer Riese wie ver.di zerbricht – und dies wäre mittelfristig die logische Konsequenz, sollten den vollmundigen Streikvorhaben keine adäquaten Abschlüsse folgen –, wird sein Platz nicht ewig verwaist bleiben.

Ver.di war das Zukunftsmodell des DGB schlechthin, ein Vorbild, nach dem sich schließlich alle Branchengewerkschaften ausrichten sollten. Mit ver.di würde der DGB selbst und sein scheinheiliges Konzept der unpolitischen Einheitsgewerkschaft scheitern. Mögen die Funktionäre von IG Metall und Konsorten auch noch so oft gebetsmühlenartig mit dem Zeigefinger vor französischen Verhältnissen warnen, ihre Behauptung, eine in Richtungsgewerkschaften „zersplitterte" Arbeiterschaft sei schwach und eine unter sozialpartnerschaftlichen Prämissen von oben geeinte stark, wird dadurch nicht richtiger. Dem DGB gelingt es nicht einmal, bisher Errungenes zu verteidigen und Lohnhöhen der Teuerungsrate anzupassen. Da drängt sich fast schon die Ansicht auf, dass jede wie auch immer neugestaltete Gewerkschaftslandschaft besser wäre als der in Agonie erstarrte zahnlose Tiger DGB.

Matthias Seiffert

Die Simulation von Streik

Ver.dis Schlingerkurs im BVG-Streik beweist mangelndes Streik-Know-how der Berufsgewerkschafter

Ob wohl Häme über ver.di angebracht sein mag ob des Trauerspiels im Tarifkonflikt bei der BVG? Wohl kaum, ist es doch die Belegschaft (und nicht nur sie), die nun da steht wie ein begossener Pudel. Aber gerade deswegen gilt es, die Gewerkschaft schonungslos ins Visier zu nehmen – nicht hämisch, sondern mit gefletschten Zähnen. Denn was sich seit Wochen in Berlin abspielte, sollte jeden, der sich den Interessen der Lohnabhängigen verpflichtet fühlt, zum Kochen bringen. So eklatant fahrlässig wurde dieser Arbeitskampf zeitweilig geführt, dass man die Kratzbürste nur schwer in der Tasche lassen kann.

Fragwürdige Motive

Der unbefristete Vollstreik im öffentlichen Nahverkehr der Hauptstadt war für viele eine Überraschung. Ein Hauch von Militanz umwehte die streikenden BVGler und viele vermuteten, bei ver.di wehe nun ein anderer Wind. Doch weit gefehlt. Was auf den ersten Blick nach Konsequenz aussah, entpuppte sich als eines der fruchtlosesten Streikmanöver der neueren Tarifkampfgeschichte. Ein Streik muss wehtun, wie wir alle wissen. Das tat er zwar, aber eben den falschen: Während die lohnabhängige Bevölkerung enorme Belastungen durch den Streik hinnehmen musste, konnten sich die Arbeitergeber nicht nur entspannt zurücklegen, nein, auch wurde von Tag zu Tag ihre Situation – im wahrsten Sinne des Wortes – günstiger. Denn mit jedem Streiktag sparen BVG und Senat fast eine Mio. Euro.(1) Deshalb die Sarrazinsche Gelassenheit.



Man darf spekulieren, ob sich die Streikleitung darüber nicht im Klaren war oder ob sie trotzdem auf die Strategie des Vollstreiks setzte. (Was wohl das größere Narrenzeugnis sein mag für Funktionäre, deren Job eben genau in der Erwägung solcher Fragen besteht, sei dahingestellt.) Ich persönlich tendiere zu zweiter Variante: Nicht Unwissenheit, sondern Unvermögen oder gar Augenwischerei sind Antrieb dieser Havarie.

Entweder wollte man es tatsächlich mal krachen lassen und meinte, am meisten Radau erzeuge ein zünftiger Streik. Einfach mal mit dem Kopf durch die Wand, mal zeigen, dass man auch anders kann! In anderen Bereichen hätte das seine Wirkung gezeigt. Dass aber ein Streik unter diesen Bedingungen (ein staatlicher Arbeitergeber, der nichts dabei verliert, und eine Bevölkerung, die es trifft) ganz andere Methoden von einer Gewerkschaft fordert, wurde dabei ignoriert. Vollkommen unflexibel und einfallslos wurden so gängige Gewerkschaftsrituale heruntergeleiert.

Oder aber man wollte tatsächlich nur einen Streik simulieren. Das wirkt zwar einerseits abwegig, muss man doch annehmen, es wäre im eigenen Karriereinteresse der Funktionäre, die Gewerkschaft nicht an die Wand zu fahren und Erfolge einzuheimsen. Andererseits ist das nicht unplausibel, schaut man auf die Verstrickungen und Verbundenheiten von Berliner ver.di-Verantwortlichen mit dem Senat. Wenn die Rechnung war, einer potentiell aufmüpfigen Basis den Wind aus den Segeln zu nehmen und Tatsachen zu schaffen, die einen womöglich unkontrollierten Arbeitskampf abdrosseln, der den Senat in die Bredouille gebracht hätte, dann ist diese aufgegangen. Um Arbeitsplätze und Gehälter müssen sich die Damen und Herren Funktionäre ja keine Gedanken machen – wer weiß, was diese antreibt.

Avanti Dilletanti!

Doch Spekulation beiseite. Dass ein dahergepolterter Vollstreik nicht gerade die effektivste Methode ist, wenn der Arbeitgeber dadurch auch noch spart, liegt auf der Hand. Dennoch hätte sich auch auf dieser Grundlage aus dem Streik etwas machen lassen. Ganz ohne Druckpotentiale ist dies ja auch nicht. Zum einen fällt z.B. der Geschäftsbetrieb in den dann geschlossenen Bahnbereichen flach (mit der Folge von Schadensersatzforderungen der Mieter an die BVG) und wirkt sich das auf das Geschäftstreiben der gesamten Stadt aus (volkswirtschaftlicher Schaden). Zum anderen – und vor allem – wird die ganze Stadt und ihre Bevölkerung unter Druck gesetzt. Das trifft zwar alles nicht direkt den Arbeitergeber und in erster Linie dritte (ist insofern moralisch höchst fragwürdig), könnte aber durchaus effizient sein. Voraussetzung dafür aber ist, dass die Gewerkschaft hierbei das Verständnis der direkt Betroffenen genießt und es schafft herauszustellen, dass die Verantwortung für den Streik, der alle trifft, beim Senat liegt. Stattdessen aber hat sich ver.di ohne Gegenwehr von den Medien verhetzen lassen, sodass der Senat der Gewerkschaft den Schwarzen Peter zuschieben konnte. Streikende, die die Bevölkerung mit Gegeninformationen und eigenen Standpunkten versorgten, hatte man vergeblich gesucht. Die Solidarität der Lohnabhängigen wird auf diese Weise nicht eingefordert, sondern regelrecht erzwungen. Das mag eine Strategie sein, die eine – zumindest vermeintlich – auf eigene Mitgliederinteressen ausgerichtete Gewerkschaft anwenden möchte. Eine Gewerkschaft, die sich als für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse kämpfend betrachtet, kann darüber nur die Nase rümpfen.

Ohne Frage, andere Strategien wären von Anfang an notwendig gewesen, ein Tatsache die auch ver.di nun bedingt erkannt zu haben scheint. Man könnte kurzfristig Punktstreiks anberaumen und diese immer wieder abrupt abbrechen, so dass sich das Management gar nicht erst auf die Situation einstellen kann. Notfallpläne müssen schließlich dafür eingerichtet werden, Streikbrecher angeheuert werden. Die zahlreichen Busfahrer, die die BVG z.B. von privaten Unternehmen (oft ortsfremden) in so einem Fall mietet, könnten gar nicht so schnell wieder abbestellt werden, sodass die BVG sogar doppelt zahlen müsste: für die eigene Leute und die der Fremdfirmen. Man kann bestimmte neuralgische Punkte konsequent bestreiken: z.B. die Wartung und die Reparatur.(2) Auch der Spontanstreik der Straßenbahner zeigte zumindest einen Ansatz. Doch statt dies zum Beispiel zu einer flächendeckenden Strategie zu entwickeln, scheint man sich in das Schicksal zu fügen.(3)

Die hohe Kunst des Streiks

All das ist effizienter als ein Vollstreik. Ein Problem ist damit immer noch nicht gelöst: die Betroffenheit der lohnabhängigen Bevölkerung. AnarchosyndikalistInnen kennen da ein Rezept: die Aktion sozialer Verantwortlichkeit, die organisierte Solidarität mit den KonsumentInnen im Arbeitskampf.(4) Denn Verantwortung trägt eine Gewerkschaft nicht etwa dafür, volkswirtschaftlichen Schaden zu vermeiden, was Presse und Unternehmer gerne anführen, sondern dafür, die eigene Klasse nicht zu schädigen. Und tatsächlich hat der BVG-Streik die Berliner Lohnabhängigen stark in Mitleidenschaft gezogen. Wie viele hatten hohe Zusatzkosten, um auf Arbeit zu kommen, wie viel Zeit investierten sie in Extrawege und Wartezeiten, wie viele haben für Fahrausweise an die BVG vorbezahlt und nun keine Leistung dafür erhalten, und wie viele



haben sich Ärger bei den Chefs fürs Zuspätkommen eingefangen?

Keine Frage, all das sind viele bereit in Kauf zu nehmen, wenn der BVG-Streik allen etwas bringt. Wenn die BVGler Forderungen stellen, die allen aus dem Herzen sprechen, dann kann mit diesem Kampf ein positives Signal gesetzt werden. Wenn sie aber um die üblichen „angemessenen" Prozente kämpfen und in diesen Forderungen auch noch erheblich einbrechen(5), ist es niemandem die Belastung wert. Ver.di wird nicht nur kaum den Reallohnverlust ausgleichen, sie wird auch den Lohn nicht wieder reinholen, der durch den Streik verloren ging.(6) Und noch viel weniger wird sie die Verluste kompensieren, die die gesamte lohnabhängige Bevölkerung hinnehmen musste.(7) Ein makabres Schauspiel.

Wie man so einen Kampf sozial verantwortlich führt, haben dagegen 1990 die Straßenbahner in Melbourne bewiesen (siehe Zeitlupe auf S. 13). In einer ähnlichen Ausgangssituation und inspiriert durch anarchosyndikalistische Konzepte streikten sie, indem sie ganz normal ihre Bahnen fahren ließen – und zwar zum Nulltarif! Was das bedeutet liegt auf der Hand: massive Verluste für den Arbeitergeber (fortgesetzte Betriebskosten, keine Einnahmen, keine Lohnsperre), die Solidarität von und mit den KosumentInnen und eine frohlockende und davon profitierende Arbeiterklasse. Mehr Fliegen kann man mit einer Klappe nicht schlagen.

Holger Marcks

Anmerkungen

[1] Während des Streiks zahlt der Senat keine Zuschüsse an die BVG. Die BVG selbst muss keine Löhne auszahlen und spart die Betriebskosten. Zudem kann sie den ungenutzten Strom gewinnbringend an der Strombörse verkaufen.

[2] Nach Abbruch des Vollstreiks tat dies ver.di, brach aber diesen Teilstreik genau dann ab, als er endliche seine Wirkung zeigte und Engpässe entstanden waren. Mittlerweile hat sie solch einen Teilstreik wieder aufgenommen.

[3] Das gerichtliche Verbot der Spontanstreiks wurde mittlerweile aufgehoben. Man darf skeptisch gespannt sein, ob ver.di das nun nutzt.

[4] So wie ein Streik im Pflegebereich grob fahrlässig ist, wenn einfach alles zum Stillstand gebracht wird und das Wohl der Patienten darunter leidet, ebenso unverantwortlich ist ein rücksichtsloser Streik im (Nah-) Verkehr. Eine Gewerkschaft, die das noch nicht einmal berücksichtigt, macht lediglich egoistische Klientelpolitik und sollte das Wort „Solidarität" nicht in den Mund nehmen. Der solidarische Einbezug von KonsumentInnen (zum Großteil ebenfalls Lohnabhängige) hat, zurückgehend auf die franz. Syndikalisten Ende des 19. Jh., im Anarchosyndikalismus eine lange Tradition. Im Gegensatz zu manchen Auffassungen, dass Streiks durch solche „Rücksichtnahme" an Effizienz verlieren, können Arbeitskämpfe gerade dadurch ihre volle Stärke entfalten. Je nach Ausgangssituation und konkreter Streikstrategie kann die „Marktmacht" von KonsumentInnen (wo Solidarität *organisiert* zurückgegeben wird) entscheidendes Druckmittel sein. Dies ist der Punkt, wo Boykottmaßnahmen flankierend wirken und der Arbeitskampf zum Klassenkampf wird. Wie aktuell das ist, zeigt das Beispiel der ital. Basisgewerkschaft COBAS, die sich gerade dadurch etablieren konnte, dass sie KonsumentInnen in ihre Kämpfe einbezog und diese konsequenterweise nicht nur um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern auch um Verbesserungen für die KonsumentInnen führte.

[5] Auch die in Deutschland ach so unverschämt klingende Forderung von 12% ist eine äußerst bescheidene – gemessen an dem gesamtgesellschaftlichen Reichtum. Der Rückzug von ver.di auf eine Verhandlungsposition von z.T. 3% ist eine vollkommene Kapitulation, wird damit noch nicht einmal der jetzige Reallohnverlust ausgeglichen (und bei 30-monatiger Tariflaufzeit kommt noch einiges dazu).

[6] Die knapp 20 Mio. € die der Senat zu geben bereit ist, rühren wesentlich aus den Einsparungen durch den Streik! Anders gesagt: je mehr ver.di streikt, so mehr kann der Senat geben. Also wurde auch diese minimale Erhöhung quasi aus der eigenen Tasche der Gewerkschaft bezahlt (Lohnausfall und Streikgeld in Rechnung stellend).

[7] Allein deswegen hätte ver.di weitaus höhere Forderungen stellen müssen, um das entstehende Defizit auf Seiten des „Gesamtarbeiters" wieder auszugleichen. Im Prinzip hätten alle mehr, wenn ver.di diesen Streik – in dieser Form – gar nicht geführt hätte. Zudem lässt sich der Schaden, den diese negative Signalwirkung anrichten wird, in Zahlen nicht ermessen.

Ja, wer schützt die Polizei?

Bayrischer Gesetzentwurf zum Versammlungsrecht schränkt Streikrecht ein, Proteste laufen an

Von der Sorge um Sicherheit und Ordnung getrieben, legte die CSU-Landesregierung im März einen Gesetzentwurf zum Versammlungsrecht vor. Als erstes Bundesland macht Bayern auf diesem Gebiet von der Föderalismusreform I (2006) Gebrauch. Freilich greift die Regierung nicht die Kritik am Bundesgesetz auf, das die Versammlungsfreiheit seit 1953 einschränkt. Vielmehr stärkt der Gesetzentwurf die Befugnisse der Exekutive, verschärft die bestehenden Anmelde- und Kooperationspflichten der Demonstrierenden und untergräbt den persönlichen Datenschutz.

Bereits im Sommer soll das Gesetz verabschiedet werden. Dann würde bereits die Zusammenkunft zweier Personen als Versammlung gelten – und wäre damit drei Tage im Voraus meldepflichtig. Das gilt für jede gemeinschaftliche, öffentliche „Erörterung oder Kundgebung", und somit auch für Streikposten. Außerdem müssten der Verwaltung die Personalien aller OrdnerInnen zur Beurteilung der Zuverlässigkeit übergeben werden. Nicht zuletzt ist das Verbot „kämpferischer" Veranstaltungen und solcher Veranstaltungen vorgesehen, die „grundlegende ethische und soziale Anschauungen verletzen" würden.

Die Regierung begründet diese Restriktionen als Handhabe gegen rechtsradikale Aufmärsche – und linksextreme Ausschreitungen. Ein breites Bündnis von Gewerkschaften und Vereinigungen wertet diesen Vorstoß ganz anders: „Das Versammlungsgesetz soll die Ausübung des Streikrechts erschweren", ist der lokale ver.di-Leiter überzeugt. „Gewerkschaften sind die Organisationen", so Birner weiter, „die das Versammlungsrecht am meisten brauchen und nutzen." Auch Juristen sehen mit dem neuen Gesetz „den Schutz der Versammlungsteilnehmer vor einer Einschüchterung durch die Staatsgewalt nicht mehr als gegeben" an.

Das Bündnis stellt sich bereits darauf ein, vor Gericht zu gehen. Denn die CSU-Parlamentsmehrheit wird es sich kaum nehmen lassen, die Daumenschrauben anzuziehen sowohl für öffentliche als auch geschlossene Veranstaltungen. Denn auch von einer „nichtöffentlichen Versammlung kann eine einschüchterne Wirkung ausgehen, etwa auf Polizeibeamte". Und niemand sorgt sich so sehr um die Sicherheit der Ordnungskräfte wie die CSU. (AE)

André Eisenstein

Der Kampf für indigene Autonomie in Neuseeland

Oder: Wer ist hier der Terrorist?

"Mit erhobenen Händen rauskommen!" Unsanft erwachte ich am 15. Oktober 2007. Ich übernachtete in einem Zelt im Grüngürtel Wellingtons, der neuseeländischen Hauptstadt Rasch zog ich T-Shirt und Hose an und lief direkt in den geladenen Gewehrlauf einer 'Bushmaster XM15'. Ein von oben bis unten schwarz gekleideter Polizist mit Helm auf dem Kopf und Balaklava über dem Gesicht stand vor mir. "Hände hoch! Auf den Boden legen!" Von zehn schwer bewaffneten Polizisten umzingelt, wurde ich verhaftet und auf die Polizeiwache mitgenommen.



Tuhoe an einer Demonstration in Auckland am 1. Dezember 2007

Nach einer 18-monatigen Operation mit dem Codename 'Operation Eight' in der dutzende indigener AktivistInnen und AnarchistInnen überwacht wurden, durchsuchten 300 Polizisten 40 Häuser in mehreren Städten Neuseelands und verhafteten 17 Menschen. Die Polizei behauptet, dass 'terroristische Trainingslager' im Urewera- Wald, im Gebiet des Tuhoe- Stammes, statt gefunden hatten. Von Napalm, IRA- Trainingsbüchern und geplanten Anschlägen auf George Bush war die Rede.



Unter den Verhafteten befanden sich Mitglieder mehrerer Maori- Stämme und auch Europäer wie mich. Neben zwei anarchistischen sozialen Zentren – das Hausprojekt 'A Space Inside' in Auckland und das radikale soziale Zentrum '128 Abel Smith Street' in Wellington - die durchsucht wurden, war es vor allem die von der Polizei vollständig abgeriegelte Tuhoe- Gemeinde Ruatoki, die der staatliche Repressionsapparat am betroffen war.

Das Anti-Terrorismus-Gesetz trat 2002 in Kraft. Gleichzeitig erhielt die Polizei eine Anti-Terror-Einheit und das Budget des neuseeländischen Geheimdienstes wuchs in fünf Jahren um über 300%. Valerie Morse, eine der verhafteten Anarchistinnen, schrieb schon vor den Razzien: "Mit größeren Budgets für Polizei und Geheimdienste kamen neue Werk- und Spielzeuge für die Überwachung der Bevölkerung ... Betroffen sind mehrheitlich die am Rande der Gesellschaft stehenden – Flüchtlinge, MigrantInnen, das Prekariat, AnarchistInnen, politische AktivistInnen, Maori und Moslems."

Nie unser Recht aufgegeben

Auch die regierende 'Labour Party' hat in den letzten neun Jahren die indigene Bevölkerung weiter bestohlen. So wurde 2004 das Land zwischen Hoch- und Niedrigwasserpegel trotz großer Proteste konfisziert und kann nun privatisiert werden. „Der Begriff 'Tuhoe-Nation' beschreibt die Kultur, Sprache und Identität von Leuten, die durch überlieferte Traditionen immer noch eine lebendige Erinnerung an die vor-europäische Zeit haben und sich daran erinnern, dass freie Menschen nicht freiwillig Sklaven werden," sagt Tamati Kruger, ein Sprecher der Tuhoe. Der Vertrag von Waitangi, der 1840 zwischen der englischen Krone und etwa 500 Maori- Häuptlingen unterzeichnet wurde (allerdings nicht von den Tuhoe), steht im Zentrum der Debatte um indigene Souveränität. Emily Bailey vom Te Atiawa- Stamm - auch sie wurde am 15. Oktober verhaftet - schlägt vor, dem Vertrag die kalte Schulter zu zeigen. "Für viele Maori hat es nie irgendein Übereinkommen gegeben, ... unser Recht aufzugeben, gegen diejenigen zu rebellieren, die uns vergewaltigt, ermordet und bestohlen haben." Tame Iti, ein landesweit bekannter Tuhoe- Aktivist der ebenfalls verhaftet wurde, erklärt: "Für mich ist das allerwichtigste, über die Begriffe Mana Motuhake und Tino Rangatiratanga zu sprechen. [...] Bei Mana Motuhake geht es um Freiheit. Um die Freiheit, ein Tuhoe zu sein, ein Nga Puhi zu sein, ein Waikato zu sein. Für mich geht es darum. Und um die Freiheit ein Pakeha (Europäer) zu sein."

Anarchie und Solidarität

Acht der Verhafteten identifizieren sich im weiteren Sinne als AnarchistInnen. Die anarchistische Bewegung Neuseelands hat ihre Wurzeln in den ArbeiterInnenkämpfen des frühen 20. Jahrhunderts. Die 'Industrial Workers of the World' war eine kleine, aber einflussreiche Organisation während des Generalstreiks 1913, bei dem die Polizei die Streikenden mit Maschinengewehren angriff.

AnarchistInnen heute engagieren sich in verschiedenen Kämpfen: im Umweltschutz, bei gewerkschaftlicher Arbeit (wie z.B. beim weltweit ersten Streik bei Starbucks), in Anti-Kriegs- Aktivitäten, sozialen Zentren und Infoläden, Tierrechtskollektiven, in feministischen Aktionen und im indigenen Widerstand. Während unserer Zeit im Knast entwikkelte sich draußen eine Solidaritätsbewegung über die Landesgrenzen hinweg. So fand am 19. Oktober 2007 eine Solidaritätskundgebung vor der neuseeländischen Botschaft in Berlin statt. Tausende Menschen beteiligten sich in an Demonstrationen in dutzenden Städten Neuseelands. Nachdem am 8. November, nach fast vier Wochen Haft, klar war, dass eine Anklage unter dem Anti-Terror-Gesetz wegen 'mangelnder Beweislage' nicht zustande kommen würde, wurden wir aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Anklage wegen Verstößen gegen das Waffengesetz bleibt allerdings bestehen. Im September findet dann die Vorverhandlung in Auckland statt. In den nächsten Monaten wird die Solidaritätsarbeit im Vordergrund stehen. Gleichzeitig geht der Kampf für indigene Autonomie weiter.

Foto: Simon Oosterman

October 15th Solidarty

Für mehr Informationen und Kontakt: www.October15thSolidarity.info

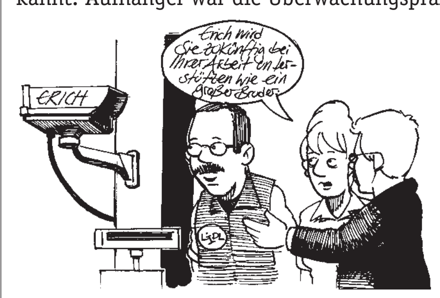
Der große Bruder schaut dich an.

Staat & Kapital

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

BRD: Der Lidl-Skandal und die Folgen

In der Folge eines Berichtes der Illustrierten «stern» wurde die zunehmende Überwachung am Arbeitsplatz erstmals auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Aufhänger war die Überwachungspraxis in Filialen des Discounters Lidl, wo Beschäftigte und KundInnen in etlichen Filialen durch versteckte Kameras im Kassenbereich ausspioniert wurden. Nachdem andere Medien ebenfalls berichteten, blieb der Firma nichts anderes übrig, als sich bei MitarbeiterInnen und Kundschaft zu entschuldigen. Aber selbst das Versprechen, die Überwachungspraxis vorerst einzustellen, konnte nicht verhindern, dass der Konzernchef der Schwarz-Gruppe, Klaus Gehrig, gegenüber dem SWR einen Umsatzrückgang zugeben musste. Der kurzfristige Imageschaden für den Konzern ist enorm.



Vor dem Hintergrund des plötzlich erwachten medialen Interesses wurde dann auch darüber berichtet, dass Schnüffeleien keineswegs auf Lidl beschränkt seien. Hinweise auf ähnliche Praktiken bei Plus und Edeka machten die Runde. Doch nicht nur bei den Discountern stehen die Zeichen auf Überwachung und Kontrolle. In immer mehr Firmen schnüffeln Chefs und Management, und das oftmals selbst nach Maßstäben der bürgerlichen Justiz illegal.

Bislang gibt es in der BRD keine spezielle gesetzliche Grundlage für Überwachung am Arbeitsplatz. Deshalb sind es oft Gerichte, die Überwachungssachverhalte bewerten. Deren Rechtsprechung ist es, dass es den Unternehmen zwar gestattet ist, ihre Belegschaften z.B. bei Verdacht auf Verletzung von Betriebsgeheimnissen, mangelnder Leistungsbereitschaft oder Betrügereien elektronisch zu bespitzeln. Eine Video-Vollüberwachung rund um die Uhr ohne konkreten Anlass ist allerdings unzulässig. Wenn ein Betriebsrat existiert, muss dieser in der Regel bei Überwachungsmaßnahmen seine Zustimmung erteilen, was er oft genug auch nur zu bereitwillig tut. Grenzen gibt es auch bei der elektronischen Überwachung von Büroarbeitsplätzen: Sofern die Daten von Monitoring-Systemen nicht anonymisiert sind und Kontrollen nicht ausschließlich als Stichproben oder bei konkreten Verdachtsfällen vorgenommen werden, ist diese Art der Vollüberwachung in aller Regel illegal.

Vielen Firmen ist die Rechtslage aber sowieso egal. Immer häufiger dient Schnüffelei nämlich dazu, unliebsame oder schwer kündbare ArbeiterInnen loszuwerden, indem man als Kündigungsgrund irgendwelche durch Überwachung gewonnen „Erkenntnisse" präsentiert. Ziel der ganzen Aktion ist es, in einem arbeitsrechtlichen Verfahren einen Vergleich zu erzielen, bei dem die Firma den oder die Gekündigte durch Zahlung einer Abfindung loswird. Diese wird fast immer vereinbart, bevor die Frage der Legalität der Beweismittel überhaupt vom Gericht geprüft wird.

Großbritannien: Flächendeckende Bespitzelung im Job

Laut einer Studie der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers überwachen inzwischen fast 85% der britischen Firmen regelmäßig die Online-Nutzung der Beschäftigten. In fast allen dieser Betriebe wird außerdem das Online-Verhalten protokolliert. Fast ebenso viele der analysierten Unternehmen, nämlich rund 80%, setzen darüber hinaus Filtersoftware ein, die den Zugang zu bestimmten Internetauftritten blockiert. Der Studie zufolge geht es bei der Überwachung nicht nur darum, Missbrauch durch Beschäftigte zu entdecken oder dem Verrat von Firmengeheimnissen auf die Spur zu kommen. Mehr und mehr britische Unternehmen treibt die Sorge um, dass MitarbeiterInnen in Communities wie FaceBook oder MySpace imageschädigende Dinge über die Firma verbreiten könnten.

In der BRD ist die Lage in Bezug auf die Überwachung der Netzaktivitäten am Arbeitsplatz derzeit noch uneinheitlich. Bei den Gerichten setzt sich allerdings mehr und mehr die Haltung durch, dass dort, wo durch arbeitsvertragliche Regelungen oder Betriebsvereinbarungen die Nutzung des Internets am Arbeitsplatz ausdrücklich erlaubt sei, die Firma auch das Recht habe, die Online-Aktivitäten zu kontrollieren und zu protokollieren. Der Umfang von Überwachungsmaßnahmen liegt derzeit zwar noch weit unter dem britischen Niveau, steigt aber seit zwei bis drei Jahren deutlich an.

USA: Mutige Techniker decken Überwachungskandale auf

Dem Netzwerkspezialisten Babak Pasdar ist es offensichtlich gelungen, einen riesigen Überwachungsskandal auf Betreiben von US-Behörden offenzulegen. In einer eidesstattlichen Erklärung deckte er auf, dass US-Geheimdienste systematisch ohne richterliche Genehmigung den gesamten Datenverkehr eines großen Mobilfunkbetreibers angezapft haben. Pasdar war im Rahmen eines Auftrages aufgefallen, dass bei seinem Auftraggeber ein Server mit dem internen Namen „Quantico Circuit" existiert, der über eine eigene Glasfaserleitung verfügt und der Zugriff auf sämtliche Gespräche, SMS und Abrechnungsdaten hat. Von seinem Auftraggeber, bei dem es sich gerüchteweise um den Mobilfunkbetreiber Verizon handeln soll, sei ihm der Zugang zu diesem Server verweigert worden. In Quantico (Virginia) hat die für Telefonüberwachung zuständige FBI-Academy ihren Sitz.

Nachdem Babak Pasdar den Vorfall öffentlich machte und bereits im Jahr 2006 der ehemaliger AT&T-Techniker Mark Klein erklärte, er sei zu illegalen Überwachungsmaßnahmen gezwungen worden, versucht die US-Regierung nun ein Eilgesetz durchzupeitschen, dass Telekom-Anbietern rückwirkende Amnestie für Abhöraktionen im Dienst von US-Behörden gewähren soll.

Mitmachen: Beiträge für diese Rubrik, insbesondere Infos zu Überwachung am Arbeitsplatz bitte an *da-bruder@fau.org*. PGP/ GPG-Key auf Anfrage.

Klassenkampf in Mexiko

Auf der Suche nach einer ‚anderen Arbeiterbewegung'

Fortsetzung von Seite 1

Campesin@s im Süden, während sich im Norden die IndustriearbeiterInnen eher traditionell gewerkschaftlich organisieren.

Syndikalismus in Mexiko

Es gibt einiges an ArbeiterInnenkämpfen im Land der institutionalisierten Revolution. Globale Aufmerksamkeit hat etwa der Widerstand gegen den Flughafenbau in Atenco erfahren oder der Aufstand in Oaxaca 2006, der ohne die Geschichte der Lehrergewerkschaft SNTE und ihrer radikalen oaxacenischen Sektion CNTE nicht zu verstehen ist.

Dennoch fehlt der Aspekt des Syndikalismus, um die Eingangsfrage zu beantworten. In Mexiko gibt es keine (anarcho-)syndikalistische Gewerkschaft. Seinen Grund hat dies in der korporativistischen Geschichte des mexikanischen Gewerkschaftssystems. Eine Gewerkschaft muss in Mexiko lokal von einer Junta de Conciliación y Arbitraje (Rat für Schlichtung und Versöhnung) anerkannt werden, die aus Arbeitgebern, politischen Funktionären und den bestehenden Gewerkschaften zusammengesetzt ist – unnötig zu erwähnen, dass syndikalistische Gewerkschaften da keine Chance auf offizielle Anerkennung haben.

Wie der Krimi-Autor Paco Ignacio Taibo II in seiner Erzählung „Der letzte Magonist" betont, ist die Allgegenwart der schwarz-roten Fahne, in Mexiko allgemeines Streik- und Gewerkschaftssymbol, auf die vergessene syndikalistische Tradition der mexikanischen ArbeiterInnenbewegung zurückzuführen. Diese basiert auf dem starken Einfluß der IWW zu Anfang des 20. Jahrhunderts sowie des anarchistischen Theoretikers Ricardo Flores Magon und der PLM. Dabei ist die Geschichte des mexikanischen Syndikalismus keineswegs nur ruhmreich –Syndikalisten und Wobblies kämpften auf Seiten der Konterrevolution für General Huerta gegen die Campesin@s unter Emiliano Zapata und Pancho Villa und paktierten mit der PRM, der späteren PRI.

Unter Präsident Lazaro Cardenas, der die Revolution institutionalisierte, indem er u.a. das Erdöl verstaatlichte, wurde der Korporativismus eingeführt, der das mexikanische Gewerkschaftssystem bis zum Ende der PRI-Demokratur 2000 und darüber hinaus prägte. Wer eine formelle Arbeit aufnahm, wurde automatisch Mitglied der entsprechenden Gewerkschaft und Mitglied eines Dachverbands, der den Haken hatte, die regierende Staatspartei zu sein. Dieses Konstrukt aus „sozialistischem Wohlfahrtsstaat und faschistischer Volksgemeinschaft" (Hans Christoph Buch) lässt sich durchaus als eine Art „Staatssyndikalismus" bezeichnen. Wobei die Assoziation „Mafia" zu „Syndikat" in diesem Fall durchaus zutreffend ist. Das führte dazu, dass die mexikanische ArbeiterInnenklasse bis heute kaum Vertrauen in Gewerkschaften hat, seien es nun alte korporativistische oder neue unabhängige.



Transparente der SUTIN (Sindicato Unico de Trabajadores de la Industria Nuclear) an einem gewerkschaftlichen Protestcamp in Mexiko Stadt, das seit drei Jahren besteht

Gewerkschaftliche Probleme heute

Siglinde Hessler hat als Hauptprobleme der mexikanischen ArbeiterInnenklasse im Auftrag des IMB das System der Vertrauensarbeiter, der Gewerkschaftsanerkennung durch die Juntas, Schutzverträge und Leiharbeit benannt. Vertrauensarbeiter sind ein im Arbeitsrecht verankertes Konstrukt von Betriebsgeheimnisträgern, die aus Verträgen ausgenommen werden, Schutzverträge werden von gelben Gewerkschaften im Namen aller ArbeiterInnen eines Betriebes ausgehandelt. Das System der Leiharbeit lässt sich unmittelbar mit dem deutschen Leiharbeitssystem vergleichen.

Ein weiteres Problem der mexikanischen ArbeiterInnenklasse ist, dass die ArbeiterInnen oft informell beschäftigt sind. Die offizielle Zahl der mexikanischen Arbeitslosen tendiert gegen Null, da man mit drei Stunden Wochenarbeitszeit als berufstätig gilt. Über 80 Prozent der mexikanischen ArbeiterInnenklasse steckt aber in prekären Verhältnissen, die keine soziale Absicherung und kaum gewerkschaftliche Organisierung kennt.

Diese Erfahrung mussten auch die Angehörigen der Gewerkschaft SNRTE machen, die in Guadalajara von 2001 bis 2004 drei Jahre lang das dortige Euzkadi-Werk, zu dem deutschen Unternehmen Continental gehörend, bestreikten: Ihre Kinder brachen das Studium ab, da Ehefrauen und Kinder stattdessen Jobs suchen mussten, um die Familien zu ernähren. Offizielle Jobs fanden sie nicht, da die Familien auf schwarzen Listen der Arbeitgeber standen. Hundert der 1.600 Beschäftigten wanderten in die USA aus, um ihre Familien von dort aus zu ernähren.

Die andere ArbeiterInnenbewegung

In den proletarisierten Kommunen ehemaliger LandarbeiterInnen, die sich in Maquiladoras verdingen, in der Migration in die USA, um ihre Familien zu ernähren, und in den informellen Bereichen wie der Sexarbeit rekrutiert sich eine andere ArbeiterInnenbewegung Mexikos und der USA, deren Kämpfe für die Zukunft spannend werden. Die Sache bringt es allerdings mit sich, dass diese gar nicht oder informell organisiert ist und damit schwer ansprechbar. Diese Situation hat zur Folge, dass die Einschätzungen des alltäglichen Widerstands sehr unterschiedlich ausfallen. Eine Vertreterin von CETLAC in Ciudad Juarez, einem in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsföderation FAT organisierten Verein, sah keinerlei Arbeitskämpfe in den Maquiladoras, während eine Wissenschaftlerin des Colegio de la Frontera Norte, die in der Tradition militanter Untersuchungen das Gespräch mit Maquiladora-ArbeiterInnen suchte, diese im Alltag entdeckte.

Die andere ArbeiterInnenbewegung Mexikos findet sich dann doch da, wo sie zu vermuten war, in der Nähe der EZLN. Ostern, als wir unsere Reise durch Mexiko beendeten, fand das dritte Treffen der ArbeiterInnen in der Anderen Kampagne in Monterrey statt. Dort war z.B. das gewerkschaftliche Netzwerk der SexarbeiterInnen aktiv, das sich, wie der Menschenrechtler Martin Barrios bemerkte, in der Anderen Kampagne wiederfand, weil die ZapatistInnen die einzigen waren, die ihnen zuhören.



Mobilisierungsplakat der Frente Auténtico de Trabajo (FAT)

Mexikanische ArbeiterInnenmacht

Hans-Joachim Lauth, dessen 1991 erschienene Doktorarbeit die maßgebliche Untersuchung zu mexikanischen Gewerkschaften ist, stellt fest, das mit dem Ende des institutionellen Korporativismus die politische Organisationsmacht der Gewerkschaften verschwindet. Mit dem Schwinden des politischen Einflusses der Gewerkschaften rücken lokale, betriebliche Auseinandersetzungen in den Fokus. Forderungen an Staat und Parteien rücken in den Hintergrund. Gegner oder Verhandlungspartner sind die Kapitalisten. Lauth kritisiert das, weil es zu einer „Entpolitisierung" führen würde. Dem ist entgegenzuhalten, dass die organisierte ArbeiterInnenklasse nach 70 Jahren Institution zu ihrer ökonomischen ArbeiterInnenmacht zurückfindet. Mit ihrem dreijährigen Arbeitskampf und durch internationale Solidarität erkämpften sich die GenossInnen der SNRTE ihre ausstehende Löhne und Abfindungen. Das Geld reichte, um die halbe Fabrik, die zuvor geschlossen werden sollte, zu kaufen. Unter dem Namen TRADOC ist die SNRTE nun eine gut funktionierende Genossenschaft. Der Kampf der SNRTE war geprägt vom ökonomischen Bedürfnis und der Macht auf betrieblicher Ebene. Vorausgesetzt, dieses Beispiel sei exemplarisch, ließe sich behaupten: Die mexikanische ArbeiterInnenklasse syndikalisiert sich.

Torsten Bewernitz

In der nächsten DA: „Die Zukunft der Gewerkschaften liegt in den Maquiladoras" – Über gewerkschaftliche Organisierungsversuche in den Weltmarktfabriken im Norden Mexikos.

Literatur:

- Lauth, Hans-Joachim: Mexiko zwischen traditioneller Herrschaft und Modernisierung. Die Gewerkschaften im Wandel von Politik und Wirtschaft (1964 –1988). Münster/Hamburg 1991.
- Reed, John: Eine Revolutionsballade. Mexico 1914. Frankfurt a.M. 2005.
- Silver, Beverly J.: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin/ Hamburg 2005.
- Taibo II, Paco Ignacio: Erzengel. Geschichten von 12 Häretikern der Revolution im 20. Jahrhundert. Berlin/Hamburg 1999.

Soeben erschienen ist ein Band zu dem Kampf der SNRTE in Guadalajara:

Dortmund, Mechthild (Hrsg.): „Einen Tag länger als die Continental". Der Sieg der Arbeiter von Euzkadi/Mexiko über einen internationalen Konzern. Ein Streikbericht von Enrique Gómez Delgado, übersetzt und herausgegeben von Mechthild Dortmund. 183 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 13,90 € ISBN: 978-3-930726-13-4

Weiterführende Links:

Hier finden sich maßgebliche Informationen über mexikanische Gewerkschaften, u.a. die pdf-Datei mit der Untersuchung des IMB und Informationen zum Arbeitskampf der SNRTE: http://www.labournet.de/internationales/mexiko/gewerkschaft.html

Abkürzungen:

CETLAC - Centro de Estudios y Taller Laboral
CNTE – Coordinadora Nacional de Trabajadores de la Educacion (22. Sektion der SNTE)
CROC – Confederacion Revolucionaria de Obreros y Campesinos
CROM – Confederacion Regional Obrera Mexicana
CTM – Confederacion de Trabajadores de Mexico
EZLN – Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional
FAT - Frente Autentico de Trabajo
IAA – Internationale Arbeiter-Assoziation
IMB – Internationaler Metallarbeiter-Bund
IWW – Industrial Workers of the World
NAFTA – North American Free Trade Agreement
OECD - Organisation for Economic Cooperation and Development
PLM – Partido Liberal Mexicana
PRI – Partido Revolucionario Institucional
PRM - Partido Revolucionario Mexicana
SITEKIM - Sindicato Independiente delos Trabajadores de la Empresa Kukdong Internacional de México
SME - Sindicato Mexicana de Electricistas
SNRTE - Sindicato Nacional Revolucionario de Trabajadores de Euzkadi
SNTE – Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educacion
TRADOC - Trabajadores Democráticos de Occidente

Mit Generalstreik gegen Rentenreform

Konservative Regierung in Griechenland verabschiedet Rentenreform – der Widerstand dauert an

Die Reform sieht die Zusammenlegung der Branchenkassen in 13 zentrale Rentenkassen vor. Die Bankangestellten streikten am längsten und erreichten so eine Ausnahmereglung für ihre Branche!

Ungeachtet der dreiwöchigen Massenstreiks im öffentlichen und privaten Sektor verabschiedete die konservative Regierung unter Ministerpräsident Kóstas Karamanlís Ende März die umstrittene Reform der Renten- und Sozialversicherung von Arbeitsministerin Fáni Pálli-Petraliá. Die Streiks der Staatsbediensteten bei Bahn und Metro, den städtischen Busbetrieben, der Müllabfuhr, der Post, den Wasserwerken, der Stromgesellschaft und der städtischen Angestellten, aber auch von ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, JournalistInnen und Bankangestellten hatten zuvor zum zeitweiligen Erliegen des öffentlichen Lebens in Griechenland geführt. Während des eintägigen Generalstreiks am 24.03. und der versuchten Umzinglung des griechischen Parlaments am 21.03. war es zu Auseinandersetzungen militanter Reformgegner mit den Sondereinheiten der Polizei im Athener Stadtzentrum gekommen.

Die Stunde der Bewegung

In Thessaloniki besetzten die anarchosyndikalistische ESE und die antihierarchische Bewegung (AK) am 18.03. die Büros der Arbeitgebervereinigung und einer privaten Rentenkasse. Während des Generalstreiks ließen sie vom Dach des Gewerkschaftshauses ein riesiges Transparent herab: „Kein Vertrauen in GSEE (Gewerkschaftsdachverband) und Parteien. Selbstorganisation in Betriebsgruppen. Dauerstreik jetzt!" Mit dieser Aktion machten beide Gruppen auf die Rolle der GSEE aufmerksam, die mit ihrem „bürokratischen Apparat militante Arbeiterkämpfe verhindert" und als Sprungbrett der Gewerkschaftsführer für eine spätere politische Karriere diene.

Die Reform

sieht die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zwischen zwei und fünf Jahren, in Sonderfällen sogar bis zu zehn Jahren vor. Betroffen sind in der Mehrzahl Frauen. Gleichzeitig verlieren viele Beschäftigte im Vergleich zu heute zwischen 10% und 40% ihrer Rentenansprüche. Männer und Frauen, die heute nach 35 Jahren lohnsteuerpflichtiger Arbeit im privaten Sektor mit 55 Jahren in Rente gehen können, sollen bis 60 arbeiten. Mütter mit drei Kindern sollen in Zukunft bis 59 schuften während sie heute mit 56 in Rente gehen. Im öffentlichen Sektor und im Bankenbereich - der nun neu verhandelt wird - soll das Renteneintrittsalter für alle auf 60 Jahre angehoben werden. Ausgenommen sind Mütter mit minderjährigen Kindern, die jedoch statt heute mit 50 erst mit 55 Jahren berentet werden. Auch im Bereich der körperlich schwer belastenden oder gesundheitsgefährdenden Berufe, wie z.B. Bau, Feuerwehr oder Hafenarbeiter, wird das Renteneintrittsalter von 53 bzw. 55 Jahren auf 58 Jahre angehoben. Die



Ihre Profite, unser Blut. Generalstreik, alle auf die Strasse

Höhe der dann ausgezahlten Renten, die in Griechenland in der Mehrzahl der Fälle von der Höhe der in den einzelnen Spartenkassen angesparten Zusatzrenten abhängig ist, verringert sich erheblich. Da der Anteil der Zusatzrente, die heute oft die Hälfte der Gesamtrente ausmacht, auf höchstens 20% beschränkt wird und zudem für jedes Jahr vorzeitigen Ruhestandes eine Rentenkürzung von 6% abgezogen wird, ergeben sich Rentenverluste von bis zu 40%. Für JobberInnen, Tagelöhner oder MigrantInnen ohne feste Arbeitsstelle besteht zudem die Gefahr, aus der staatlichen Krankenversicherung heraus zufallen. Waren sie bisher nach fünfzig steuerpflichtigen Arbeitstagen in fünf Jahren versichert, soll dies in Zukunft erst ab einhundert offiziellen Arbeitstagen gelten. Eine Hürde, die für die Mehrzahl der Betroffenen unerreichbar ist, da die meisten Arbeitgeber, um Abgaben zu sparen, nicht bereit sind, Tagelöhner offiziell anzustellen.

Ein erster Erfolg

Die Müllberge in den Großstädten, die sich bis zur Beendigung des Streiks der Müllabfuhr aufgetürmt hatten, sollen in den ersten Aprilwochen abgetragen werden. Dass sich die in den Umfragewerten auf 27% abgesackte Regierung zu diesem Durchmarsch entschied, beruhte auf der Einschätzung, dass die Proteste nach der Verabschiedung der Reform in sich zusammenfallen würden. Diese Hoffnung scheint sich allerdings nicht zu bestätigen. Die jeweiligen Spartengewerkschaften verlangen die Rücknahme des Gesetzes und haben angekündigt, seine bis August geplante Umsetzung mit weiteren Streiks verhindern zu wollen. Gleichzeitig bereiten Sie die gerichtliche Anfechtung der „Plünderung unserer Rentenkassen durch die Regierung" vor, da sie diese für verfassungswidrig halten. Mit ihrer Klage wollen sie notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof ziehen. Dass die anarchosyndikalistische Aufforderung zu Dauerstreiks Erfolge zeitigen kann, bewiesen indes ausgerechnet die Angestellten der griechischen Nationalbank. Nach sechswöchigem Streik, der auch nach der Verabschiedung der Reform fortgesetzt worden war, ordnete Wirtschaftsminister Giórgos Alogoskoúfis am 8. April die Ausnahme der Berufsgruppe von der Gesetzgebung an. Ihre Rentenkasse bleibt vorerst unangetastet, eine Verhandlungskommission soll gebildet werden und einen Kompromiss erarbeiten. Nur eine Woche nach Verabschiedung der Reform gelang es somit einer Spartengewerkschaft, eine erste Bresche zu schlagen. Andere Berufsgruppen können dies nur als Aufforderung zu harten Arbeitskämpfen verstehen.

Volksbegehren

Die recht plumpe Regierungspropaganda von „unverantwortlichen Streiks privilegierter Gruppen" scheint indes nicht zu verfangen. Das mag auch daran liegen, dass PolitikerInnen von der Reform ausgenommen sind und bereits nach zehn Jahren Minister sogar schon nach vier Jahren den vollen Rentenanspruch erlangen. In Umfragen bezeichnen dann auch 80% der Befragten die Reform als sozial ungerecht und verlangen deren Rücknahme. Die GSEE und die Gewerkschaft der öffentlich Angestellten (ADEDY) begannen mit der Sammlung von Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens zur Rentenreform. „Da die gesamte griechische Bevölkerung von der Reform betroffen ist", so ein Sprecher, sei es nur natürlich, dass die „Gesellschaft über die Annahme der Reform" entscheide. Die Idee der Volksabstimmung stammt vom Fraktionsführer der mit 5% im Parlament vertretenen 'Allianz der radikalen Linken' (SYRISA), Alékos Alavános, und wird von allen Oppositionsparteien und den Gewerkschaften unterstützt. Zwar ist zur Einleitung eines Volksbegehrens die Zustimmung von 180 Parlamentsabgeordneten nötig, während die Oppositionsparteien nur über 148 Abgeordnete verfügen. Spekuliert wird jedoch darauf, dass sich Karamanlís durch den steigenden Druck durch die Mitte April geplante Übergabe von über einer Million Unterschriften zu neuen Verhandlungen bereit erklärt.

Der Staat schlägt zurück

Karamanlís indes schloss dies kategorisch aus und kündigte stattdessen für die zweite Jahreshälfte die Privatisierung der staatlichen Häfen, Flughäfen, der Bahn, Post und der Olympic Airways an. Er versucht durch diese „Flucht nach vorne", wie es die linksliberale Tageszeitung Eleftherotypía ausdrückte, Entschlossenheit zu beweisen und widerständische Berufsgruppen durch die Eröffnung neuer Fronten zu entmutigen. Ein Gewinner der Auseinandersetzungen ist momentan die bewegungsorientierte SYRISA, der in Umfragen bis zu 17% bescheinigt werden. Die so unter Druck geratene kommunistische KKE (8%) und die sozialdemokratische PaSoK (24%) versuchen – durch Fundamentalopposition und Streikaufrufe einerseits und einen Misstrauensantrag im Parlament und dem Aufruf zu Demonstrationen andererseits verzweifelt, Handlungsfähigkeit zu beweisen. Dieser Kampf der Oppositionsparteien um die Meinungsführerschaft hat in den letzten Wochen zu einem weit nach links gerückten gesellschaftlichen Diskurs geführt. Der weitere Verlauf der Auseinandersetzungen wird zeigen, ob es sich hierbei um ein wirkliches Infragestellen des kapitalistischen Systems durch breitere gesellschaftliche Gruppen oder schlicht um eine zeitweilige Modeerscheinung handelt.

Der Kampf geht weiter

Für fünf Gewerkschaftsführer der beim staatlichen Strommonopolisten DEI aktiven GENOP-DEI haben die Arbeitskämpfe der letzten Wochen inzwischen auch ein juristisches Nachspiel. Nachdem der Áríos Págos, der oberste griechische Gerichtshof, den Streik der GENOP-DEI gegen die Rentenreform Mitte März für illegal erklärt hat, sehen sich die Gewerkschafter nun mit einem Ermittlungsverfahren wegen des Straftatbestands der „Herbeiführung des allgemeinen Notstands" konfrontiert. Der fast dreiwöchige Streik hatte zu täglichen Stromabschaltungen und damit verbunden zu Verkehrschaos in den Großstädten geführt. Der Gewerkschaftsanwalt Dimítris Perpatáris erklärte auf einer Pressekonferenz am 21.03.: „Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Gewerkschaftsvertreter erzeugt ein revanchistisches, autoritär-staatliches Klima. Die gewerkschaftliche Infragestellung des gesetzlichen Abbaus von Arbeitnehmerrechten wird nichts desto trotz ausgeweitet werden." Einen Vorgeschmack lieferten außer den Bankangestellten die Gewerkschafter der staatlichen Telefongesellschaft OTE. Nach Bekanntwerden der Regierungspläne, 20% der OTE an die Deutsche Telekom zu verkaufen, traten sie am 26.03. in den Streik. Anfang April betonten Sprecher der Streikenden, die Mobilisierungen würden fortgesetzt bis das Geschäft geplatzt sei. Ebenfalls fortgesetzt wird der seit zwei Monaten andauernde Bummelstreik der Hafenarbeiter gegen die geplante Privatisierung der Häfen in Piräus und Thessaloniki. Die versuchte Besetzung des Gerichtsgebäudes in Thessaloniki durch gegen die Rentenreform protestierende Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen am 7. April hingegen, wurde durch Schlagstockeinsatz der MAT-Sondereinheiten vereitelt.

Der Kampf gegen die Rentenreform ist noch nicht beendet!

Ralf Dreis, Thessaloniki

Aus Platzgründen konnte Strug.gle dieses mal nicht aufgenommen werden. Strug.gle ist im Netz zu finden. Näheres unter: www.fau.org

Corona nur ohne unabhängige Gewerkschaft

Ehemalige Arbeiter einer Flaschenfabrik der Grupo Modelo in San Luis Potosi/Mexiko kämpfen gegen ihre rechtswidrige Entlassung nach der Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft

Ein wesentlicher Teil der Informationen stammt aus einem Interview, das der Autor am 4. April mit einem der entlassenen Arbeiter in Mexiko–Stadt geführt hat und aus Flugblättern der Gewerkschaft SUTEIVP.

Unabhängige Gewerkschaften haben es in Mexiko schwer. Im Normalfall werden sie einfach von der lokalen Junta de Conciliación y Arbitraje nicht als Gewerkschaft anerkannt. Oder die ArbeitnehmerInnen werden bis zur Abstimmung, welche Gewerkschaft sie haben möchten, von dem Unternehmen unter Druck gesetzt, die diesem genehme Gewerkschaft zu wählen. Setzt sich eine unabhängige Gewerkschaft doch einmal durch, so werden bisweilen komplette Betriebe geschlossen oder die aktiven GewerkschafterInnen rechtswidrig vor die Tür gesetzt.

Letzteres ist auch bei dem aktuellen Arbeitskampf in einer Glasfabrik der Grupo Modelo, in der Flaschen für Corona Bier hergestellt werden, der Fall. Nach zweijährigen Auseinandersetzungen konnte sich vor einem halben Jahr die unabhängige Gewerkschaft SUTEIVP (Sindicato Unico de Trabajadores de la Empresa Industria Vidriera del Potosi, S.A. De C.V.) offiziell gründen. Zuvor hatte sie sich in der vorgeschriebenen Wahl unter den Arbeitern der Fabrik mit großer Mehrheit gegen die vorher in dem Betrieb präsente Gewerkschaft der CTM durchgesetzt. Seitdem gab es eine Vertretung der Arbeiter, die nicht das Wohl des Unternehmens im Auge hatte, sondern die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmen durchzusetzen versuchte. Dies zeigt sich in ihren Verhandlungserfolgen. In dem ersten halben Jahr erreichte sie weit über dem mexikanischen Durchschnitt liegende Lohnsteigerungen von 19 Prozent und erste Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Offensichtlich wurde dies dem Unternehmen auf Dauer zu teuer. Im Januar kam die Kündigung für über 250 Arbeiter, darunter das komplette Gewerkschaftskomitee. Ohne Vorankündigung wurden die Betroffenen vorgeladen und salopp darüber informiert, dass das Unternehmen ihre Dienste nicht mehr benötige. Wenn sie eine Abfindung wollten, hatten sie eine Erklärung zu unterschreiben, mit der sie auf alle weiteren Forderungen verzichteten. Diese Art des Vorgehens verstößt gegen das mexikanische Arbeitsrecht und gegen internationale Abkommen.

Während den übrigen Arbeitern im Falle der Unterstützung der unabhängigen Gewerkschaft gedroht wurde, die Fabrik mit zu schließen und eine der CROC angeschlossene, arbeitgeberfreundliche Gewerkschaft installiert wurde, wehrt sich ein Teil der Entlassenen. Von zahlreichen anderen Gewerkschaften unterstützt, organisieren 100 ehemalige Arbeiter den Widerstand gegen die Entlassungen und die faktische Auflösung der unabhängigen Gewerkschaft. Es gab Demonstrationen, eine Karawane in das 400 Kilometer entfernte Mexiko-Stadt, permanente Kundgebungen vor dem Sitz der Gruppe Modelo und ihren Schwestergesellschaften sowie vor der US-Botschaft und dem Sitz der Junta Federal de Conciliación y Arbitraje.

Den Kampf um ihre Arbeitsplätze sowie die Anerkennung der Gewerkschaft müssen die Arbeiter gegen die mexikanischen Behörden, die korporativistischen Gewerkschaften und die Grupo Modelo, den größten Bierkonzern Mexikos, führen. Dabei sind sie auf die Solidarität eines breiten Unterstützungskreises angewiesen, da sie derzeit über keine Einkünfte verfügen.

Tim Ackermann

Freeter Zenpan Roso – Prekäre in Japan

Seit 2004 suchen prekäre ArbeiterInnen in Japan nach neuen Wegen der Organisierung und entdecken dabei den Anarcho-Syndikalismus wieder.

Krise und Neoliberalismus haben Japan bereits vor Jahren erreicht. In der Folge ist die Anzahl prekärer Jobs explodiert. Seit 2004 organisiert sich ein Teil der prekär Beschäftigten in der Gewerkschaft der Freeters, die in der Tradition des japanischen Anarcho-Syndikalismus nach Strategien gegen den japanischen Kapitalismus von heute sucht. Dieser Beitrag erschien erstmals in der IWW-Zeitung „Industrial Worker", der wir an dieser Stelle für die Unterstützung danken.



McJob bei First Kitchen. Ein japanische Fast-Food-Kette sucht hippe Freeter.
Foto: Nemo's great uncle

Der japanische Nachkriegs-Traum von der Errichtung einer durch die Mittelklassen bestimmten Gesellschaft liegt heutzutage begraben unter dem Schutt der allerorts präsenten Baustellen.

In Japan rettet sich der Großteil der jungen Menschen von einem befristeten Job in den nächsten, ohne viele Aussichten darauf, jemals einen festen Arbeitsplatz ergattern zu können. Zu diesen jungen Leuten gehört auch der Großteil der UniversitätsabsolventInnen, denen eigentlich einmal die Führungspositionen zugedacht gewesen waren.

Freeter (1) sind eine neue Erscheinung im japanischen Alltag, wo das Versprechen einer lebenslangen Anstellung für die gesamte Nation heute nicht mehr ist als eine Legende aus einer toyotistischen Vergangenheit (2). Freeter sind Leute, die dazu gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt dauerhaft mit miesen Jobs zu bestreiten. Das also, was man heutzutage als „Prekariat" bezeichnet.

Mittlerweile findet man überall in den Parks, in der Nähe von Flussufern und in anderen freien Flecken immer mehr Leute, die dort unter blauen Planen hausen. Die meisten Obdachlosen sind Männer mittleren Alters, die während der Rezession Mitte der 1990er Jahre ihren Job verloren haben. Einige verbringen die Nacht in der Kabine eines Internet-Cafes, bevor sie sich am nächsten langen Tag wieder auf die Jagd nach einer Arbeitsgelegenheit machen. Was ist ihnen zugestoßen?

Die neoliberalen Reformen

Die Grundlagen der aktuellen Situation wurden unter der Decke der von einer Wachstumsblase begleiteten neo-liberalen Umstrukturierung der Gesellschaft während der 1980er Jahre gelegt. Die sozialen und öffentlichen Bereiche wurde getreu den Prinzipien einer reinen Marktökonomie abgebaut. Das Wohlfahrtssystem wurde ausgehöhlt – das Ergebnis war eine brutale Klassenspaltung. Die Gewerkschaften staatlich kontrollierter Betriebe, einschließlich der mächtigen Kokuro National Railway Union wurden im Zuge der Privatisierungen aufgelöst. Sie wurden mehr oder weniger von Pseudo-Gewerkschaften aufgesogen, die sich den Interessen der Unternehmensgruppen – der Keiretsu – unterordneten.

Bis zu diesem Zeitpunkt konzentrierte sich die prekäre Arbeit – die „industriellen Reservearmee", wie Marx sie nannte – im Wesentlichen auf die Baubranche. Die Tagelöhner (hiyatoi) lebten ghettoisiert in den heruntergekommenen Wohn- und Rekrutierungskomplexen (Yosebas) der großen Städte – Sanya in Tokio, Kamagasaki in Osaka, Kotobuki-cho in Yokohama und Sasajima in Nagoya.

Diese Arbeiter waren es, die mit Blut und Tränen den japanischen Nachkriegswohlstand schufen (3). Trotz ihrer Arbeit aber blieben sie stets an den Rand der japanischen Gesellschaft gedrängt. In Boomphasen auf dem Bau nahm die Schikane durch die Arbeitsvermittler (Tehaishi) stets zu. Verantwortlich dafür waren meistens Gangster (Yakuza), die durch angedrohte oder ausgeübte Gewalt nicht nur einen Teil des Tagelohns einkassierten, sondern auch sonst noch alles, was sie in die Finger bekommen konnten. Heute sind viele der Yosebas verlassen, weil der Bau-Boom vorbei ist und die Methoden der Rekrutierung sich verändert haben. Anstatt die Tagelöhner mit Kleinbussen in den Yosebas abzuholen, rufen die Vermittler heute einfach zu jeder Tages- und Nachtzeit auf dem Handy an – wenn sie die Leute brauchen. Zeitgleich mit dieser Entwicklung enstanden informelle Jobs in immer mehr Bereichen. Ausgestoßen aus den Fabriken und ihren Ghettos, haben sich die Prekären im Laufe der Zeit immer mehr über das gesamte städtische Gebiet ausgebreitet, ohne dass es noch zentrale Versammlungsorte gäbe.

Freeter vernetzen sich, bevor sie sich organisieren

Dies ist der gesellschaftliche Rahmen, in dem sich 2004 die Allgemeine Freeter Union (Freeter Zenpan Roso, FZR) gegründet hat. Ursprung war die PAFF, ein Netzwerk von JobberInnen, „Arbeiters" (4) Freeter und migrantischen ArbeiterInnen, die sich mit einigen aktiven StudentInnen zusammengetan hatten. Der Aufruf der PAFF zur Gründung einer Gewerkschaft der Freeter zeigte, in welchem Umfang die Strategien der Finanzkreise und die Arbeitspolitik der Regierung prekäre Bedingungen für einen großen Teil der ArbeiterInnen geschaffen hatte. Die Probleme der Freeter betreffen nicht nur die Freeter selbst, sondern die gesamte arbeitende Bevölkerung.

Hauptsitz der Freeter Union ist nach wie vor Tokio, mittlerweile gibt es aber mit ihr verbundene Gruppen in etlichen anderen Städten. Die Anzahl der formell eingetragenen Mitglieder liegt derzeit bei rund 100, der Einfluss der Gewerkschaft ist allerdings deutlich größer. Sie hat viele, die mit ihr sympathisieren und eine ganze Reihe von Gruppen in unterschiedlichen Bereichen beziehen sich auf die Freeter Union. Es gibt Gruppen bei den Tagelöhnern, andere, die Obdachlose unterstützen und welche, die aus migrantischen ArbeiterInnen bestehen. Dann ist da noch die antikapitalistische Bewegung, das sind meist AnarchistInnen und andere Antiautoritäre, wie das Sanya Struggling Committee, das Sanya Workers Center. Enge Beziehungen gibt es außerdem zur Tokyo Managers Union (5), die 1993 gegründet wurde und die jüngere Gewerkschaft jetzt dadurch unterstützt, dass die die FZR einen Teil ihrer Büroräume mitnutzen kann. Wie sehr sich die Situation in Japan geändert hat, erkennt man nicht zuletzt daran, dass selbst die Discount-Filialleiter der Managers Union unter der Drohung von Entlassung zu immer weiter steigender Mehrarbeit unter zunehmend prekären Bedingungen gezwungen werden.

Die Ziele

Die Kampagnen der Gewerkschaft bewegen sich weitgehend im Rahmen der Arbeitsgesetze. An den Arbeitsplätzen werden aber auch alle viele Formen der direkten Aktion angewendet, darunter das Verteilen von Flugblättern, Streikposten, Singen und andere Performances, die von Musik und Aktionen begleitet sind.

Es gibt eine Reihe von Firmen, die von der Freeter Union aufgrund ihrer Praktiken bevorzugt angegriffen werden. Darunter fallen auch jene Arbeitsvermittler, die sich besonders damit hervortun, die Tagelöhner dem Willen der Leihfirmen gefügig zu machen. Heutzutage sehen die Vermittler nicht mehr aus wie finstere Yakuza, sondern eher wie hippe, vielseitige Firmen. Ein typisches Beispiel ist die Goodwill Group (www.goodwill.com). Dort ist die Belegschaft dank der Unterstützung der Freeter Union mittlerweile gewerkschaftlich organisiert.

Die Gewerkschaft kämpft auch gegen Gesetzesvorhaben des Ministeriums für Gesundheit und Wohlfahrt, in deren Folge Niedriglöhne und Prekarität weiter zunehmen würden, so die Freeters Union.

Nach ihrem Arbeitstag treffen sich Mitglieder der Gewerkschaft in ihrem Büro im Shinjuku-Distrikt von Tokio und beantworten telefonische Anfragen. Sie hören sich die Beschwerden genau an und laden die ArbeiterInnen gegebenenfalls in das Büro ein, um den Fall ausführlich zu diskutieren. Da ein Hauptteil der Arbeit zunächst darin besteht, die ArbeiterInnen über ihre Rechte aufzuklären, gibt die Freeter Union das ständig aktualisierte „Freeter Handbook" (6) heraus.

Um auf die Situation der Freeter aufmerksam zu machen, veranstaltete die Gewerkschaft im Jahre 2004 erstmals den „Freeters May Day". Mittlerweile haben sich andere Gruppen angeschlossen und die Demonstration wurde in „May Day for Freedom and Survival" (7) umbenannt. Am 1. Mai 2006 zog die Demonstration mit einem Soundsystem durch die Straßen von Tokio. Die Anzahl der TeilnehmerInnen war zwar recht übersichtlich, dafür war das Interesse der PassantInnen und der Presse an der Aktion jedoch umso größer.

Neue ArbeiterInnen, neue Identität?

Auf diese Weise ist in Japan eine Gewerkschaft entstanden, die sich als Teil des Netzwerks der radikalen antiautoritären Bewegungen versteht. Man könnte auch sagen, sie ist wiedererstanden, denn zu Beginn des letzten Jahrhunderts gab es bereits anarchosyndikalistische Gewerkschaften in Japan wie die Shinyûkai der Drucker und die Seishinkai der ArbeiterInnen bei den Zeitungen.

Die gemeinsame Basis der Mitglieder ist ihr Anti-Neoliberalismus und in der Konsequenz Antikapitalismus, wie er auch im Selbstverständnis der Gewerkschaft formuliert ist. Einige Mitglieder der Freeter Union arbeiten in einer Gesellschaft für städtische Gemeinschaft und gegenseitige Hilfe mit, die sich „Dame-ren" (Allianz der Verlierer) nennt. Sie entstand Anfang der 1990er in Tokio als Reaktion auf den „Jeder-ist-sich-selbst-der-Nächste"-Individualismus der 1980er. Die Allianz setzt sich z. B. für den gegenseitigen Zusammenhalt (koryu-suru) ein. Sie betrachtet das bloße Zusammenkommen als elementar wichtig, wie auch das Miteinander-Diskutieren über die alltäglichen Probleme, also auch darüber, warum man zu den „Verlierern" gehört. Es geht der Dame-ren aber nicht darum, dass Einzelne hierdurch auf die Seite der „Gewinner" wechseln, sondern um das kollektive Wachsen.

Die Mitglieder der Freeter Union haben keine einheitliche Weltanschauung. Sie verfolgen jedoch eine Linie, zu der die Ablehnung selbsternannter Avantgarden, die Zurückweisung jeder Art von Kontrolle durch Gewalt und die Entscheidungsfindung in basisdemokratischen (horizontalen) Strukturen gehört. Diese Kultur bestand schon vor der Gründung der Gewerkschaft. Sie entwikkelte sich aus einer neuen kulturellen und politischen Identität, die bei vielen Jugendlichen in Folge des Platzens der ökonomischen Blase in den 1990ern Verbreitung gefunden hatte.

Im Japan der Nachkriegszeit wurden der ganzen Nation eine Reihe von Idealen aufgedrängt. Dazu gehörte es, einen guten Universitätsabschluss zu machen, eine Führungsposition zu erreichen, früh zu heiraten, ein Auto und ein Haus in der Vorstadt zu kaufen, zwei Kinder zu bekommen usw. Das Erreichen dieser Ziele diente als Maßstab für den Platz in der sozialen Hierarchie.

Heute sind diese Erwartungen in einem allgemeinen Klima der Krise schlichtweg absurd geworden und erscheinen der Jugend als grausame Fesseln.

Die neue Generation der Freeter stellt dieses Wertesystem, innerhalb dessen sie zu Verlierern abgestempelt und an den Rand gedrängt wurde, zunehmend in Frage. Indem sie dieses Wertesystem kritisiert, sucht sie mit ihrer Politik und ihrer Kultur zugleich nach einem Weg, den alten Werten zu entfliehen. Die Generation der Freeter möchte den Geist der gegenseitigen Hilfe mit Leben füllen und pflegt die Ästhetik einer selbstgewählten Abkehr von den Marken-Idealen. Ausgehend von der kollektiven Diskussion hat sie begonnen, mit neuen Formen des Zusammenlebens und der gegenseitigen Hilfe zu experimentieren. Dies ist der geistige Hintergrund, vor dem in Japan eine neue Gewerkschaft aufgetaucht ist, um den Kapitalismus zu bekämpfen.

Sabu Kohso (Übersetzung: robot)

アルバイト

(1) *arubaito* – der japanische Begriff für Teilzeitarbeit oder Tagelohn-Jobs ist direkt dem deutschen Wort „Arbeit" entlehnt. *„Freeter"* ist ein Kunstwort aus dem englischen „free" oder „Freelancer" und *arubaito*.

改善

(2) Kaizen, die „kontinuierliche Verbesserung" ist eine Komponente des *Toyotismus*. Man versteht darunter eine bestimmte Form der Arbeitsorganisation, die in Japan entwickelt wurde. Begleitet wurde sie dort von weitgehenden Beschäftigungsgarantien, für die Kernbelegschaften einiger strategischer Wirtschaftssektoren, wie z.B. der Automobilindustrie.

(3) Hiroshi Teshigahara zeichnet in seinem phantastischen Film „Otoshiana" (engl. The Pitfall) aus dem Jahre 1962 ein beeindruckendes Bild dieser Zeit aus Sicht eines toten Bergarbeiters.

(4) Der Autor verwendet das Wort „Arbeiters" im Original. Es bezeichnet in Japan jemanden, der einen Teilzeitjob oder eine ungarantierte Arbeit machen muss.

東京管理職ユニオン

(5) Die *Tokyo Managers Union* ist eine kleine Angestellten-Gewerkschaft, in der sich Beschäftigte aus dem unteren Management organisiert haben, die sich von sozialem Abstieg und vom Druck zum Selbstmord zur Ehrenrettung der Firma betroffen fühlen.

(6) Das *Freeter Handbook* kann



von der Website der *Freeter Union* heruntergeladen werden. freeter-union.org/resource/freeter-handbook.pdf. Aktuell ist lediglich eine Fassung in japanischer Sprache verfügbar.

自由と生存の

(7) Infos zum „Ersten Mai für die Freiheit und das Überleben" gibt es u. a. bei: http://mayday2007.nobody.jp/index-en.html

Die marginale Gewerkschaft

Über die organisatorische Eigenständigkeit des Anarchosyndikalismus in Zeiten der Schwäche, und ihre Stärken.

Es ist ein hartes Brot, die Dominanz etablierter und grundlegend konservativer Organisationen zu brechen; insbesondere in der Arbeiterbewegung. Keine Frage, Anarchosyndikalisten können ein Lied davon singen. Von regionalen Ausnahmen abgesehen, agierten sie stets als Minderheitenbewegung; in dieser Rolle sowohl gegen die sozialdemokratischen als auch die kommunistischen Organisationsformen der Arbeiterbewegung opponierend. Doch selbst am Tiefpunkt der Bewegung, vollkommen marginalisiert, fiel es ihnen nicht ein, der Geschichte Recht zu geben. Ein harter Kern hielt stets an seinem Konzept fest, immer noch davon überzeugt, etwas zu bieten, das grundsätzlich anders und besser ist. Doch was bringt das beste Konzept, wenn es (fast) nirgends Anklang findet? Wo stehen die Chancen besser: Mit der Erneuerung von außen, oder der von innen?
Der folgende Artikel möchte dieser Frage nachgehen. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Plausibilität einer organisatorischen Eigenständigkeit des Anarchosyndikalismus in Zeiten der Marginalisierung.

Seit sich die Arbeiterbewegung Organisationen geschaffen hat, gibt es Minderheiten in ihren Reihen, die mit der Ausrichtung nicht einverstanden sind. Häufig betrifft dies Strategie oder Positionierung einer Organisation, manchmal auch deren Gesamtkonzept. Und seit es solche Differenzen gibt, stellt sich für viele dieser Unzufriedenen stets eine Frage: Soll man in der Organisation bleiben und versuchen, als innere Opposition einen Kurswechsel herbeizuführen? Oder soll man es wagen, sich in einer anderen Struktur zu organisieren – sei es in einer bereits bestehenden oder in einer neu zu gründenden?

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist voll von Abspaltungen und Neugründungen. Manche von ihnen, wie die Trennung des Bolschewismus von der Sozialdemokratie, wirkten entscheidend auf den Verlauf der Weltgeschichte. Andere verliefen im Sande oder verkamen wie das Phänomen des Trotzkismus zum Treppenwitz der politischen Geschichte. Ob die eine oder andere Aufspaltung gerechtfertigt war, liegt wie so häufig im Auge des Betrachters. Wer meint, die Geschichte habe darüber geurteilt, macht es sich aber zu einfach: Rechtens wäre dann stets das, was sich letztlich durchgesetzt hat. Eine traurige Perspektive.

ZeichnungKostas Koufogiorgos, www.koufogiorgos.de



Der Fetisch der Einheit

In der Regel sind Ab- und Aufspaltungen verpönt. Keine Organisation sieht es gerne, wenn sich ein Teil von ihr abspaltet bzw. eine Alternative neben ihr existiert oder entsteht. Sofern diese Verachtung nicht dem Eigeninteresse von Häuptlingen und Funktionären entspringt, die ihre Machtbasis schwinden sehen, ist diese Haltung psychologisch verständlich: Die von der Ausrichtung überzeugten AnhängerInnen wittern eine unnötige, von „Spaltern" verursachte Schwächung der Bewegung. Es liegt auf der Hand, dass man gegenüber Konkurrenzorganisationen eher Antipathien empfindet, wenn man von der „eigenen" zumindest soweit überzeugt ist, dass man glaubt, sie befinde sich mehr oder weniger auf dem richtigen Weg. Für den separaten Weg einer Abspaltung gibt es dann nur insofern Zustimmung, als man sich selbst nicht mehr mit quälenden inhaltlichen Diskussionen und Machtspielchen herumschlagen muss.

Da auch Arbeiterorganisationen stets ein politisches Feld von Auseinandersetzungen um Macht waren, sollte es nicht verwundern, dass viele Spaltungen tatsächlich ihre Ursache weniger in grundlegenden konzeptionellen Unterschieden als in simplen inhaltlichen Nuancen hatten. Diese Differenzen mussten dann als Projektionsfläche eines internen Machtkampfes herhalten. Hier mag das Urteil so abwegig nicht sein, dass die Renegaten nicht genügend Selbstdisziplin hatten, die notwendig ist für eine Organisation auf breiter Basis. Ein gewisse Reife hinsichtlich abweichender Meinungen ist für das Funktionieren unerlässlich: Es fordert von Minderheiten die Toleranz, Beschlüsse der Mehrheit hinzunehmen, ohne jedes Mal einen Grabenkrieg zu entfesseln, der die Organisation handlungsunfähig macht. Wo nun genau die Grenze zwischen inhaltlichen und konzeptionellen, die Grundlagen der Organisation betreffenden Differenzen liegt, ist eine Frage, die sich allgemein nicht beantworten lässt. Klar ist aber, dass es diesen Unterschied gibt, auch wenn er sich je nach Einzelfall anders gestaltet.

Gerade in etablierten Organisationen, wo vermeintlich viel auf dem Spiel steht, wenn sich substanzielle Konflikte eröffnen, neigen sowohl loyale Anhänger als auch die Opposition dazu, Konflikte im Bereich der Meinungsverschiedenheit zu verorten. Die Unzufriedenheit mag bei Letzteren noch so hoch sein, die Option, mit seinen Positionen und Vorstellungen eigene Wege zu gehen, wird meist ausgeschlossen. Allzu häufig verkommen die Erwägungen darüber zu Formalismus: Organisationsgrad bzw. Mitgliederzahlen werden gleichgesetzt mit Wohl und Wehe einer Organisation. Bei aller Differenz, die Organisationsräson steht letztlich im Vordergrund.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung

Dass die Organisationsräson in politischen Parteien maßgeblich ist, verwundert kaum. Das Feld ihres aktiven Handelns ist bestimmt durch den Imperativ der politischen Machterlangung. Erfolge sind hier gleichbedeutend mit der Schaffung von Kapazitäten des Zuspruchs, wohinter andere, höhere Zwecke zunächst zurückzutreten haben. Wie sehr dieser Mechanismus zum Tragen kommt, zeigt das historische Beispiel der SPD: Mit der Festlegung auf den Stimmzettelkampf Ende des 19. Jahrhunderts degenerierte die Partei in kürzester Zeit und schuf in ihrer Mitgliedschaft eine Rationalität, in der geistige Belange mit machtpolitischen gleichgesetzt wurden. Keine andere Partei, die auf die parlamentarische Betätigung ausgerichtet ist, war jemals anders verfasst – und wenn doch, dann nicht lange.

Bei Gewerkschaften liegt die Sache anders. Ihre Erfolge müssen sich daran messen lassen, welche Vorteile sie für ihre Mitglieder erlangen. Sie müssen Konkretes vorweisen und sich nicht im Gaukelspiel der Politik profilieren. Die einzelne Gewerkschaft hat es dabei nicht nötig, gesellschaftliche Mehrheiten zu versammeln. Ihre tatsächliche Schlagkraft und Durchsetzungsfähigkeit, ihre ganze Effektivität hängt nicht von Stimmen, sondern von innerer Mobilisierungskraft und Methodik ab. Eine kleine Gewerkschaft mit richtigen Organisations- und Kampfformen kann das ganze Land erschüttern.

Und doch scheint der Einheitsfetisch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung stärker ausgeprägt als im parteipolitischen Spektrum. Gewerkschaftslinke sind ohne Umschweife bereit, ein neues Parteiprojekt mitzutragen, sehen aber gleichzeitig in der gewerkschaftlichen Organisierung jenseits des DGB ein Tabu.(1) Die Ursachen hierfür mögen vielfältig sein, schwer wiegt aber sicherlich das allgemeine Verständnis von der Rolle der Gewerkschaften: Sowohl die Sozialdemokratie als auch ihre kommunistischen Abkömmlinge definierten und definieren Gewerkschaften stets als dem Politischen untergeordnet. Der ökonomische Bereich wurde dabei nie als Hauptkampffeld der Arbeiterklasse begriffen, die Gewerkschaften wurden dementsprechend in ihrem Aktionsradius eingeschränkt. Dass sich die Gewerkschaften dabei zunehmend in begrenzte Aushandlungs- und Konfliktroutinen der bürokratischen Art versteifen würden, war quasi vorprogrammiert.

Der Syndikalismus propagierte stets ein anderes Konzept: Er sah die Garantie für eine vitale Arbeiterbewegung nur dann gegeben, wenn zum einen die Arbeiterklasse ihre ureigenste Waffe (ihre ökonomische Macht) nicht von den politischen Prozessen abtrennt, und zum anderen die Initiative des politisch-ökonomischen Handelns stets bei den ArbeiterInnen selbst liegt. Je mehr die Idee Syndikalismus verdrängt, verschüttet und vergessen und das sozialdemokratische Modell hegemonial wurde, umso weniger gab es eine wahrnehmbare Alternative zur vorherrschenden gewerkschaftlichen und politischen Organisationsform in der Arbeiterbewegung.(2) Sie wurde geradezu normativ. Wenn die Organisationsform in ihren Grundlagen aber nicht zur Diskussion steht, äußert sich jeder Verdruss über die vorherrschende Gewerkschaftspraxis lediglich in Personal- und Sachfragen – in Problemen also, die vermeintlich durch einen anderen Kurs zu beheben sind und keiner neuen Strukturgrundlage bedürfen.

Der Marsch durch die Institution

Viele progressive GewerkschafterInnen glauben, dass sie innerhalb des DGB arbeiten und ihn zum Besseren verändern könnten. Diese Verhaltensweise ist zum Teil verständlich: Sie wollen einfach etwas zur Überwindung der diagnostizierten Probleme beitragen. In dem ein' oder anderen Fall sind solche Erwartungen realistisch, im nächsten jedoch schon illusorisch. Apparate habe ihre eigene Physik der Macht: Als Stifter von bezahlten Posten und finanziellen Sicherheiten erzeugen sie Loyalitäts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die unter den Funktionären aller Ebenen einen opportunistischen Pragmatismus begünstigen – das Aufkommen „alternativer Positionen" von unten, oder gar eine „Syndikalisierung" wird dadurch blockiert.

Zahlreiche Gewerkschaftslinke sehen aber genau das als ihr Projekt. Sie versuchen, im Inneren der DGB-Gewerkschaften zu wirken, um sie kämpferisch und demokratisch auszurichten. Die Intention ist sicherlich nicht verwerflich. Problematisch erscheint jedoch die Plausibilität: Da der DGB bekanntlich nicht basisdemokratisch ist, sondern Geld und Entscheidungsgewalt in den Händen nur turnusmäßig abwählbarer Funktionäre liegt, hängt das Funktionieren eines solchen Planes wesentlich davon ab, Einfluss in den etablierten Strukturen zu gewinnen, um die eigene Position zu stärken. Eine Organisation derart umzukrempeln, also revolutionieren zu wollen, ist ein vielfach eingeleitetes und vielfach gescheitertes Unterfangen in der Geschichte.(3)

Sicherlich gibt es auch andere Gründe, im DGB aktiv zu sein. Selbst Anarchosyndikalisten könnten und können dem etwas abgewinnen, ohne gleich zu glauben, der DGB würde syndikalistisch werden. Vielmehr stellt sich für sie die Frage, ob es noch Sinn macht, sich in eigenständigen Strukturen zu organisieren. Die ehemaligen FAUD-Mitglieder verneinten diese Frage nach dem 2. Weltkrieg ebenso wie zahlreiche Syndikalisten in anderen Ländern, die sich in den sozialdemokratischen oder kommunistischen Gewerkschaften organisierten. Ausschlaggebend war die Annahme, dass die Bedingungen für eine syndikalistische Bewegung vorerst nicht mehr gegeben seien und Anarchosyndikalisten als kulturell-politischer Zusammenhang wirken sollten, um die etablierten Organisationen als Propagandafeld zu nutzen. Im Trotzkismus bekam diese Strategie den Namen „Überwinterungs-Entrismus". Die moralischen Untiefen dieser Theorie außen vor lassend, wohnen ihr deutliche taktische Schwächen inne: Denn eine kämpferische Gegenkultur etabliert sich weniger über propagandistische Arbeit als vielmehr über praktische Beispiele, die das Potential von Selbstorganisation nicht nur theoretisch andeuten, sondern in der Realität unter Beweis stellen. Einzelne, lodernde Beispiele können dann schnell Schule machen und sich zum Flächenbrand auswachsen.

... oder rausgehen, Luft holen

Lenin meinte einst, als Revolutionär könne man den Reformisten keinen größeren Gefallen tun, als ihre Organisationen zu verlassen. Diese Kritik galt den „Linksradikalen" wie man sie z.B. in den amerikanischen Industrial Workers of the World (IWW) vorfand. Im Rückblick hatte Lenin auf ganzer Linie Unrecht. Die IWW erkannten damals, dass sich der Apparat der AFL (der damals zutiefst reaktionär ausgerichteten, großen Gewerkschaft in den USA) nicht von innen reformieren ließe.(4) Zahlenmäßig relativ klein, aber befreit von all dem hinderlichen Ballast, konnten die

Fortsetzung auf Seite 12

Fußnoten:

1) Ein gängiges Argument: Gewerkschaften jenseits des DBG schwächen die Gewerkschaftsbewegung ingesamt. Hier kommt der volle Formalismus zum Tragen, was offensichtlich ist, wenn man folgendes in Betracht zieht: Bei der deutschen Einheitsgewerkschaft handelt es sich um die zahlenmäßig stärkste der Welt, dennoch ist sie zu keiner nennenswerten Gegenwehr (Hartz IV, Rente, etc.) in der Lage oder willens.

2) „Genau am Tage, als die cäsarische Revolution über den Gewerkschaftsgeist [des revolutionären Syndikalismus] gesiegt hatte, verlor das revolutionäre Denken in sich selbst ein Gegengewicht, dessen es sich nicht, ohne zu verfallen, berauben kann. ..."; Albert Camus, Der Mensch in der Revolte, Reinbek b.H. 1969, S. 262.

3) Auf die konservierende Tendenz bestimmter Organisationsstrukturen versucht der Anarchismus seit eh und je hinzuweisen, und kann damit als Mutter der Organisationssoziologie gelten. Trotzkisten eines sog. „Netzwerkes für eine kämpferische und demokratische ver.di" nehmen davon selbstverständlich keine Notiz.

4) Andere Zeiten, gleiche Sitten: Auch die IWW mussten sich Vorwürfe anhören, die amerikanische Arbeiterbewegung zu spalten. Damals wie heute sah und sieht man elegant darüber hinweg, dass die Spaltung dank der etablierten Gewerkschaften bereits allgegenwärtig ist.

5) Siehe dazu „Kämpfen wie in Frankreich", DA Nr. 185, Jan./Feb. 2008.

6) Siehe dazu „Unter Zugzwang", DA Nr. 186, März/April 2008.

7) Die IG Metall z.B. hat als größte deutsche Einzelgewerkschaft einer eigenen Umfrage zufolge nur

20–30.000 aktive Mitglieder. Eine syndikalistische Organisation, die aktive Mitgliedschaft quasi voraussetzt, muss also nicht sonderlich groß sein, um sich mit anderen Gewerkschaften in Deutschland messen zu können.

Alle älteren DA-Ausgaben sind online unter www.direkteaktion.org

Die marginale Gewerkschaft

Fortsetzung von Seite 11

AktivistInnen der IWW eine Konsequenz an den Tag legen, die Klassenbewusstsein und Kampfgeist der gesamten amerikanischen Arbeiterklasse anstachelten. Unter dem Druck der von den IWW inspirierten Basis, musste die AFL einige ihrer Prinzipien umkrempeln und Konzessionen an Konzepte machen, die sie zuvor vehement bestritten und bekämpft hatte. Auch wenn von den IWW selbst letztlich wenig übrig blieb – hätten sie versucht, die AFL von innen zu agitieren, es wäre wohl kaum zu der Veränderung in der amerikanischen Gewerkschaftslandschaft gekommen, die entscheidend war für die folgende Erkämpfung sozialer Verbesserungen.

In der Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele, wo es der Druck von außen war, der als Katalysator wirkte und die erstarrten Gewerkschaften zu Reformen zwang. So waren z.B. die italienischen Gewerkschaften Ende 1960er Jahre gezwungen, ihre Konzepte zu überdenken, als sich große Teile der Arbeiterschaft autonom organisierten und radikale Forderungen auf den Tisch brachten. Und auch die aktuelle kämpferische Gewerkschaftsbewegung in Frankreich wäre ohne den äußeren Einfluss der anarchosyndikalistischen CNT und der Basisgewerkschaften von SUD seit 1995 nicht denkbar.(5) Um nur ein paar Beispiele zu nennen. Dagegen ist die Erfolgsliste derjenigen, die versuchten, Gewerkschaftsapparate von innen umzukrempeln, erschreckend kurz.

Die Dialektik der Konkurrenz

Dass Konkurrenz das Geschäft belebt, gilt wohl auch für Gewerkschaften. Ablesen lässt sich das auch an aktuellen Beispielen in Deutschland. Ver.di zum Beispiel befindet sich gerade unter Zugzwang, weil ihr die GDL nun Mitglieder im Nahverkehr streitig macht (6), so wie sich durch das entschiedene Auftreten der Lokführer der Druck auf die Gewerkschaftsführungen generell erhöht hat. Und dass die NGG-Führung seit Jahren noch den stärksten Kampfgeist unter den DGB-Gewerkschaften beweist, dürfte nicht unwesentlich darauf zurückzuführen zu sein, dass sie immer wieder ihre Existenzberechtigung beweisen muss, um nicht von ver.di geschluckt zu werden.

Dies alles sollte nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, dass ein Konkurrenzsystem das Ideal der Gewerkschaftsbewegung sein könnte. Im Gegenteil, in den USA oder Frankreich, wo solch ein System institutionalisiert wurde, zeigt sich sehr deutlich, wie dieses zu Lasten der Beschäftigten gehen kann. Sei es, dass für einzelne Gewerkschaften der Gegner nicht mehr der Unternehmer, sondern die konkurrierende Gewerkschaft ist. Sei es, dass die verschiedenen „Kapellen" mit ihren je eigenen Losungen die Beschäftigten in der Entfaltung ihrer Stärke behindern, die ja in der gemeinsamen Aktion liegt. Schließlich strebt auch der Syndikalismus die Vereinigung aller Lohnabhängigen an – nur eben in einer vollkommen anderen Form als die der sog. Einheitsgewerkschaft. Doch die Geschichte sollte uns verdeutlicht haben, dass in bestimmten historischen Situationen ein Aufbruch in verschiedene Gewerkschaftsfraktionen für die Arbeiterklasse nur von Vorteil sein kann. Gerade wo die Gewerkschaftsbewegung im Korsett einer Einheitsgewerkschaft gefangen ist, die sich nicht als Wahrer von Arbeiterinteressen, sondern als Säule der kapitalistischen Ordnung erweist, ist dies zwar keine angenehme, aber doch eine den „Gesamtgewerkschafter" (Labournet) stärkende Kur.

Der positive Effekt liegt nicht nur darin begründet, dass hierbei eine Konkurrenz der verschiedenen Gewerkschaften um die Gunst der Arbeiter entsteht, was sich kurz- und mittelfristig mit konkreten Verbesserungen für diese auszahlt. Es ist ebenso eine sozialpsychologische Frage: Jeder hegemoniale Diskurs schafft eine Eindimensionalität im Bewusstsein, die Perspektiv- und Alternativlosigkeit hervorruft. Das Wirken in etablierten und diesem Diskurs entsprechenden Institutionen kann eine solche Homogenität von „Gewissheiten" nicht aufbrechen. Jedes System ist in der Lage, widersprechende Tendenzen und Elemente in sich zu relativieren. Kurz gesagt: Eine Alternative wird kaum als solche wahrgenommen, wenn sie zu eng mit der alten Struktur verwoben ist – sie diskreditiert sich entweder oder wäscht das Alte rein. Eine politische Differenzierung, die Ausweitung denkbarer Möglichkeiten und die Auflösung von eindimensionalen Befangenheiten, wird am ehesten durch illustrative Beispiele befördert, die sich praktisch in Reinform manifestieren.

Von der Marginalität zur Minorität

Der Syndikalismus ist ein Konzept, das als politisch-ökonomische Kampforganisation im Widerspruch sowohl zum sozialdemokratischen als auch zum kommunistischen Modell steht. Seine organisatorische Eigenständigkeit ist für seine Existenz Voraussetzung. Als bloßer Kulturzusammenhang hat er sich bereits von der Welt verabschiedet. So könnte eine Fazit aussehen, das den Syndikalismus ideengeschichtlich das Wort redet.

Eine andere Frage ist, wie sich der Syndikalismus unter den gegebenen Umständen überhaupt praktisch verwirklichen kann. Die bloße Existenz eigenständiger Organisationen reicht dazu nicht aus. Als stark marginalisierte Bewegung stehen viele SyndikalistInnen heute vor dem Problem, eigenständige Kämpfe auch beim besten Willen nicht führen zu können. Das ist erstmal kein neues Problem, der Syndikalismus war schon immer vielerorts eine Minderheitenbewegung. Heute zeigt sich das Problem allerdings in verschärfter Form, denn eher muss schon von einer Marginalitätenbewegung, einer Mini-Minderheitenbewegung die Rede sein. Ein Grund, den Kopf hängen zu lassen, ist das jedoch beileibe nicht. Wenn es in der Geschichte der Arbeiterbewegung oftmals Minoritäten waren, die durch ihre Entschlossenheit Impulse für die Kämpfe der gesamten Arbeiterbewegung gegeben haben, so kann der entscheidende Hebel von Marginalitäten nur ein Mehr an Entschlossenheit sein.

Selbst kleine syndikalistische Organisationen können größere Kampfkraft entfalten als manch große Gewerkschaft.(7) Das ist selbstverständlich zunächst relativ zu sehen. Dass der Organisierungsgrad der FAU zum Beispiel nicht derart ist, dass sie einen Großbetrieb bestreiken könnte, ist kein Geheimnis. Die FAU besteht aber aus einem Kern klassenbewusster ArbeiterInnen und einer Vision von Solidarität, die keine Grenzen kennt. Sie hat sich den Interessen der gesamten Arbeiterklasse verschrieben und nicht nur Mitgliedern einer bestimmten Einzelgewerkschaft. Sie kann beweisen, was für eine wichtige Waffe Klassenbewusstsein und Solidarität sind, wenn sie zeigt, dass die gesamte Organisation mit einer Faust für die Interessen ihrer Mitglieder eintritt; selbst wenn es sich nur um die Belange einer einzelnen Person handelt. Und sie kann es beweisen, wenn sie andere selbstorganisierte Kämpfe ohne Wenn und Aber unterstützt und dabei mithilft, wieder zu siegen. Dafür muss sie allerdings bereit sein, sich an jeden beliebigen Punkt des Kampffeldes zu begeben, wenn ihre Hilfe erwünscht oder erfordert ist.

Eine syndikalistische Organisation muss sich deshalb selbst unter Zugzwang setzen, jeden Konflikt, an dem sie direkt oder indirekt beteiligt ist, zum Erfolg zu führen – wenn nötig, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen. Solche Beweise der Entschlossenheit und Effizienz werden es sein, die sie über einen Kern überzeugter Idealisten hinaus für ArbeiterInnen interessant macht. Dann, so das Orakel, ist es auch nicht mehr weit bis zur Minderheitenbewegung, und wir werden sehen, wie schnell sich so ein DGB auf einmal reformieren kann.

Holger Marcks

Wilcat Nr. 80, Dezember 2007, mit der Beilage „Unruhen in China".
Portal zu Kämpfen in Asien:

www.unwaelzung.de

Live and direct. Veranstaltungen der Redaktion der China-Beilage:
Dortmund (BUKO): Sonntag, 11. Mai, 10:00 Uhr. Ort: Universität Dortmund, Emil-Figge-Str. 50 (Campus Nord)
Braunschweig: Dienstag, 20. Mai, 19:30 Uhr. Ort: Grotian, Zimmerstr. 24c, 1.OG
Halle/Saale: Donnerstag, 29. Mai, 20:00 Uhr. Ort: Infoladen, Ludwigstraße 37

Trouble an der globalen Werkbank

Besprechung der Wildcat-Beilage *Unruhen in China*.

Schon seit Jahren berichtet das Wildcat-Zeitungskollektiv über Arbeitsverhältnisse und -kämpfe in China. Anfang diesen Jahres nun veröffentlichte es eine Sonderbeilage zum Thema „Unruhen in China". Gegenwärtige und historische sozio-ökonomische und politische Entwicklungen werden vom Standpunkt der „gefährlichen Klassen", der ArbeiterInnen, WanderarbeiterInnen und Bauern aus untersucht und heben sich vom akademischen und medialen Mainstream deutlich ab.

Die ersten fünf Artikel, und damit rund die Hälfte der Broschüre, widmen sich speziell der Arbeits- und Lebenssituation der arbeitenden Klassen in China. Die Potenziale und Schwächen der Kämpfe der chinesischen Arbeiter und Bauern werden hier vor dem Hintergrund ihres Spannungsverhältnisses zu den institutionellen und sozioökonomischen Transformationen der letzten Jahrzehnte und deren Bruchlinien diskutiert. Diese zeigen sich besonders dort, wo kapitalistische Logik auf Rudimente der Mao-Ära trifft: Die steigende Arbeitskräftenachfrage in den Exportzentren der chinesischen Ostküste und das Fortbestehen des Haushaltsregistrierungssystems (*hukou*) führten dazu, dass die ca. 150 bis 200 Millionen ArbeitsmigrantInnen aus den ländlichen Regionen Chinas in den Städten kein Residenzrecht besitzen. Dementsprechend haben sie kein oder nur ein bedingtes Anrecht auf formelle Jobs, Wohnungen und Sozialleistungen. Die städtische Arbeiterklasse in den nach und nach abgewickelten Staatsbetrieben wiederum ist selbst von Arbeitslosigkeit und dem Abbau ihrer Ansprüche auf Sozialleistungen betroffen, waren diese doch an den Betrieb geknüpft. In beiden Klassenfraktionen sind es vor allem „Frauen, [die] einen überproportional großen Teil der Kosten der wirtschaftlichen Reformen in China tragen mussten und müssen" (50). So waren von der Kündigungswelle in den Neunziger Jahren



zu 62,8 Prozent Frauen betroffen, obwohl Frauen nur 39 Prozent der Beschäftigten im Staatssektor stellten. Auf dem Papier sind Diskriminierung und informelle Arbeit hingegen nicht existent – das chinesische Arbeitsgesetz entspricht weitgehend europäischen Regelungen.

Tatsächlich führen unsichere Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, fehlende soziale Absicherung und entschädigungslose Enteignungen jedes Jahr zu hunderttausenden spontaner Arbeitskämpfe und Protestaktionen. Exemplarisch stellt die Broschüre immer wieder Berichte und Statistiken über Streiks, Petitionen, Klagen und Demonstrationen zusammen. Damit lassen sich auch neueste makroökonomische Trends – wie der seit 2004 zunehmende Arbeitskräftemangel, vor allem in der exportorientierten Leichtindustrie – auf die Aktivitäten der ArbeiterInnen und Bauern zurückführen.

Aber das Potenzial der so heterogenen arbeitenden Klassen, gegen „die Allianz von Kadern, Bürokraten und Kapitalisten [...], die in den achtziger und neunziger Jahren geschmiedet wurde" (27), organisiert in die Offensive zu treten, ist gegenwärtig gering. Die Proteste bleiben meist lokal begrenzt, unterliegen ideologischen (geschlechts- und/oder herkunftspezifischen) Spaltungen und beziehen sich von vornherein auf die Standards des Arbeitsgesetzes, oder werden in legale Formen eingehegt. Damit verlieren sie ihre Sprengkraft. Das eigentliche Risiko für die chinesische Führung besteht daher weniger in der Konfrontation mit der praktischen Forderung nach einer anderen Vergesellschaftungsweise, als vielmehr in der allgemeinen Destabilisierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse, sollten sich die spontanen Unruhen weiter ausbreiten.

Wie in der zweiten Hälfte der Broschüre gezeigt wird, war dies 1989 anders: Der Tiananmen-Aufstand überschattet die sozialen Kämpfe in China bis heute. Er ist das widersprüchliche Symbol eines auf Selbstverwaltung zielenden Gesellschaftsmodells und der endgültigen Konsolidierung des chinesischen Kapitalismus durch die Macht der Gewehrläufe. Der Vergleich mit anderen Entwicklungspfaden zeigt ähnlich traumatische Erfahrungen auf, am Beispiel Indonesiens allerdings unter dem Vorzeichen eines inquisitorischen Antikommunismus. Schließlich wird anhand der Besprechung von Giovanni Arrighis „Adam Smith in Beijing" noch einmal der Blick auf die perspektivischen Effekte des „Aufstiegs Chinas" für die globale geopolitische und ökonomische Lage geöffnet, bevor Kurzbesprechungen chinesischer Dokumentarfilme und Verweise auf weiterführende Literatur die Broschüre beschließen.

Auf hohem und zugleich verständlichem Niveau unternehmen die AutorInnen eine Analyse bisheriger Kämpfe und Erfahrungen sowie struktureller und ideologischer Verhältnisse, welche die Komplexität und Bruchlinien der Umwälzungen in China aufzeigt. Nach der Lektüre, auch der zum Teil vermeidbaren Wiederholungen zwischen Artikeln, ist das Verständnis zweifelsohne gewachsen. Die Antwort auf die Frage nach praktischen Möglichkeiten internationaler Solidarität aber mag den meisten LeserInnen als Sisyphosaufgabe erscheinen, die mindestens so groß ist wie das „Reich der Mitte" selbst: die Sprache lernen, Kontakte knüpfen und Informationen verbreiten. Die AutorInnen versprechen eine einfache Grammatik und die Entdeckung einer neuen Welt. Kostproben gewähren sie auf jeder der 80 Seiten. Da muss man es wohl auf einen Versuch ankommen lassen.

Frido Wenten

Melbourne 1990: Direkte Aktion im Nahverkehr

Ein Einblick in den australischen Lokführer-Streik

Seit März wird bei der BVG (Berliner Verkehrsbetriebe) gestreikt. Der Grund ist, dass die Gewerkschaft ver.di höhere Löhne für die rund 12.000 Beschäftigten der BVG und deren Tochtergesellschaft Berlin Transport (BT) fordert. Anfangs wurde die BVG voll bestreikt, um mit ausfallenden U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben. Problematisch war nur, dass die BVG eine Gesellschaft öffentlichen Rechts ist und von staatlicher Seite stark subventioniert wird. Und da stillstehende Züge für die BVG keine Kosten bedeuten, sie selbst die Löhne und der Senat die Subventionen spart, kann solch ein Streik in aller Ruhe ausgesessen werden. Ver.di befindet sich deswegen in einem Dilemma, was die Frage nach einer effektiven Strategie betrifft.

Eine ähnliche Situation erlebten die Lokführer in Melbourne 1990. Die Regierung wollte den Nahverkehrsbetrieb an die Metropolitan Melbourne Puplic Transport Authority (MET) verkaufen. Im Zuge der Privatisierung sollten Arbeitsplätze abgebaut werden. Ein neues Fahrkartensystem mit Ticket-Automaten und öffentlichen Ticketverkaufsstellen (MET-Shops) sollten für Stellenabbau sorgen. Aber, anstatt die Züge zu blockieren, ließen die ArbeiterInnen sie rollen. Unentgeltlich für die Fahrgäste. Somit produzierten die Bahnen Kosten, nahmen aber nichts ein – und der Druck auf die Stadtverwaltung wuchs.

Wiedersehen dreier Anarchisten zum 10. Geburtstag des Streiks am 22 Januar 2002

Anarchos bei der Bahn

Seit Mitte der 1980er Jahre arbeitete eine kleine Gruppe von AnarchistInnen in den öffentlichen Melbourner Verkehrsbetrieben. 1985 brachten sie ein Flugblatt mit dem Titel „Stopping all Stations" heraus. Im Mai 1986 wurde es zu einer kleinen Zeitung namens „Sparks" ausgeweitet, die von der Anarcho Syndicalist Federation (ASF) für die ArbeiterInnen in den öffentlichen Verkehrsmitteln herausgegeben wurde. Sparks wurde zu einem Sprachrohr der ArbeiterInnen. Die Zeitschrift empfahl die direkte Demokratie und den Anarchosyndikalismus und sprach mit einer Auflage von 5.000 eine beträchtliche Leserschaft an. Die Zeitung erreichte mehr Glaubwürdigkeit als die Zeitschriften der öffentlichen Gewerkschaften.

Am deutlichsten wurde der Einfluss der AnarchosyndikalistInnen bei den Besetzungen der Straßenbahnen 1990. Die ArbeiterInnen besetzten die Bahnstationen und boten die Fahrten für lau an.

Die Vorgeschichte

Im August 1988 fand ein Protestmarsch gegen die Eröffnung des MET-Shops (Verkaufsstelle im Besitz der Metropolitan Melbourne Public Transport Authority, ein Teil der Public Transport Corporation) in der South Melbourner Straßenbahnstation statt. Der MET-Shop wurde personell durch Nicht-Mitglieder der ATMOEA(1) besetzt, die „Scratch-Tickets"(2) verkauften. Ziel der Regierung war es, Einsparungen am Nahverkehrsbetrieb vorzunehmen. Die Umstrukturierungspolitik der Regierung beinhaltete zunächst die Entlassung von ZugführerInnen und SchaffnerInnen, später dann von EisenbahnerInnen. Während die ArbeiterInnen protestierten, fand in der Gewerkschaftsführung ein Wechsel statt. Der Generalsekretär Harper wurde von Lou Di Gregorio abgelöst. Das Team um Lou Di Gregorio führte erste ZugführerInnen-Treffen ein, Aktionen wurden geplant und durchgeführt. So zum Beispiel der Versuch, das Amt der Public Transport Corporation zu besetzen oder die Störung der staatlichen ALP-Konferenz(3).

In einigen Stationen wie Essendon und Brunswick agierten die ArbeiterInnen auf eigene Faust und legten ihre Arbeit ohne Vorankündigung nieder. Die MET musste auf Leiharbeiter zurückgreifen, die eine äußerst schlampige Arbeit verrichteten.

Die MET reagierte darauf mit folgender Auflage für die ArbeiterInnen: „Sie sind aufgefordert, dafür zu unterschreiben, dass sie während ihrer Schicht wie befohlen gearbeitet haben." Nur zwei Eisenbahner in Brunswick beugten sich der Bürokratie und unterzeichneten den neuen Vertrag mit den neuen Auflagen. Die anderen ArbeiterInnen wurden in ihrer Meinung gefestigt, dass ab jetzt „drastischere Methoden" notwendig waren, um die Regierung und die MET wieder zur Besinnung zu bringen. Direkte Aktionen waren die Antwort auf die MET-Pläne.

Gratisfahrten durch Melbourne

Am Montag, den ersten 1. Januar 1990, wurden die Stationen Brunswick, Essendon, Kew, North Fitzroy, Preston, und South Melbourne besetzt. In Brunswick hängten die ArbeiterInnen ein Banner mit der Aufschrift „Diese Station ist unter Kontrolle der ArbeiterInnen" auf. Für die MET geriet der Streik außer Kontrolle.

Die S-Bahn-ArbeiterInnen organisierten sich und verabschiedeten folgende Resolution: „Wir, die Mitglieder von Brunswick, sind gegen die Entscheidung der Regierung, das System und den Öffentlichen Verkehr herunterzufahren und Einsparungen an den ArbeiterInnen vorzunehmen. Wir fügen hinzu, dass auch im Falle der Umstände, unter denen eine Wiederaufnahme des Dienstes möglich wäre, wir nur unter der Bedingung unsere Arbeit wieder aufnehmen, dass die Regierung einverstanden ist, dass die Zugführer für immer auf allen Strecken eingestellt bleiben. Wir lehnen jede Vorstellung eines Kompromisses zu diesen Themen ab. Wir erklären, dass unsere Besetzung von Brunswick fortgesetzt wird, bis unsere Forderungen erfüllt sind."

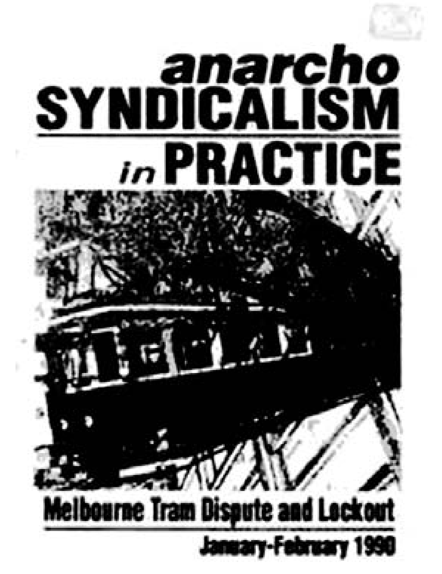
Die StraßenbahnerInnen erfuhren viel Solidarität und materielle Unterstützung. Der Versuch der Regierung, die ArbeiterInnen wieder an ihre Arbeit zu bringen, scheiterte. Irgendwann ließen die Streikenden den Betrieb dann doch wieder aufleben. Nur nicht so, wie die MET es geplant hatte. Weil das bloße Stilllegen des Verkehrsnetzes der Stadtverwaltung und der MET keinen Cent gekostet hätten, weil stehende Züge nichts kosten und sie sogar noch an den Lohnkosten gespart hätten, ließen die StraßenbahnerInnen von Brunswick die Züge wieder rollen. Im Zuge der Arbeitsaufnahme boten sie den Fahrgästen die kostenlose Mitfahrt an. Diese bedankten sich mit Spenden. Insgesamt kamen über 4.000 Dollar zusammen, zuzüglich der Nahrungsmittel, und sogar Nahrungsmittel für die Haustiere der Streikenden. So konnte erstens der Druck auf die Stadtverwaltung erhöht werden und zweitens konnte der Streik durch die Spenden länger durchgehalten werden.

Das Ende eines großen Streiks

Das Ende des Streiks wurde durch ein geheimes Treffen zwischen ALPlern und dem Präsidenten von ATMOEA eingeleitet. Den Verrat durch die Gewerkschaftsführung an den ArbeiterInnen besiegelte ein Deal, der drei Tage zuvor von den ArbeiterInnen abgelehnt worden war. Nun aber wurde er vom Gewerkschaftsvorsitzenden Di Gregorio unterzeichnet, Di Gregorio rief die ArbeiterInnen zur Arbeitsaufnahme auf. Vor allem die ArbeiterInnen in Brunswick widersetzten sich. Ihnen wurden die finanziellen Mittel durch die Gewerkschaftsbosse entzogen, was sich demoralisierend auf die Streikenden auswirkte. Hinzu kam, dass die Regierung, getroffen von den Kosten durch die Gratisfahrten, gewaltsam in den Protest eingriff. Mit einem massiven Polizeiaufgebot wurden die Straßenbahnen stillgelegt.

Macht und Mittel

Die StraßenbahnerInnen von Melbourne haben mit ihrem Streik ein deutliches Zeichen gesetzt. Sie zeigten, was Direkte Aktion bedeutet, indem sie einfach nur das gemacht haben, was sie sonst auch machten. Sie nutzten die Mittel, die ihnen zur Verfügung standen, um ihre Ziele zu erreichen. Der bloße Streik und der Stillstand der Züge hätten der MET und der Stadt keinen Cent gekostet. Sie hätte, wie aktuell in Berlin, den Streik seelenruhig aussitzen und abwarten können, bis die Streikkassen leer sind und die Gewerkschaft einlenkt. Stattdessen ließen die ArbeiterInnen die Züge rollen, und zwar kostenlos für die Passagiere. Sie trafen die Bosse dort, wo es ihnen wirklich wehtut. An ihren Bankkonten. Sodass diese gezwungen waren, die Bahnen gewaltsam stillzulegen. Der Streik der Melbourner StraßenbahnerInnen war ein Ausdruck für die Macht der arbeitenden Klasse. Sie sind es, die die Mittel, die ihnen nicht gehören, für diejenigen benutzen, denen sie zwar gehören, aber nicht benutzen können. Und die ArbeiterInnen sind es, aus deren Schweiß und Blut diese Welt geschaffen wurde und wodurch sie funktioniert. Der bloße Kapitalist ist nur derjenige, der den Besitzanspruch auf die Mittel behauptet, aber letztendlich sind es die ArbeiterInnen, die diese Mittel verwalten und benutzen. Und in ihren Händen werden diese Mittel zu einem gewaltigen Instrument ihrer Macht.



Benjamin Simmon

(1) „Australian Tram and Motor Omnibus Employees Association"

(2) Öffentliche Verkehrstickets, die an Verkaufsstellen erworben werden können. Ähnlich wie unsere ÖPNV-Tickets.

(3) ALP: „Australian Labor Party"

DA-Musikecke

RABATZ – solisampler
2 CDs mit vielen bekannten und unbekannten Bands für ein autonomes Zentrum in Paderborn. www.rabatz.org

ESPACIOS LIBRES - MEDIOS LIBRES
Ein Solisampler von Falling Down Records für zwei anarchistische Kollektive in Mexiko-Stadt. http://projekte.free.de/bankrott/fdr.html

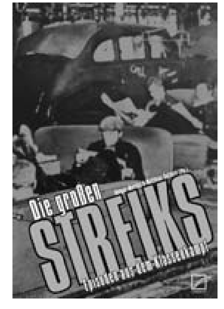
SKARFACE – live in moskau
DVD der französischen SKA-Combo. Hier geht die Post ab! Jeder, der sie schon mal live gesehen hat, wird's wissen. 23 ihrer besten Songs gibt's hier in bester Live-Qualität und sehr gutem Sound. www.myspace.com/skarfaceska

TALCO – combat circus
Die italienische SKA-Punk-Band mit Bläsern, Akkordeon und politischen Texten sorgt für gute, kämpferische Stimmung. www.talcoska.it

CHAOZE ONE – letztes Kapitel
Politischer Hip-Hop mit Band! Können sich auch mal Leute geben, die dem Sprechgesang nicht so nahe stehen. Reinhören: www.chaoze-one.de

BERURIER NOIR – l´opera des loups
Auf dieser DVD gibt es einige Ausschnitte von 4 Konzerten der Anarchisten aus dem Jahre der Reunion 2003/2004 in bester Qualität. Fast 4 Stunden Bühnenshow! www.beruriernoir.fr

Tod und Mordschlag – archivbox
Alle drei CDs [DIE ERDE IST EINE SCHEIBE, SOLDATEN SIND MÖRDER, RATTE SICH WER KANN] der amtlich autonomen Tanzkapelle mit Yok alias Quetschenpaua sind wieder lieferbar. www.ab-dafuer-records.de



Buchvorstellung: „Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf"
Rundreise der Herausgeber Holger Marcks und Matthias Seiffert

1.5. Hannover, 15.00 Uhr, UJZ Kornstraße; **2.5. Neustadt a.d.W.**, 19.30 Uhr, Wespennest; **3.5. Saarbrücken / St. Ingbert**, 18.00 Uhr, JUZ St. Ingbert; **4.5. Mannheim**, 20.00 Uhr, ArbeiterInnen- Sportverein; **5.5. Landau**, 19.00 Uhr, Akropolis, Königstr. 20; **6.5. Frankfurt/M**, 19.30 Uhr, Café ExZess; **7.5. Marburg**, 20.00 Uhr, Havana 8; **8.5. Bremen**, 20.00 Uhr, Naturfreundehaus; **13.5. Kiel**, 19.30 Uhr, Alte Meierei; **14.5. Oldenburg**, 20.00 Uhr, Alhambra; **15.5. Bielefeld**, 19.30 Uhr, AJZ (Kinosaal); **17.5. Münster**, 20.00 Uhr, Don Quijote; **18.5. Düsseldorf**, 18.00 Uhr, Kulturcafé Solaris; **19.5. Aachen**, 20.00 Uhr, Welthaus **20.5. Duisburg**, 20.30 Uhr, Djäzz; **21.5. Bonn**, 20.30 Uhr, Netzladen; **22.5. Köln**, 20.00, Allerweltshaus

Umkämpfte Räume in Kopenhagen

„Häuser besetzen bedeutet, den kapitalistischen Plan in den Vierteln zu zerstören. Bedeutet keine Miete zu zahlen, bedeutet die kapitalistische Schuhkartonstruktur aufzuheben. Bedeutet Kommunen und Zentren zu bilden, bedeutet, das gesellschaftliche Leben des Stadtteils zu reorganisieren, bedeutet, die Ohnmacht zu überwinden. Im Besetzen der Häuser und in Mietstreiks liegt der Angelpunkt für den Kampf gegen das Kapital außerhalb der Fabriken" (Proletarische Front in „Wir wollen Alles – Nr. 4 – Mai 1973).



Peter Birke / Chris Holmstead Larsen (Hrsg.), Besetze Deine Stadt! - BZ din by! Häuserkampf und Stadtentwicklung in Kopenhagen, Assoziation A, Berlin 2008, 224 Seiten, 14,80

Am 1. März 2007 wird in Kopenhagen das selbstverwaltete Jugendhaus Ungdomshuset nach langen politischen Auseinandersetzungen geräumt. Kurz danach kommt es in Kopenhagen und an vielen Orten auf der ganzen Welt zu Protestaktionen und -demonstrationen gegen die Räumung. In Kopenhagen selber kommt es zu militanten Auseinandersetzungen und Barrikadenkämpfen. Hunderte von Aktionen, Happenings und Demonstrationen finden statt. Gleichzeitig gehen die Auseinandersetzungen um die „freie Stadt" Christiania, das größte alternative Wohnprojekt Europas, weiter. Allein in den ersten drei Protesttagen werden 530 Menschen festgenommen. Am 5. März wird unter massivem Polizeischutz damit begonnen, das Haus abzureißen. Ausgehend von den Kämpfen um das Ungdomhuset ist im Verlag Assoziation A mit „Besetze Deine Stadt" ein Buch erschienen, das sich mit den Häuserkämpfen und der Stadtentwicklung in Kopenhagen beschäftigt. Das von Peter Birke und Chris Holmstead Larsen herausgegebene Buch zeichnet die verschiedenen Etappen der kapitalistischen Stadtentwicklung und der Häuserkampfzyklen in Kopenhagen seit Ende der 1960er Jahre, und im Speziellen den Kampf um das Ungdomhuset seit 1981, nach. In Interviews kommen Ungdomhuset-AktivistInnen zu Wort, die über ihre Erfahrung, Einschätzungen, Perspektiven und Erlebnisse berichten. Aber auch nach der Räumung und dem Abriss des Ungdomhuset gehen die Häuserkämpfe in Kopenhagen und die Auseinandersetzungen um die „freie Stadt" Christiania weiter. In einem Beitrag von Chris Holmstead Larsen wird die Geschichte von Christiania seit der Besetzung im Jahre 1971 nachgezeichnet.

„Besetze Deine Stadt" ist ein spannendes und vielschichtiges Buch über die Stadtentwicklung und die Häuserkämpfe in Kopenhagen. Die Beiträge ermöglichen es, die Situation und die Ereignisse in Kopenhagen besser zu verstehen. Deutlich wird auch, dass die Auseinandersetzung um das Ungdomhuset kein singuläres Ereignis ist, die Räume bleiben umkämpft, die Kämpfe gegen weiter in Christiania, in Kopenhagen und anderswo.

Jürgen Mümken



Hau ab, Mensch

Wenn Nelson Mandela davon sprach, das Gefängnis beraube den Menschen nicht nur seiner Freiheit, sondern suche auch, ihm die Identität zu nehmen, dann legt das hier zu besprechende Buch von Xose' Tarrio, der 2005 in Spanien starb, Zeugnis davon ab, wie Gefangene ihre Identität verteidigen und trotz unmenschlicher, trotz erniedrigender Behandlung und Folter ihr Menschsein bewahren. Zehn Jahre brauchte es, bis das im Original in Spanien („Huye, hombre, huye. Diario de un preso FIES") 1997 erschienene Buch von Xose' nun in deutscher Übersetzung vorliegt: "Hau ab, Mensch!". Auf über 300 Seiten berichtet Xose' von den einzelnen Gefängnissen, in denen er im Verlaufe vieler Jahre festgehalten, geschlagen, in Handschellen gelegt wurde. Dies ist der äußere Rahmen und ist schon lesenswert genug, wird doch die zerstörerische Wirkung der Institution Gefängnis deutlich. Ebenso faszinierend und ungleich mehr von Bedeutung ist jedoch, die innere Entwicklung Xose' Tarrios zu verfolgen. Er, der mit 19 Jahren eine anderthalbjährige Strafe antreten soll und am Ende ein Strafmaß von 71 (!) Jahren vor sich hat, als er 2004 ins Koma fällt und Anfang 2005 stirbt. Geprägt von vielen Jahren in Heimen und Erziehungsanstalten, ist er gewohnt, sich gegen die Umstände, auf die er im Gefängnis trifft, aufzulehnen - und landet unversehens in Isolationshaft. Das Buch erzählt, orientiert an den einzelnen Gefängnissen, in die er verlegt wird, die Entwicklung hin zu einem anarchistischen Menschen, voller Wut ebenso wie voller Liebe. Es erzählt von Solidarität unter den Inhaftierten und ihren Aufständen - aber auch von der Enttäuschung durch Verrat. Auf Xose's Schilderungen passt gut der Satz des Anarchisten Erich Mühsam: „Trotz allem Mensch sein, wär's auch mit dem Messer!" Wo immer er die Möglichkeit hatte, las Xose' Bücher über Politik, Literatur, Philosophie und diskutierte mit seinen Leidensgenossen über das, was sie gelesen hatten. Je mehr sich der innere Horizont erweiterte, umso mehr revoltierten er und die anderen Gefangenen gegen die Mauern und die unmenschlichen Haftbedingungen. Eine Übersetzung ist stets ein Wagnis, aber dem Übersetzer ist es exzellent gelungen, die bilderreiche und kraftstrotzende Sprache Xose' Tarrios ins Deutsche zu übertragen. Eingerahmt wird das Buch von einem Vorwort Gabriel Pombo da Silvas und einem Anhang mit einem Interview, das im Juni 2005 mit den Müttern von Xose' und Gabriel geführt wurde. Gabriel, selbst spanischer Anarchist, verbüßt zurzeit eine lange Haftstrafe in Aachen. Er lässt sich auch dort nicht mundtot machen und setzt den Kampf für eine Gesellschaft ohne Knäste ebenso fort wie die Mutter Xose's. Gerade der Umstand, dass am Ende die Mütter der beiden Gefangenen zu Wort kommen (wo hört man denn sonst, dass sich Mütter von Inhaftierten öffentlich äußern?) trägt zum Gelingen dieses empfehlenswerten Buchs bei.



Xose' Tarrio, „Hau ab, Mensch!", 408 Seiten ohne ISBN, zu beziehen über: Buchladen König Kurt, c/o AZ Conni e.V., Rudolf-Leonhard-Str. 39, D-01097 Dresden, Tel. 0351/81 15 110, email: Koenig-Kurt@free.de, www.free.de/Koenig-Kurt. Preis: 10 Euro, zzgl. Versandkosten.

Thomas Meyer-Falk

Anarcho-Poetry

Warum Anarchie?

Weil die Tage im Kapitalismus verbrennen und kein Wasser die Flammen löscht. Weil sein Licht überall ist und auf den Körper geklebt jeden Zentimeter des Lebens erniedrigt. Weil den Nächten die Worte fehlen. Und der Schlaf der Vorbote der Arbeit ist. Weil das Klingeln des Weckers den Morgen erbricht, und weil die sinnloseste Fortsetzung der Übelkeit die Betriebe sind. Weil die Jahre zur Arbeitszeit verkommen. Weil die Hoffnung den Kredit abzahlen muss.

Weil die Mittage von den Chefetagen herunterfallen wie Steine. Weil die Steine nicht zurückfliegen dürfen. Weil Betroffene kein Rückgaberecht besitzen. Weil die Entscheidungen von oben kommen. Weil es Gewinner und Verlierer gibt. Weil das alles so bleiben soll. Weil die Geschichte mit dem Zeigefinger nach unten zeigt. Und irgendwer die Angst vor der Freiheit erfand.

Weil die Sonne auf dem Dienstweg daher kommt und Nachmittage Verzichtserklärungen gleichkommen. Weil der Staat das Ende aller Revolutionen festschreibt. Weil das Leben eine Landschaft ist für die Dienstwagen der Regierungen. Und Wahlen nur Rastplätze sind, auf denen Parteien Stimmungen Gassi führen. Weil die Medien den Alltag an der Leine halten. Weil die Zukunft eine Veranstaltung von Parteizentralen ist. Während die Konzerne Rastplätze bauen und Verzichtserklärungen verteilen.

Weil uns die Arbeit ermüdet. Und kein Atem bleibt für die Frage nach Freiheit. Weil die Abende kurz sind und jeder Tag uns ins Feuer stößt. Weil sich das alles ändern kann. Weil Hierarchien keine Ideen sind und Macht keine Antwort. Weil Rastplätze kein Ersatz für Landschaften sind. Weil in Zukunft jede und jeder mitreden soll. Weil der Tag allen Menschen gleichermaßen gehört. Weil wir Fragen in die eigenen Hände nehmen können. Weil wir neue Sätze schaffen. Weil wir keine Verzichtserklärung unterschreiben.

Ralf Burnicki



Revolutionäre Bildsatire um 1900

„L'Assiette au beurre" und das goldene Zeitalter der Karikatur

Die im Nachhinein zur „Belle Epoque" (Schöne Zeit) verklärte Periode, d.h. die 15 Jahre vor und nach 1900, gilt in Frankreich als das goldene Zeitalter der Karikatur. Nie wieder sollte die politische Bildsatire hinsichtlich ihrer ästhetischen Qualität wie der inhaltlichen Schärfe und Prägnanz ihrer Aussagen ein so hohes Niveau erreichen.

Diese Blütezeit politischer Kunst wurde wesentlich durch Künstler geprägt, die sich entweder explizit als Anarchisten (bzw. Syndikalisten) verstanden oder mehr als platonisch mit der Bewegung sympathisierten. Davon profitierten die Bewegungsmedien, die nicht nur mit Originalillustrationen der bekanntesten Zeichner und Maler der Zeit aufwarten konnten, sondern von diesen, sofern sie erfolgreich und wohlhabend genug waren (wie der Impressionist Camille Pissaro), auch finanziell unterstützt wurden.

Tatsächlich reichte die Wirkung dieser militanten Kunst weit über die „Szene" hinaus. Doch während sich die anarchistischen Grafiker in ihren Brotarbeiten für die illustrierte Massenpresse, die überwiegend die Unterhaltungsbedürfnisse eines (klein)bürgerlichen Publikums bedient, politische Zurückhaltung auferlegen müssen, trifft das nicht für jenes Organ zu, das sich zu einem Laboratorium für revolutionäre Ästhetik entwickelte, das Zeit seines Erscheinens das führende und stilbildende Medium für Bildsatire war und bis heute ein Meilenstein des Genres ist: „L'Assiette au beurre".

Anatomie einer Zeitschrift

„L'Assiette au beurre" ist kein Bewegungsblatt, sondern ein kommerzielles Projekt. Nachdem der Zeitschriftenverleger Salomon Schwartz mit harmlos-humoristischen Blättern einen eher mäßigen Erfolg erzielt hat, sucht er mit dem Konzept eines künstlerisch anspruchsvollen und zugleich politisch aggressiven Satiremagazins nach neuen Absatzmöglichkeiten. „L'Assiette au beurre" wendet sich an ein intellektuelles, linksbürgerliches Publikum, will explizit „Künstler und Denker" ansprechen.

Der verwegene, heutige geradezu aberwitzig



Der Streik (J. Grandjouan, L'Assiette au beurre", 6. Mai 1905)

anmutende Gedanke, mit radikaler Gesellschaftskritik Geld verdienen zu wollen, erklärt sich aus den Zeitumständen. Im Zuge der Dreyfus-Affäre haben sich Teile des Bürgertums und der neuen Mittelschichten politisch radikalisiert. Die begleitende Erschütterung der traditionellen Werte hat im kulturellen Bereich bis dahin ungeahnte Freiräume für Sozialkritik eröffnet.

Zur Erinnerung: Der jüdische Generalstabsoffizier Alfred Dreyfus war auf Grundlage gefälschter Dokumente wegen Spionage für den deutschen Erbfeind 1894 zur Deportation auf die Teufelsinsel verurteilt worden. Der anfängliche Justizskandal wuchs sich in den folgenden Jahren zu einem das ganze Land in Dreyfusanhänger und -gegner spaltenden Politikum aus. Dass sich die Anschuldigungen gegen Dreyfus als antisemitisches Komplott herausstellten, Dreyfus freigesprochen und schließlich rehabilitiert werden musste, bedeutete einen schweren Legimitationsverlust für die Armee und eine politische Niederlage für die sie unterstützende klerikale bzw. antisemitische Rechte.

„L'Assiette au beurre" erscheint vom 4. April 1901 bis 15. Oktober 1912 als Wochenblatt in 600 Nummern (593 Einzelhefte und 7 Sonderausgaben). Jedes der 16-seitigen Hefte besteht aus ganzseitigen, überwiegend farbigen Illustrationen. Jedes Heft ist einem bestimmten Thema gewidmet und wird von einem Künstler, mitunter auch von mehreren Künstlern gestaltet. Die Abbildungen sind in der Regel mit kurzen bissigen Texten ver-



EIN GUTER BÜRGER
- Machen Sie es wie ich, arbeiten Sie.
- Was treiben Sie denn so?
- Ich bin Vorsitzender des Verwaltungsrats der philantropischen Gesellschaft zur moralischen Hebung Gestrauchelter durch humanitäre Ausbeutung.
(R.G. Hermann-Paul, „L'Assiette au beurre", 6. Oktober 1905)

sehen. Dieser „erklären" oder ergänzen das Bild, sodass der satirische Witz aus dem Zusammenspiel von Wort und Bild resultiert (ein rein graphischer Witz, der ohne Worte auskommt, ist zu dieser Zeit noch selten). Ungeachtet der verschiedenen Zeichenstile und -techniken der beteiligten Grafiker entsteht so ein homogenes Gesamtkonzept.

Das inhaltliche Spektrum der Themenhefte reicht von der Politökonomie (Der Streik, Das Geld, Die Börse, Die Bosse, Der Krieg, Der Frieden, Der Kolonialismus usw.) über Berufsgruppen und soziale Schichten (Die Bourgeoisie, Der Klerus, Die Richter, Das Militär, Die Ärzte, Die Polizei usw.), die Gesellschaft (Erziehung, Prostitution, Alkoholismus, Psychiatrie, Geburtenkontrolle, Jugendkriminalität usw.), die Moral (Ehre, Respekt, Konformismus usw.), Internationales (Kolonialismus, Burenkrieg, Russische Revolution 1905 usw.) bis zu den diversen tagesaktuellen oder trivialen Sujets.

Die aufwendige Gestaltung von „L'Assiette au beurre" (hochwertiges Papier, großformatige Farbreproduktionen), der Verzicht auf Werbeannoncen sowie die überdurchschnittliche gute Bezahlung der Künstler (60 Francs pro Zeichnung, ein Arbeitermonatslohn beträgt 100-150 Francs) sorgen dafür, dass die Zeitschrift trotz des hohen Preises (50 Centimes, das Zehnfache einer Tageszeitung), der proletarische Käufer tendenziell ausschließt, nie den erhofften Gewinn abwirft. Als Schwartz in Schwierigkeiten gerät und die Zeitschrift 1904 an den Großverleger André de Joncières verkaufen muss, bleiben, sicherlich aufgrund des hohen Renommees der Zeitung, redaktionelles Konzept und Gestaltung, damit aber auch die finanziellen Probleme unverändert. Schließlich muss der Verleger die Zeitschrift aus seinem Privatvermögen finanzieren. Als mit der konservativen Wende nach 1910 allmählich das Publikum der Zeitschrift, die in ihren besten Zeiten eine Auflage zwischen 25.000 und 40.000 Exemplaren erreichte, wegbröckelt, stellt sie nach mehr als 11 Jahren das Erscheinen ein.

In dieser Zeit haben etwa 200 Künstler an der Zeitschrift mitgearbeitet, darunter bereits zu diesem Zeitpunkt renommierte Graphiker wie Steinlen, Ibels, Willette oder Vallotton. Bemerkenswert ist die hohe Präsenz solcher Zeichner, die nur noch als Vertreter der Kunstavantgarde bekannt sind, während ihr graphisches Werk, sei es aufgrund einer allgemeinen Geringschätzung von „Gebrauchskunst", sei es aufgrund der entpolitisierten Kunstwahrnehmung seit dem Ersten Weltkrieg, heute vergessen ist. Zu nennen wären der Fauvist Kees van Dongen, der Begründer der abstrakten Malerei Franticek Kupka oder die Kubisten Juan Gris und Jaques Villon.

Doch die eigentlichen Stützpfeiler von „L'Assiette au beurre", die repräsentativsten und produktivsten Beiträger, sind Jules Grandjouan (1875-1968), Aristide Delannoy (1874-1911) und Gustave Henri Jossot (1866-1951).

Grandjouan, Delannoy, Jossot

Grandjouan ist der mit Abstand wichtige Mitarbeiter von „L'assiette au beurre": 46 Nummern gestaltet er allein, an über 40 weiteren ist er beteiligt. Insgesamt gehen etwa 1000 Zeichnungen auf sein Konto, etwa ein Zehntel aller überhaupt in der Zeitschrift erschienenen Illustrationen. Doch damit nicht genug. Grandjouan (ein „Gigant der politischen Karikatur") ist der Typus des militanten Graphikers. Seine Zeichnungen sind in allen anarchistischen und linksradikalen Blättern der Zeit zu finden (Le Libertaire, Les Temps nouveaux, La Guerre sociale usw.). Vor allem aber ist er als Syndikalist über Jahre hinweg quasi der Hausgraphiker der jungen CGT. Es illustriert nicht nur die Gewerkschaftspresse (La Voix du peuple, La Voix ouvrière, La Bataille syndicaliste) sowie Propagandabroschüren (wie Georges Yvetots „ABC des Syndikalismus"), er ist der Begründer des politischen Bildplakats in Frankreich und nahezu exklusiver Plakatgestalter der CGT.

Aristide Delannoy (1874-1911), ist um die Jahrhundertwende eines der neuen Zeichnertalente, die in der Frühphase von „L'Assiette au beurre" eine Chance erhalten und schon bald zum festen Stamm gehören. Er zeichnet im Laufe der Jahre ein Dutzend Vollnummern und ist an mehr als 50 weiteren beteiligt (insgesamt ca. 300 Zeichnungen). Ungeachtet dieser regen Mitarbeit an „L'Assiette au beurre" kommt seine spezifische Begabung besser in den 150 Porträtzeichnungen zur Geltung, die er ab 1908 für „Les Hommes du jour" anfertigt, einem von ihm und dem Journalisten Victor Méric herausgegebenen, vierseitigen Pamphlet, das im Wochenrhythmus jeweils einen „Mann des Tages" (positiv oder negativ) würdigt. Hier erscheint auch sein Porträt eines Generals als bluttriefender Metzger, das ihm den Gefängnisaufenthalt einträgt, an dessen Nachwirkungen er 1911, mit 37 Jahren, stirbt.

Gustave Henri Jossot (1866-1951) ist vielleicht jener Zeichner, der heute auf Anhieb am modernsten wirkt. Seine vereinfachender, typisierender Stil mit den markanten Konturlinien und der flächigen Farbigkeit macht seine Zeichnungen (ca. 300, davon 18 Vollnummern) ebenso unverwechselbar wie sein drastischer, mitunter zynischer Humor. Er ist der eher individualanarchistische Grundsatzkritiker aller bürgerlichen Institutionen und ihrer mentalen Stützen (Autoritätsglaube, Konformismus), schonungslos, aber auch ohne Utopie.

Kritik an der Linken

„L'Assiette au beurre", das ist, frei übersetzt, der Platz an der Sonne, ein Symbol für Glück und Reichtum. Wer die „assiette au beurre" hat, gehört buchstäblich zu den Glücklichen und Auserlesenen der Welt. Ein ironischer Seitenhieb auf die Parlamentarier, denn ein Sitz im Parlament ist die „assiette au beurre" schlechthin, im weiteren Sinne auf das gesamte, wohlsituierte linke Bürgertum, das im doppelten Sinne Zielgruppe der Zeitschrift ist: als Käufer und als Zielscheibe der Kritik. Denn nichts wird in „L'Assiette au beurre" so ausdauernd verhöhnt wie die pseudorevolutionären Attitüden dieser Schicht. Eine Zeichnung von Hermann-Paul zeigt einen vornehmen Herrn im Frack, der, offenbar kurz vor einer mondänen Abendgesellschaft, seinen strammstehenden, livrierten Diener anweist: „Wenn alle da sind, bringen Sie die revolutionären Zeitungen herein". Titel: „Ein guter Sozialist".

Die Kritik kommt nicht von ungefähr. Die parlamentarische, republikanisch-linksliberal-sozialistische Linke, durch die Dreyfus-Affäre 1899 an die Macht geschwemmt, führt in den Jahren nach 1900 eine Art Zweifrontenkrieg. Zusammen mit dem linken (auch revolutionären) Lager einen Kulturkampf gegen die katholische Kirche und die klerikale Rechte, der 1905 in die Trennung von Kirche und Staat mündet, und andererseits, gestützt auf die Armee, einen Klassenkampf gegen den revolutionären Syndikalismus, der in einer Reihe blutiger Militäreinsätze gegen streikende Arbeiter gipfelt (Draveil-Villeneuve-Saint-Georges 1908, Eisenbahnerstreik 1910), bei denen sich besonders „radikale" (Ex-)Linke wie Clemenceau oder Briand als Ordnungspolitiker hervortun.

Der neue Zeitgeist steht rechts. Die von der Dreyfus-Affäre ausgelöste Krise bleibt ein vorübergehendes, kulturelles Phänomen, nimmt angesichts ökonomischer Stabilität nicht die Dimensionen einer Systemkrise an. Vielmehr macht sich eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte bemerkbar. Ein bis in die sozialrevolutionäre Linke übergreifender Patriotismus, verbunden mit der Wertschätzung einer reformierten Armee als Garant einer starken Nation.

Armee und Kirche, bis dahin immer als repressive Einheit von „Säbel und Weihwedel" wahrgenommen, unterliegen nun deutlich unterschiedlicher Bewertung. Wird Religionskritik und Antiklerikalismus nicht nur geduldet, sondern sogar ermuntert, zieht



DRESSUR: „Ich glaube, er ist reif für die Kaserne" (G. Jossot, L'Assiette au beurre", 2. Januar 1904)

die Kritik an Militarismus und Armee schnell juristische Repressalien nach sich (vgl. das Schicksal Delannoys).

Die veränderte Lage bleibt auch für revolutionäre Publizistik nicht ohne Folgen. Die finanzielle Situation von „L'Assiette au beurre" wird immer prekärer, die technische und ästhetische Qualität sinkt, der „harte Kern" ihrer Mitarbeiter bricht auseinander. Delannoy stirbt 1911, Grandjouan, seinerseits wegen antimilitaristischer Propaganda zu einer 18-monatigen Gefängnisstrafe verurteilt, flieht im gleichen Jahr ins Ausland, Jossot erleidet eine „spirituelle Krise" und konvertiert zum Islam.

Der Erste Weltkrieg wirft seine Schatten voraus.

MH

Abbildungen aus: L'Assiette au beurre (1901-1912), les nuits rouges, Paris 2007
Eine größere Auswahl an Nummern unter www.assietteaubeurre.org

Libertäre Presse:

„FEIERABEND!"

Erfrischend, seitenstark und vielfältig ist wieder einmal „Feierabend!", das libertäre Monatsheft aus Leipzig mit seiner 28. Nummer und folgenden Artikeln: „EinmalEins für ‚moderne' Staatsbürger" (oder: wie die Parteien Eier als Hühner verkaufen); „Leipzig und der Stadtwerke-Verkauf" (eine Analyse der Privatisierungstendenzen in Leipzig aus anarchistischer Sicht, nicht nur interessant für LeipzigerInnen); „Und wer kontrolliert Ihr Leben?" (zur diskriminierenden Versorgungssituation von Asylsuchenden); die Straßenspiele sind eröffnet: „Team Grün" trifft auf „Team Schwarz" und vieles mehr. Im Theorie- und Praxisteil diesmal „Verquere Fronten: Kritik der nationalrevolutionären Ideologie". Schwerpunkte im globalen Teil: Cuba, Chiapas sowie die israelischen „Anarchists against the wall". Außerdem Informationen zur Organisation von Spontandemos und eine Checkliste für Hausdurchsuchungen. Das alles für 1 Euro (plus Porto) oder besser gleich im ABO (3 Ausgaben für 5 Euro inklusive Porto) bestellbar über Mail: feierabendle@web.de oder über die Bezugsadresse „Feierabend!", Gießerstr. 16, 04229 Leipzig.

SchwarzRote Feder

Nr. 1, Magazin vom Allgemeinen Syndikat Nordhessen (ASN) und dem Anarchosyndikat „eduCat" Bonn. Inhalte: Sozialer Wandel statt Klimawandel; die soziale Konstruktion des (biologisch) Anderen, Februarrevolution in Russland 1917, der Staat und seine historische Rolle, Tipps und Tricks gegen die Überwachungsindustrie, Arbeitskämpfe in mittelständischen Betrieben und anderes. Download unter http://anarchosyndikalismus.org/medien/doks/SchwarzRote_Feder_01.pdf.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Eine rätekommunistische Odyssee

Des letzten Rätsels Lösung: WILLY HUHN

Willy Huhn erblickte am 11.1.1909 in Metz – einer seit dem deutschfranzösischen Krieg 1871 zum Deutschen Reich gehörenden nordfranzösischen Provinzhauptstadt – das Licht dieser dunklen Welt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde, mit dem Versailler Vertrag von 1918, dieses beschauliche Städtchen wieder Frankreich zugeschlagen. Da sein Vater ein deutschnationaler Polizeibeamter war, wurde die Familie deshalb 1919 aus der Stadt ausgewiesen und zog nach Berlin, wo Willy Huhn sein Leben verbrachte.

Erst nach dem Tod des Familientyrannen konnte es Huhn wagen, sich politisch zu engagieren. Huhn trat zunächst einmal, im Jahre 1929, in den links-sozialdemokratischen „Zentralverband der Angestellten" ein. Nur ein Jährchen später wechselte Huhn zur „Jungsozialistischen Vereinigung Groß-Berlin" – als diese dann geschlossen in die SPD eintrat, fand er sich in dieser wieder. Er fühlte sich dann doch etwas unwohl in der Partei der Sozialdemokratie und schon im Jahre 1931 zieht es Huhn in die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands". Doch auch hier konnte er nicht so richtig heimisch werden und wurde dann bald darauf Mitglied der rätekommunistischen „Roten Kämpfer". Es war eben eine typische, politische Laufbahn für die verwirrte Zeit der „Weimarer Republik" auf dem Wege in das tausendjährige „Dritte Reich".

In der kurzen, aber doch viel zu langen Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erarbeitete Huhn seine grundlegenden Kritiken am Bolschewismus, an der Sozialdemokratie und am sogenannten „Kriegssozialismus".

Nach dem Untergang des Dritten Reiches und dem ersehnten Kriegsende trat Huhn in die KPD in der „Sowjetischen Besatzungszone" (SBZ) ein. Als diese sich dann bald darauf mit der dortigen SPD "vereinigte", war Huhn somit seit dem Jahre 1946 Mitglied in der "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED). Bis zum Jahre 1948 arbeitete und leitete Huhn die Volkshochschulen in Ostberlin und Gera.

Dann folgte ein weiterer Bruch in seiner Biografie und Huhn wechselte diesmal die Systemseite, nämlich zur westdeutschen SPD. Huhn arbeitete seit diesem Zeitpunkt auch für das August-Bebel-Institut in Westberlin. Gleichzeitig war Huhn der Chefredakteur der Zeitschrift „Pro und contra", welche von dem damaligen Trotzkisten Ernest Mandel herausgegeben wurde. Diese Zusammenarbeit endete mit dem recht späten Bruch von Huhn mit dem Trotzkismus Anfang der 1950er. Dies dokumentierte er in seinem Buch „Trotzki – der gescheiterte Stalin". (1) Es erschien erst 1973 im Karin Kramer Verlag und es wäre durchaus angebracht, diesem Buch eine Neuauflage widerfahren zu lassen, denn Huhn bereitete eine Menge Fakten auf, welche den konterrevolutionären und antiproletarischen Charakter des Trotzkismus kristallklar herausstellen. Huhn tranchierte den Trotzkismus anhand dessen eigener Theorie und Praxis – eine weitere rätekommunistische Kritik am „rotbraunen Weltfaschismus" (> DA 184 Otto Rühle und DA 186 Paul Mattick).

Dann wurde Huhn 1954 aus der SPD, wegen seiner Kritik am SPD-Verrat der „Novemberrevolution 1919", hinauskomplimentiert. Denn er zog auch der Sozialdemokratie das rotbraune Fell über die Ohren. Um diese haute er ihnen zunächst Fakten wie, dass Ferdinand Lassalle, der Vater der Sozialdemokratie, von einem sozialistisch gewandelten preußischen Königtum fabulierte und sein „Baby" schwadronierte vom „Kaisersozialismus" und „Arbeiterkaiser". Huhn kam zu dem Schluss: „So wurde die Mehrheitssozialdemokratie, welche sich mit dieser Begründung auf dem Boden der Landesverteidigung und der Bewilligung der Kriegskredite, vor allem aber auf den des ‚Kriegssozialismus' stellte, vor der Weltgeschichte die erste nationalsozialistische Partei!" Im Umkehrschluss war für Huhn der Nationalsozialismus nur die „konsequentere Sozialdemokratie". (2)

Dies steht durchaus im Kontext zum Nationalbolschewismus und der KPD vor 1933 (3) und deren Kontinuität nach 1945 in der DDR.

1968 entdeckten die SDS-RebellInnen Huhn wieder – er konnte sich aber beim besten Willen nicht diesen „Maobibelschwingenden Antiautoritären" annähern. Willy Huhn verstarb, nach einer lebenslangen politischen Odyssee, am 17.2.1970 in Westberlin.

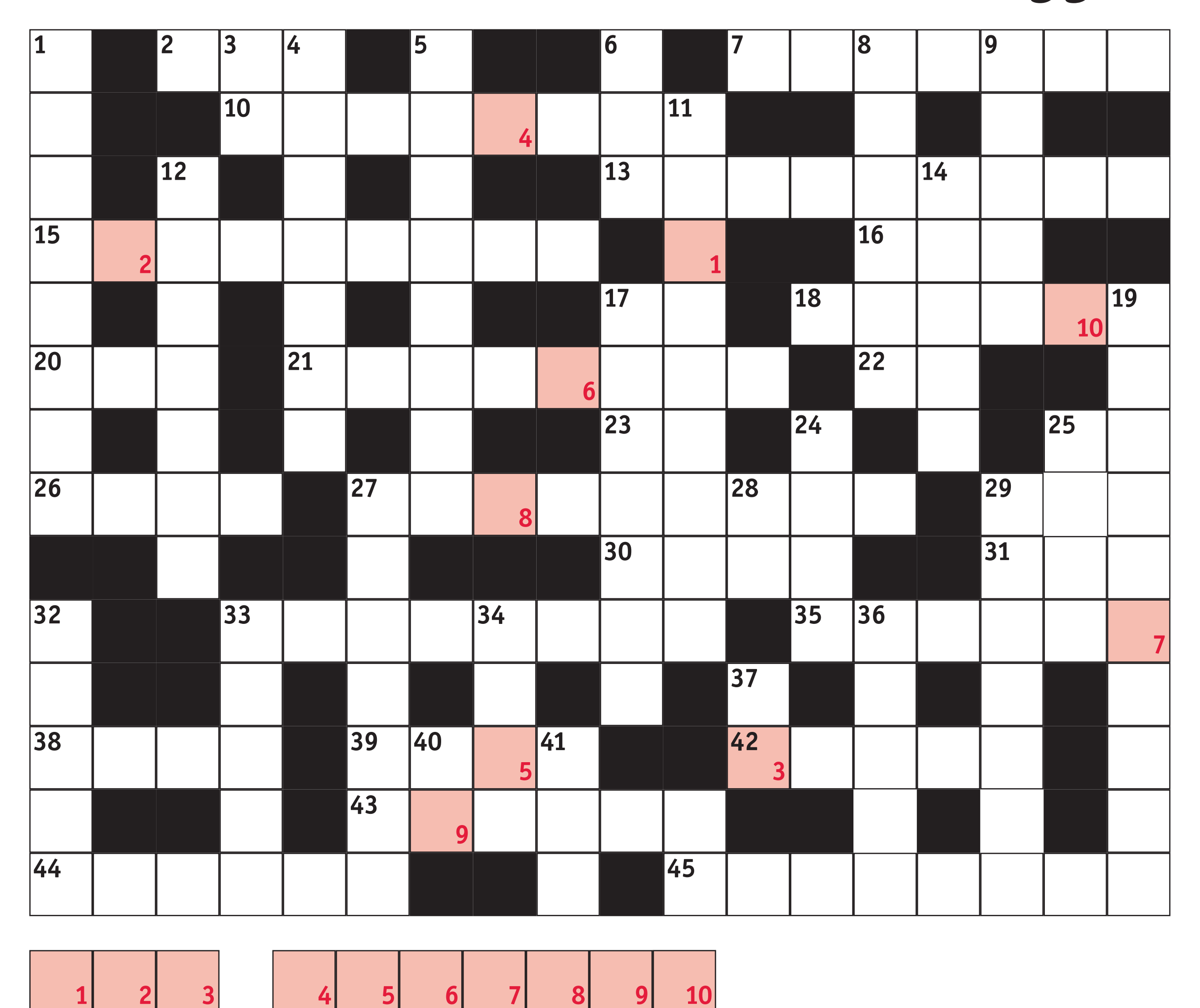
Thomas Bruns

1 Willy Huhn, Trotzki – der gescheiterte Stalin / Karin Kramer Verlag 1973

2 Willy Huhn, Der Etatismus der Sozialdemokratie – Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus / ca-ira 2003

3 Otto-Ernst Schüddekopf, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933 / Ullstein 1973

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 53



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

2. Uhrenfabrik im französischen Besançon, die nach Streiks und einer Betriebsbesetzung 1973 in die Arbeiterselbstverwaltung überging und damit Schule machte 7. besonderes Auftreten oder Benehmen eines Menschen (betrifft auch Sprache, Kleidung usw.) <soziologischer Fachbegriff> 10. Gewerkschaft der Eisenbahnbranche, die für die Teilprivatisierung der Bahn eintritt 13. kleiner Stempel zum Siegeln 15. Blütentriebe der Hanfpflanze <fremde Schreibweise> 16. Stadt in Oberfranken (Bayern), an der Saale 17. Abk. für große Nachrichtenagentur der USA mit Büros in 97 verschiedenen Ländern 18. französischer Autor, Filmemacher und Revolutionär (1931-94), Gründungsmitglied der Situationistischen Internationale, Vorname: Guy 20. mehrere gleiche, zusammengehörende Gegenstände 21. geheimgehaltene schriftliche Mitteilung eines Gefangenen an andere Gefangene oder an die Außenwelt 22. Abkürzung im E-Mail-Verkehr, die eine Antwort kennzeichnet 23. chemisches Zeichen für das Element Strontium 25. Kfz-Kennzeichen für Mettmann 26. US-amerikanischer Sportartikelanbieter, der in den 90ern einen Großteil seiner Schuhproduktion nach Südostasien auslagerte; extreme Ausbeutung, Kinderarbeit und andere Missstände sind an der Tagesordnung 27. geheimnisvolles Warnungszeichen (nach einer im Alten Testament überlieferten Geisterschrift, die den Untergang eines babylonischen Königs voraussagte) 29. Kfz-Kennzeichen für die Südliche Weinstraße 30. Gewürz- und Heilpflanze 31. adieu, leb wohl 33. Hartnäckigkeit oder Gewaltbereitschaft im politischen Kampf 35. deutsche Schriftstellerin (Erstling: "Die Riesenzwerge") und DKP-Mitglied, 1937-92, Vorname: Gisela 38. zeitweise ausgebürgerter, auf Jamaika lebender deutscher Autor mit deutlichen "Anarchotendenzen" 39. Stadtzentrum, Geschäftsviertel 42. Männername 43. personalpolitische Praxis vieler Unternehmen weltweit: ~ und feuern 44. sexistisches Schimpfwort für emanzipierte Frau 45. Chemiker, Kommunist, Widerstandskämpfer (Rote Kapelle) und Regimekritiker in der DDR (1910-82); sein Sohn Florian floh 1971 in den Westen ("Enfant perdu" sang W. Biermann dazu)

Senkrecht

1. britischer, sozialistischer Historiker und Friedensaktivist (1924-93), einer der Pioniere einer Geschichte von unten ("The Making of the English Working Class") 3. Abk. für Informationstechnologie 4. seit 1989 ein konkreter Versuch, libertäre Ansätze im Alltagsleben einer Kleinstadt (Neustadt an der Weinstraße) zu verankern: ~ A 5. Einlegearbeit in Holz mit andersfarbigem Material 6. Schwung, Temperament <engl.> 8. von diesem deutschen Dichter und Politiker (1891-1956) stammte die Nationalhymne der DDR, "Auferstanden aus Ruinen" 9. Transformator <Kurzwort> 11. Synonym für Alkoholverzicht; im späten 19. und frühen 20. Jh. waren solche Tendenzen auch in der Arbeiterbewegung vieler Länder vertreten 12. Bücher, Bilder über die Liebe und das Geschlechtsleben 14. spanabhebendes Werkzeug 17. beim Mieten einer Wohnung verlangt der Vormieter oder Eigentümer manchmal diese Zahlung für zu übernehmende Einrichtungsgegenstände: ~ oder ~szahlung 19. unbequemer deutscher Theologe, dem 2007 zusammen mit Konstantin Wecker für sein Engagement gegen den Golfkrieg der Erich-Fromm-Preis verliehen wurde 24. Ernte, besonders Weinernte 25. erschöpft, schlafbedürftig 27. (schwere) Arbeit 28. Abkürzung für die 1919 auf Initiative Lenins gegründete Zusammenschluss kommunistischer Parteien (KP), auch "Dritte Internationale" genannt 29. spanisches Getränk 32. im Februar 2008 bekam diese deutschsprachige Punk-Rockband aus Berlin, 1982 gegründet, den Musikpreis ECHO in der Kategorie "Gruppe des Jahres Rock/Alternative (national)" 33. in dieser schleswig-holsteinischen Kleinstadt starben im November 1992 drei Menschen bei von Neonazis verübten Brandanschlägen auf zwei Wohnhäuser, die von türkischen Familien bewohnt wurden; die Anschläge gingen mit einer Hetzkampagne gegen Asylbewerber einher 34. anglikanischer Erzbischof und Vorsitzender der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika, verdienter Kämpfer gegen die Apartheid 36. früher: Aushebung von Rekruten 37. ehemalige/r Liebhaber/in 40. Abkürzung für "das heißt" <engl., lat.> 41. japanische Währung

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig).
Gewonnen hat diesmal Philipp K. aus Bonn.

Auflösung # 52

```
B A N K R A U B   A I T M A T O W
U   A   E   E T A T   A   A   A
N   C   W A S S E R   L E I P Z I G
D O H L E   K   A   Ö     C   E
E   T   Q U I D D I T S C H   V N
S I S A L   D     E   O   S U B
T   C L E Y R E   Z A N O N   C   U
R   H   U   N   I     T   H   R
O R I N O K O   V E R L Ä R M U N G
J   C   R O B B E N     A A R E
A   H   D N   R O   R O S S K U R
N U T T E   Ü B E R M U T   T E   A
E     R     I M A M     E   S
R E N T N E R I N   X   A V R I C H
```

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Leipzig
Kolonnadenstr. 19
04109 Leipzig

ISSN 0949-1872

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstraße 28-30, 30167 Hannover, BRD

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 187: 10. Juni 2008